

# Monatsbericht des BMF Februar 2010





Monatsbericht des BMF Februar 2010

## Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

### □ Inhaltsverzeichnis

# Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	7
Finanzwirtschaftliche Lage	
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2010	15
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	18
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	23
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2009	29
Termine, Publikationen	33
Analysen und Berichte	35
Deutsches Stabilitätsprogramm	36
Jahreswirtschaftsbericht 2010: Mit neuer Kraft die Zukunft gestalten	
Die gefühlte Steuerbelastung	
Ursachenanalyse der Verschiebung in der funktionalen Einkommensverteilung	
Die Versicherung- und Feuerschutzsteuer	
Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2009	
Ergebnisse des Treffens der G7-Finanzminister und -Zentralbankgouverneure in Iqaluit	87
Statistiken und Dokumentationen	91
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	92
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	117
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	124

### **Editorial**

Liebe Leserinnen und Leser,

das Bundeskabinett hat am 27. Januar 2010 den Jahreswirtschaftsbericht 2010 unter dem Titel "Mit neuer Kraft die Zukunft gestalten" beschlossen. Im Jahreswirtschaftsbericht stellt die Bundesregierung ihre Wirtschaftspolitik dar und nimmt Stellung zum Gutachten des Sachverständigenrats.

Nachdem die deutsche Wirtschaft infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im vergangenen Jahr den stärksten Rückgang der Wirtschaftsleistung seit Bestehen der Bundesrepublik verzeichnen musste, deutet sich für das Jahr 2010 ein moderates Wachstum an. Dieses ist vor allem getrieben durch die Maßnahmenpakete der Bundesregierung und die wieder anziehende weltwirtschaftliche Nachfrage, die zu einem deutlichen Anstieg deutscher Exporte führen dürfte. Für das Gesamtjahr 2010 erwartet die Bundesregierung einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,4%.

Wie auch der Sachverständigenrat feststellt, hat sich die deutsche Konjunktur zwar stabilisiert, jedoch ist ein sich selbst tragender Aufschwung noch nicht zu erkennen. Die Konsolidierung der Bilanzen der Finanzinstitute ist noch nicht abgeschlossen. Auch auf dem Arbeitsmarkt, der sich bislang als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen hat, ist im Laufe dieses Jahres noch mit einem weiteren Rückgang der Beschäftigung zu rechnen. Dies dürfte den privaten Konsum belasten. Für das laufende Jahr verfolgt die Bundesregierung daher das Ziel, die Erholung zu festigen und einen dauerhaften Aufschwung auf breiter Basis zu ermöglichen, bevor sie ab dem Jahr 2011 auf einen entschlossenen Konsolidierungskurs einschwenkt. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat sie zum 1. Januar 2010 ein Sofortprogramm auf den Weg gebracht, das die Erholung zusätzlich unterstützt, die Voraussetzungen für einen



sich selbst tragenden Aufschwung verbessert und die Wachstumskräfte stärkt.

Nach den Bestimmungen des Stabilitätsund Wachstumspaktes sind die Euro-Teilnehmerstaaten verpflichtet, dem ECOFIN-Rat jährlich aktualisierte Stabilitätsprogramme vorzulegen. Die Bundesregierung hat am 9. Februar 2010 die jüngste vom Bundesministerium der Finanzen vorgelegte Aktualisierung des Stabilitätsprogramms beschlossen. In dem Stabilitätsprogramm wird deutlich, dass die gegen die Krise ergriffenen Maßnahmen und das Wirken der automatischen Stabilisatoren tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten Deutschlands hinterlassen haben. Der Maastricht-Referenzwert von 3% (Staatsdefizit in Relation zum BIP) wird 2010 mit voraussichtlich 5 ½ % deutlich überschritten. Der ECOFIN-Rat hat dementsprechend am 2. Dezember 2009 festgestellt, dass in Deutschland ein übermäßiges Defizit besteht und Empfehlungen zum Defizitabbau ausgesprochen. In den Empfehlungen wird 2011 als Beginn der Konsolidierung bestimmt und festgelegt, dass das Defizit bis 2013 wieder unter den Referenzwert zurückgeführt werden muss. Mit der Vorlage des Stabilitätsprogramms bekennt sich Deutschland eindeutig und nachdrücklich zum Stabilitäts- und Wachstumspakt und zur Umsetzung der Empfehlungen des ECOFIN-Rates. Die im Grundgesetz verankerte neue Schuldenregel sichert die dafür unabdingbare

#### □ Editorial

Konsolidierungspolitik verfassungsrechtlich ab.

Jahreswirtschaftsbericht wie
Stabilitätsprogramm zeigen: Die
Finanz- und Wirtschaftspolitik steht vor
enormen Herausforderungen. Sie muss
die Wirtschaft weiter stabilisieren, die
strukturellen Konsolidierungsaufgaben
für die öffentlichen Haushalte bewältigen
und die Wachstumsspielräume erweitern.
Die Bundesregierung setzt hierbei auf
eine Doppelstrategie, die beides im Blick
behält – die Stärkung der Wachstumskräfte
durch steuerliche Entlastung und eine klare
regelgebundene Konsolidierungsstrategie, die
das Vertrauen in eine langfristig tragfähige
Haushaltsentwicklung wahrt.

Am 5, und 6. Februar fand im kanadischen Igaluit ein Treffen der G7-Finanzminister und -Zentralbankgouverneure statt. Nachdem die G20 beim Gipfel in Pittsburgh im September 2009 als zentrales Forum internationaler Koordinierung wirtschaftsund finanzpolitischer Fragen bestimmt wurde, war die künftige Rolle des G7-Finanzministerprozesses ein wichtiges Thema des Treffens. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble setzte sich auf seiner Antrittsvisite für eine Neubestimmung der Rolle der G7 ein. In Zukunft werden für die G7 folgende zentrale Funktionen im Vordergrund stehen: schnelle Reaktion auf Krisen. Austausch zu Themen mit besonderer Relevanz für Industrieländer und Katalysatorfunktion im G20-Prozess. Die Minister sprachen des Weiteren über Fragen der Finanzmarktregulierung, Fragen der Kapitalerhöhungen bei Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken und über weitere Schwerpunktthemen der Weltwirtschaft. Alle Teilnehmerstaaten haben sich darauf verständigt, dass sie den nachhaltigen Wiederaufbau von Haiti nach dem verheerenden Erdbeben vom 12. Januar 2010 mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen werden.

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise haben sich im vergangenen Jahr auch im bundesstaatlichen Finanzausgleich deutlich niedergeschlagen. Dieses wichtige Element der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern stellt sicher, dass die finanzschwachen Länder über ausreichende Mittel verfügen, um ihre verfassungsmäßigen Aufgaben erfüllen zu können. Aus der nun vorliegenden vorläufigen Jahresrechnung 2009 geht hervor, dass im Vergleich zum Jahr 2008 die Steuereinnahmen der Länder spürbar gesunken sind und sich die Finanzkraftunterschiede zwischen den Ländern verringert haben. Folglich sind die Umverteilungsvolumina im Jahr 2009 im Vergleich zum Jahr 2008 auf allen Ausgleichsstufen gesunken. Das Volumen des Umsatzsteuerausgleichs betrug nunmehr 7,3 Mrd. € (2008: 8,2 Mrd. €), das Umverteilungsvolumen des Länderfinanzausgleichs lag im abgelaufenen Jahr bei 6,9 Mrd. € (2008: 8,3 Mrd. €), und das Volumen der allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen betrug 2009 für elf Empfängerländer 2,5 Mrd. € (2008: 3,0 Mrd. Euro).

Die Wissenschaft verwendet zur Erklärung der Auswirkungen von Besteuerung auf persönliche Entscheidungen meistens objektiv gemessene Steuerbelastungen. Dabei wird die vom Steuerbürger subjektiv gefühlte Abgabenlast außer Acht gelassen. In einem vom Bundesministerium der Finanzen in Auftrag gegebenen Forschungsgutachten ist nun die Wahrnehmung von Steuern untersucht worden. Es wird gezeigt, welchen Einfluss die Bezeichnung einer Steuer, die Komplexität des Steuersystems oder etwa die prominente Darstellung der Steuersätze auf die subjektiv empfundene Netto-Abgabenlast und somit auf das Verhalten der Steuerbürger haben. Eine experimentelle Untersuchung zu der Frage, wie die Arbeitseinkommensbesteuerung die Arbeitsangebotsentscheidung beeinflusst, trägt zu den interessanten Ergebnissen der Studie bei.

#### □ Editorial

Im Rahmen einer Projekt-AG
"Einkommensverteilung in Deutschland"
erstellte das Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung Mannheim eine
Ursachenanalyse der Verschiebung in der
funktionalen Einkommensverteilung. Die
Studie untersucht die Entwicklung der
Arbeitseinkommensquote in Deutschland
in den vergangenen Jahrzehnten aus
makroökonomischer Sicht. Ein Schwerpunkt
der Analyse liegt in der Untersuchung der
Auswirkungen des Strukturwandels in
Deutschland. Im internationalen Vergleich
werden darüber hinaus auch Aspekte der

Globalisierung, beispielsweise die Offenheit gegenüber dem Welthandel, die Rolle der Gewerkschaften sowie die Bedeutung des Produktivitätsfortschritts näher beleuchtet.

Dr. Hans Bernhard Beus Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

# Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	8
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2010	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	23
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2009	29
Termine. Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

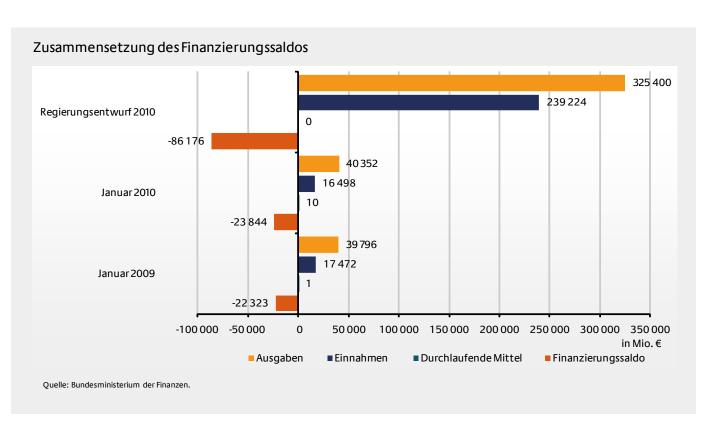
# Finanzwirtschaftliche Lage

Der am 16. Dezember 2009 vom Bundeskabinett beschlossene Haushaltsentwurf 2010 befindet sich zurzeit in den parlamentarischen Beratungen. Bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2010 (voraussichtlich bis Mitte April) gelten die Regeln der vorläufigen Haushaltsführung nach Artikel 111 Grundgesetz.

#### **Entwicklung des Bundeshaushalts**

	Regierungsentwurf 2010	lst - Entwicklung <sup>1</sup> Januar 2010
Ausgaben (Mrd. €)	325,4	40,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	11,3	1,4
Einnahmen (Mrd. €)	239,2	16,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,2	-5,6
Steuereinnahmen (Mrd. €)	211,9	14,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,0	-7,5
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-86,2	-23,8
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	-14,9
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-85,8	-9,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Buchungsergebnisse.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

### Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	RegEntw	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	vicklung	Veränderung
	2009	2010	Januar	2010	Januar	2009	ggü. Vorjahr in
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	%
Allgemeine Dienste	53 357	54 154	5 625	13,9	6 074	15,3	-7,4
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 646	5 8 1 0	1 087	2,7	1 279	3,2	-15,0
Verteidigung	31 320	31 217	3 632	9,0	3 609	9,1	0,0
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6356	6 2 8 0	464	1,1	471	1,2	-1,!
Finanzverwaltung	3 662	3 952	267	0,7	278	0,7	-4,
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 960	15 416	881	2,2	942	2,4	-6,
BAföG	1324	1 382	213	0,5	225	0,6	-5,
Forschung und Entwicklung	8 701	9 127	143	0,4	141	0,4	1,
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	147 716	176 680	17 996	44,6	17 022	42,8	5,
Sozialversicherung	76 305	78 084	11 929	29,6	11 647	29,3	2,
Arbeitslosenversicherung	7 777	7 927	125	0,3	0	0,0	
Grundsicherung für Arbeitssuchende	36 011	38 711	2 945	7,3	2 827	7,1	4,
darunter: Arbeitslosengeld II	22 374	24300	2 009	5,0	1 955	4,9	2,
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 5 1 5	3 400	236	0,6	265	0,7	-10,
Wohngeld	784	791	76	0,2	39	0,1	94,
Erziehungsgeld/Elterngeld	4 455	4 485	429	1,1	442	1,1	-2,
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 071	1 923	256	0,6	294	0,7	-12,
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 251	1 434	62	0,2	72	0,2	-13,
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 808	2 034	132	0,3	124	0,3	6,
Wohnungswesen	1 142	1 286	121	0,3	120	0,3	0,
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 584	7 711	1 610	4,0	1 579	4,0	2,
Regionale Förderungsmaßnahmen	966	693	18	0,0	5	0,0	260,
Kohlenbergbau	1 3 7 5	1 554	1 321	3,3	1 375	3,5	-3,
Gewährleistungen	601	2 400	35	0,1	26	0,1	34,
Verkehrs und Nachrichtenwesen	12 426	12 349	728	1,8	1 073	2,7	-32,
Straßen (ohne GVFG)	6 925	6335	212	0,5	204	0,5	3,
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 740	16 433	790	2,0	436	1,1	81,
Bundeseisenbahnvermögen	5 333	5 3 3 0	142	0,4	140	0,4	1,
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4 154	4328	203	0,5	266	0,7	-23,
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 412	39 187	12 527	31,0	12 474	31,3	0,
Zinsausgaben	38 099	37 967	12 418	30,8	12 227	30,7	1,
Ausgaben zusammen	292 253	325 400	40 352	100,0	39 796	100,0	1,

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

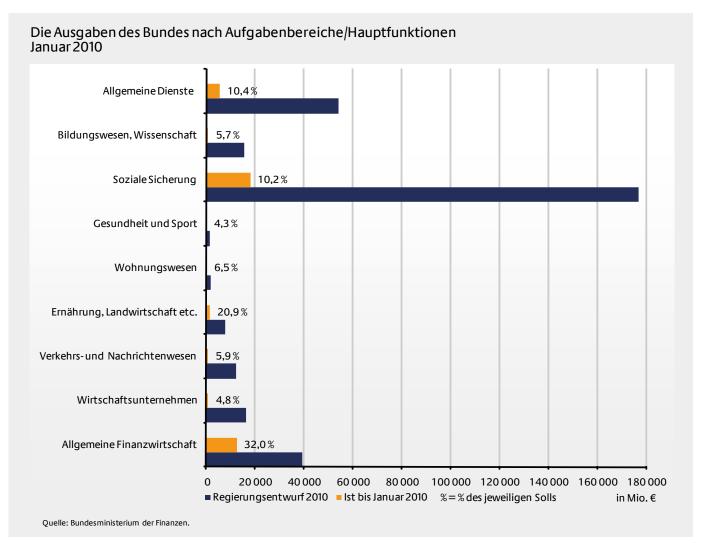
#### Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen zum Bundeshaushalt ist zu Jahresbeginn naturgemäß gering. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von - 23,8 Mrd. € ableiten.

#### Ausgaben- und Einnahmeentwicklung

Die Ausgaben des Bundes lagen im Januar mit 40,4 Mrd. € um 0,6 Mrd. € (+1,4%) über dem Vorjahresergebnis. Hauptursächlich hierfür sind eine geänderte Veranschlagungsmethode

beim Bundeszuschuss für die Postbeamtenversorgungskasse sowie ein gestiegener Bedarf für den Gesundheitsfonds insbesondere zur Finanzierung der Beitragssatzsenkung. Die Einnahmen unterschritten im Januar mit 16,5 Mrd. € das Ergebnis des Vorjahres um 1,0 Mrd. € (-5,6 %), darunter waren die Steuereinnahmen mit 14,4 Mrd. € um 1,2 Mrd. € (-7,5%) niedriger als im Januar 2009. Ein erheblicher Teil dieser Mindereinnahmen ging auf eine höhere Monatsabführung an die EU zurück, die haushaltstechnisch von den Steuereinnahmen abgesetzt wird. Die Verwaltungseinnahmen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 11,0 %; hierfür waren jedoch im Wesentlichen Sondertatbestände verantwortlich.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

#### Sondervermögen ITF

Ein wesentlicher Bestandteil des im Februar des Jahres 2009 beschlossenen Konjunkturpakets II ist der "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF).

Der Bund stellt über dieses Sondervermögen außerhalb des Bundeshaushalts in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt 20,4 Mrd. € für zusätzliche Maßnahmen zur schnellen Konjunkturbelebung bereit. Bis einschließlich Januar 2010 sind bereits 6,6 Mrd. €

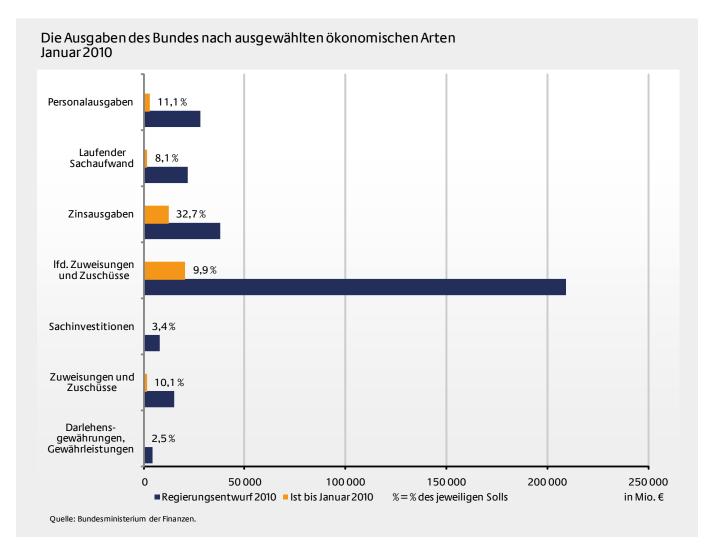
#### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist	RegEntw	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	icklung	Veränderung
	2009	2010	Januar	2010	Januar	2009	ggü. Vorjahi
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in %
Konsumtive Ausgaben	265 150	297 184	38 013	94,2	37 187	93,4	2,
Personalausgaben	27 939	28 031	3 098	7,7	3 130	7,9	-1,
Aktivbezüge	20 977	21 112	2 2 1 5	5,5	2 261	5,7	-2,
Versorgung	6 962	6919	883	2,2	869	2,2	1,
Laufender Sachaufwand	21 395	21 722	1 760	4,4	1 759	4,4	0,
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 478	1 467	79	0,2	77	0,2	2,
Militärische Beschaffungen	10 281	10574	1 178	2,9	1 172	2,9	0,
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 681	503	1,2	510	1,3	-1,
Zinsausgaben	38 099	37 967	12 418	30,8	12 227	30,7	1,
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	209 069	20 675	51,2	20 002	50,3	3,
an Verwaltungen	14396	14630	729	1,8	904	2,3	-19,
an andere Bereiche	162 892	194 438	20216	50,1	19 164	48,2	5
darunter:							
Unternehmen	22 951	25 528	2 684	6,7	2 487	6,2	7,
Renten, Unterstützungen u.a.	29 699	31710	2 830	7,0	2 795	7,0	1,
Sozialversicherungen	105 130	131 562	14312	35,5	13 432	33,8	6,
Sonstige Vermögensübertragungen	429	396	63	0,2	68	0,2	-7,
Investive Ausgaben	27 103	28 691	2 339	5,8	2 609	6,6	-10,
Finanzierungshilfen	18 599	20 505	2 060	5,1	2 310	5,8	-10,
Zuweisungen und Zuschüsse	15 190	15 353	1 545	3,8	1 655	4,2	-6,
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 490	4333	110	0,3	289	0,7	-61,
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	819	405	1,0	366	0,9	10,
Sachinvestitionen	8 504	8 186	278	0,7	299	0,8	-7,
Baumaßnahmen	6 830	6 5 8 1	145	0,4	161	0,4	-9,
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	1 059	82	0,2	78	0,2	5,
Grunderwerb	643	546	51	0,1	59	0,1	-13,
Globalansätze	0	- 475	0	-	0	-	
Ausgaben insgesamt	292 253	325 400	40 352	100,0	39 796	100,0	1,

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

abgeflossen. Davon wurden rund 4,4 Mrd. € für die Umweltprämie, rund 1,4 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und

Länder und rund 0,7 Mrd. € für Investitionen des Bundes ausgezahlt.



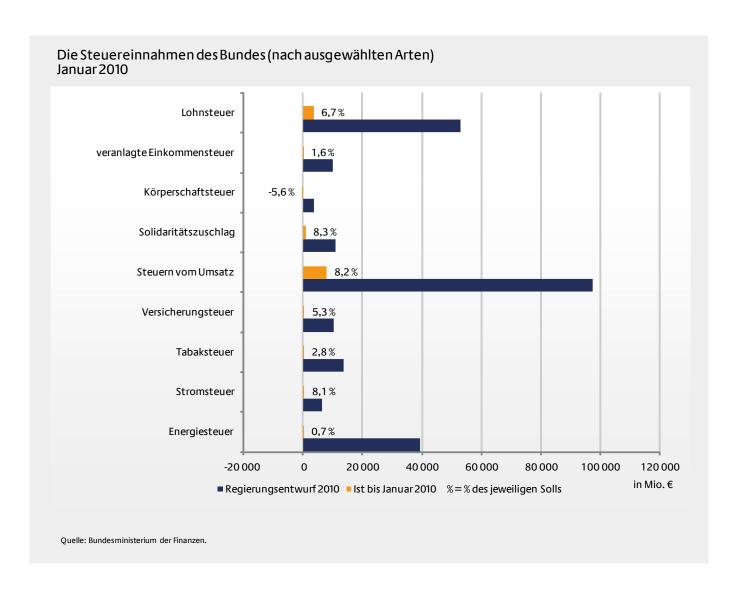
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	RegEntw	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderung
	2009	2010	Januar	2010	Januar	2009	ggü. Vorjahr ir
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	%
I. Steuern	227 835	211 887	14 442	87,5	15 620	89,4	-7,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	180 223	171 884	13 326	80,8	14 648	83,8	-9,0
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge) <sup>1</sup>	83 779	73 391	5 3 4 9	32,4	7 102	40,6	-24,
davon:							
Lohnsteuer	57 248	53 083	3 579	21,7	3 984	22,8	-10,7
veranlagte Einkommensteuer	11 233	10 179	166	1,0	236	1,4	-29,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	6 2 3 7	5 3 4 3	596	3,6	1 040	6,0	-42,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge <sup>1</sup>	5 475	5 060	1 206	7,3	1 724	9,9	-30,0
Körperschaftssteuer	3 587	3 595	- 200	-1,2	117	0,7	-270,
Steuern vom Umsatz	95 400	97 274	8 003	48,5	7 560	43,3	5,9
Gewerbesteuerumlage	1 044	1 219	- 25	-0,2	-14	-0,1	78,
Energiesteuer	39 822	39 400	272	1,6	319	1,8	-14,
Tabaksteuer	13 366	13 590	374	2,3	237	1,4	57,
Solidaritätszuschlag	11 927	10 950	913	5,5	1124	6,4	-18,
Versicherungsteuer	10 548	10 450	550	3,3	543	3,1	1,
Stromsteuer	6278	6350	517	3,1	544	3,1	-5,
Kraftfahrzeugsteuer	-	8 240	960	5,8	-	-	
Branntweinabgaben	2 103	2 082	189	1,1	200	1,1	-5,
Kaffeesteuer	997	1 010	104	0,6	94	0,5	10,
Ergänzungszuweisungen an Länder	-13 462	-12 694	0	0,0	0	0,0	
BNE-Eigenmittel der EU	-14880	-22 030	-2 025	-12,3	-1 238	-7,1	63,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 017	-1 930	- 199	-1,2	-332	-1,9	-40,
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 775	-6877	- 573	-3,5	- 565	-3,2	1,
Zuweisung an die Länderfür Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-	-8 992	0	0,0	-	-	
II. Sonstige Einnahmen	29 907	27 337	2 055	12,5	1 852	10,6	11,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 457	4279	231	1,4	170	1,0	35,
Zinseinnahmen	574	422	54	0,3	50	0,3	8,
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	3 836	4 147	546	3,3	474	2,7	15,
Einnahmen zusammen	257 742	239 224	16 498	100,0	17 472	100,0	-5,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2010

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2010

Insgesamt sind die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im Januar 2010 im Vorjahresvergleich um - 7,8 % gesunken.

Die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern blieben im Berichtsmonat hinter dem Vorjahresniveau um insgesamt - 8,4% zurück. Die unterschiedlichen Entwicklungen bei den Bundessteuern (+ 26,0%) und den Ländersteuern (- 56,8%) resultieren aus dem Wechsel der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer, die seit dem 1. Juli 2009 auf den Bund übergegangen ist. Ohne Berücksichtigung der Kfz-Steuer sind die Bundessteuern um - 4,9% und die Ländersteuern um - 16,9% zurückgegangen.

Bei den Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) wurde das Januar-Ergebnis des Vorjahres um - 11,7% unterschritten. Zu berücksichtigen sind hier die um rund 650 Mio. € höheren Abführungen von BNE- und MWSt-Eigenmitteln an die EU.

Die Lohnsteuereinnahmen sind im Januar um - 8,5 % gesunken. Dies hat mehrere Ursachen: Zum einen war die hohe Vorjahresbasis noch nicht durch die Eintragung von Freibeträgen aufgrund der Wiedereinführung der Pendlerpauschale gemindert. Zum anderen spielen der zwischenzeitliche Anstieg der Arbeitslosigkeit und die im Vorjahresvergleich geringeren Sonderzahlungen eine Rolle. Gedämpft wurde das Lohnsteueraufkommen im Januar 2010 (in dem die Einnahmen aus der Besteuerung der Löhne und Gehälter aus dem Dezember 2009 eingehen) zudem durch die Entlastungswirkung aus der ersten Stufe der Tarifanpassung des Konjunkturpakets (Senkung zum 1. Januar 2009). Schließlich hat sich der Anstieg der Kindergeldzahlungen um + 9,8 % aufkommensmindernd ausgewirkt. Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer lagen um - 29,6 % unter dem Vorjahresergebnis. Dabei reduzierten sich die Zahlungen der Eigenheimzulage um fast die Hälfte (- 42,2 %), und die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer gingen um gut ein Zehntel (- 11,5 %) zurück. Beides konnte jedoch den kräftigen Rückgang der nachträglichen Vorauszahlungen für das Vorjahr bei Weitem nicht ausgleichen.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag verringerte sich das Aufkommen im Januar aufgrund der hohen Vorjahresbasis um - 42,6 %: Das Januarergebnis 2009 stammte aus verstärkten Ausschüttungen im Dezember 2008, die seinerzeit erfolgten, um noch den etwas niedrigeren Steuersatz nach dem Halbeinkünfteverfahren (maximal 22,5 % ohne Solidaritätszuschlag) nutzen zu können. Ab dem Jahr 2009 wurde auf Dividendeneinnahmen eine Abgeltungsteuer in Höhe von 25 % erhoben.

Die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge verzeichnete Einnahmeeinbußen um - 30,4%. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zum 1. Januar 2009 der Steuersatz von 30% auf 25% reduziert wurde. Wegen der Zeitverzögerung von einem Monat zwischen Entstehung der Steuerschuld und Kasseneingang handelte es sich bei dem Aufkommen im Januar des Vorjahres weitestgehend noch um Einnahmen aus dem alten Zinsabschlag. Insofern sind die Mindereinnahmen im Januar 2010 zu einem erheblichen Teil auf die Senkung des Steuersatzes zurückzuführen.

Das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer ist im Januar um gut - 600 Mio. € unter das Vorjahresresultat gesunken. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die Verringerung der Nachzahlungen um gut - 500 Mio. €.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2010

#### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2009	Januar	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2010	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio €	in%	in Mio € <sup>5</sup>	in%
Gemeinschaftliche Steuern				
Lohnsteuer <sup>2</sup>	11 672	-8,5	124900	-12,0
veranlagte Einkommensteuer	392	-29,6	23 950	-26,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 193	-42,6	10 685	-35,5
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	2 741	-30,4	11 500	-14,6
Körperschaftsteuer	- 400	X	7 190	-54,7
Steuern vom Umsatz	15 100	7,3	180 150	2,4
Gewerbesteuerumlage	-33	Х	2 941	-12,5
erhöhte Gewerbesteuerumlage	60	Х	2 553	-25,4
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	30 726	-8,4	363 869	-9,8
Bundessteuern				
Energiesteuer	272	-14,6	39 400	0,4
Tabaksteuer	374	58,0	13 590	0,1
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	189	-5,4	2 080	-2,2
Versicherungsteuer	550	1,2	10 450	-0,3
Stromsteuer	517	-5,0	6 3 5 0	1,4
Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) <sup>3</sup>	960	Х	8 240	х
Solidaritätszuschlag	913	-18,8	10 950	-16,7
übrige Bundessteuern	138	-0,5	1 466	-0,2
Bundessteuern insgesamt	3 913	26,0	92 526	7,2
Ländersteuern				
Erbschaftsteuer	312	-28,9	4748	-0,5
Grunderwerbsteuer	380	-5,8	4805	-16,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	129	-12,4	1 480	-3,6
Biersteuer	63	0,0	727	-1,7
Sonstige Ländersteuern	18	-11,5	363	13,2
Ländersteuern insgesamt	901	-56,8	12 123	-44,7
EU-Eigenmittel				
Zölle	477	57,4	3 800	-5,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	199	-40,1	1 930	-48,4
BSP-Eigenmittel	2 025	63,6	22 030	43,6
EU-Eigenmittel insgesamt	2 701	44,2	27 760	20,3
Bund <sup>4</sup>	14 068	-11,7	215 725	-9,8
Länder <sup>4</sup>	16 809	-9,1	201 530	-9,2
EU	2 701	44,2	27 760	20,3
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 440	-11,3	27 304	-12,8
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	36 018	-7,8	472 319	-8,4

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

 $<sup>^3\,\</sup>mathrm{Ab}\,\mathrm{dem}\,1$ . Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kfz-Steuer dem Bund zu.

 $<sup>^4</sup>$  Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

 $<sup>^{5}\,\</sup>mathrm{Ergebnis}\,\mathrm{AK}$  "Steuerschätzungen" vom November 2009.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2010

Davon entfallen etwa - 200 Mio. € auf "normale" Veranlagungen für das jeweils vorletzte Jahr. Um etwa - 300 Mio. € sind im Vorjahresvergleich die Nachzahlungen für weit zurückliegende Jahre gesunken, die im Regelfall aus Betriebsprüfungen resultieren.

Der Rückgang der Importe aus Nicht-EU-Staaten, der im Vorjahresvergleich bei Weitem nicht mehr so stark ausfällt wie im Verlauf des vergangenen Jahres, hatte im Januar ein Minus bei der Einfuhrumsatzsteuer von - 4,2% zur Folge. Der damit verbundene geringere Vorsteuerabzug hat dazu beigetragen, dass die Umsatzsteuer mit + 10,4% kräftig gewachsen ist. Ein wichtiger Einflussfaktor war zudem eine Umsatzsteuernachzahlung aufgrund einer Steuerprüfung in einem Einzelfall in dreistelliger Millionenhöhe. Zusammengenommen stiegen die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz um + 7,3%.

Die reinen Bundessteuern übertrafen ihr Vorjahresergebnis um + 26,0 %. Hier schlug mit knapp 1 Mrd. € die Kompetenzverlagerung der Kraftfahrzeugsteuer von den Ländern auf den Bund positiv zu Buche (ohne diesen Wechsel hätte die Veränderungsrate bei - 4,9 % gelegen). Des Weiteren kam es bei der Tabaksteuer zu einer offenbar steuertechnisch bedingten Erhöhung des Aufkommens um + 58,0 %. Auch die Versicherungsteuer konnte mit + 1,2 % das Januarergebnis des Vorjahres leicht überbieten. Dem standen Einbußen insbesondere bei der (im Monat Januar jeweils sehr aufkommensschwachen) Energiesteuer (-14,6 %), bei der Stromsteuer (-5,0 %) und beim Solidaritätszuschlag (-18,8 %) gegenüber.

Auch die reinen Ländersteuern mussten im Januar mit - 56,8 % hohe Aufkommenseinbußen hinnehmen. Auch hier spiegelt sich allerdings die Kompetenzverlagerung bei der Kraftfahrzeugsteuer wider (ohne Berücksichtigung der Kraftfahrzeugsteuer wäre "nur" ein Minus von - 16,9 % zu verzeichnen). Jedoch weisen auch fast alle Einzelkomponenten einen Rückgang des Aufkommens aus: Erbschaftsteuer - 28,9 %, Grunderwerbsteuer - 5,8 %, Rennwett- und Lotteriesteuer - 12,4 % und Feuerschutzsteuer - 3,6 %. Lediglich die Biersteuer konnte ihr Niveau halten.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Januar durchschnittlich 3,79 % (Dezember 3,69 %).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe notierte Ende Januar bei 3,20 % (Dezember 3,40 %).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – verringerten sich von 0,70 % Ende Dezember auf 0,67 % Ende Januar.

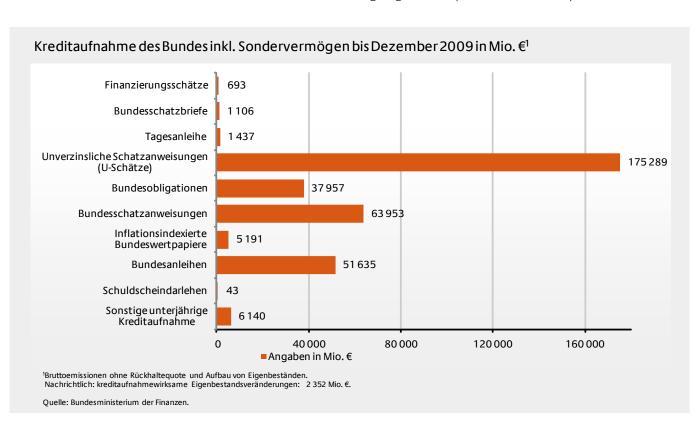
Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 4. Februar 2010 die seit Mai 2009 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % belassen.

Der Deutsche Aktienindex fiel zum 29. Januar auf 5 609 Punkte (Dezember 5 957 Punkte).

Der Euro Stoxx 50 fiel von 2 966 Punkten im Dezember auf 2 777 Punkte im Januar.

#### Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Dezember 2009 bei – 0,2% nach – 0,3% im November und 0,3% im Oktober. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 für den Zeitraum von Oktober bis Dezember 2009 verringerte sich auf – 0,1%, nachdem er im Zeitraum September bis November bei 0,6% gelegen hatte (Referenzwert 4,5%).



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Die Wachstumsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Dezember 0,7 % (November 0,6 %, Oktober 0,5 %).

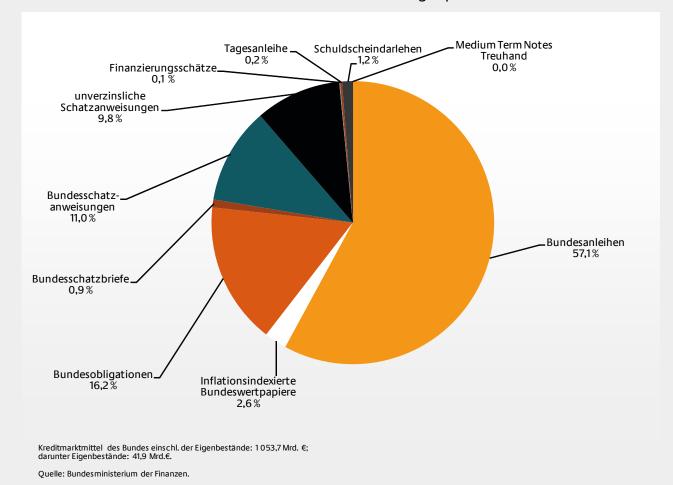
In Deutschland betrug die Wachstumsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen im Dezember –0,14% (November 1,37%, Oktober 1,55%).

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Bis einschließlich Dezember 2009 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen (Finanzmarktstabilisierungsfonds und

Investitions- und Tilgungsfonds) 343,44 Mrd. €. Davon wurden 329 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurde am 10. Juni und am 28. Oktober 2009 im Tenderverfahren eine 1,75 %ige Neuemission einer Inflationsindexierten Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526, WKN 103052) mit einem Volumen von insgesamt 5,0 Mrd. € begeben. Weiterhin wurde am 21. September 2009 eine 1,5 %ige Neuemission einer USD-Anleihe (ISIN DE 0001030120, WKN 103012) über ein Bankenkonsortium begeben. Die Anleihe hat eine Laufzeit von drei Jahren und ein Emissionsvolumen von 4,0 Mrd. US-Dollar (2,74 Mrd. €). Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 1,91 Mrd. €).

#### Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 31. Dezember 2009



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

#### Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
		in Mrd. €											
Anleihen	14,3	-	-	-	-	-	31,5	-	-	-	-	-	45,8
Bundesobligationen	-	-	-	18,0	-	-	-	-	-	18,0	-	-	36,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	14,0	-	-	13,0	-	-	14,0	56,0
U-Schätze des Bundes	6,8	6,8	6,9	5,9	5,9	5,9	11,9	12,2	12,0	11,9	11,9	11,9	110,2
Bundesschatzbriefe	0,3	0,0	0,2	0,0	0,0	0,1	0,0	0,2	0,0	0,1	0,1	0,0	1,3
Finanzierungsschätze	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,5	0,1	0,1	2,1
Tagesanleihe	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	2,1
Fundierungsschuld- verschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,0	-	-	0,0
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schuldscheindarlehen	0,0	0,2	0,0	0,2	-	-	-	-	0,0	0,0	0,1	0,0	0,6
Kredite zur Rekapitalisierung	10,2	2,0	2,0	-	-	0,1	-	-	-	-	-	-	14,3
Sonstige Schulden gesamt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	32,1	9,4	24,5	24,4	6,2	20,5	43,9	12,7	25,5	30,6	12,4	26,2	268,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

#### Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. €	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,6	0,2	1,2	3,6	0,1	1,9	13,7	0,2	1,3	3,2	0,1	1,1	40,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die im Dezember 2009 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2009".

Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich Dezember 2009 die Tilgungen auf rund 268,43 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 40,24 Mrd. €. Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 269,04 Mrd. €, der Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 67,09 Mrd. € und der Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 7,32 Mrd. € eingesetzt.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

# Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2009 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesanleihe ISIN DE0001135366 WKN 113536	Aufstockung	7. Oktober 2009	30 Jahre fällig 4. Juli 2040 Zinslaufbeginn 4. Juli 2008 erster Zinstermin 4. Juli 2009	2 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137271 WKN 113727	Aufstockung	14. Oktober 2009	2 Jahre fällig 16. September 2011 Zinslaufbeginn 11. September 2009 erster Zinstermin 16. September 2010	4 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141554 WKN 114155	Aufstockung	28. Oktober 2009	5 Jahre fällig 10. Oktober 2014 Zinslaufbeginn 25. September 2009 erster Zinstermin 10. Oktober 2010	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135390 WKN 113539	Neuemission	11. November 2009	10 Jahre fällig 4. Januar 2020 Zinslaufbeginn 13. November 2009 erster Zinstermin 4. Januar 2011	6 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137289 WKN 113728	Neuemission	18. November 2009	2 Jahre fällig 16. Dezember 2011 Zinslaufbeginn 20. November 2009 erster Zinstermin 16. Dezember 2010	6 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141554 WKN 114155	Aufstockung	25. November 2009	5 Jahre fällig 10. Oktober 2014 Zinslaufbeginn 25. September 2009 erster Zinstermin 10. Oktober 2010	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137289 WKN 113728	Aufstockung	9. Dezember 2009	2 Jahre fällig 16. Dezember 2011 Zinslaufbeginn 20. November 2009 erster Zinstermin 16. Dezember 2010	5 Mrd.€
			4. Quartal 2009 insgesamt	ca. 33 Mrd. €

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

#### Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2009 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115483 WKN 111548	Neuemission	12. Oktober 2009	6 Monate fällig 14. April 2010	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115491 WKN 111549	Neuemission	26. Oktober 2009	12 Monate fällig 27. Oktober 2010	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115509 WKN 111550	Neuemission	16. November 2009	6 Monate fällig 12. Mai 2010	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE00011155517 WKN 111551	Neuemission	23. November 2009	12 Monate fällig 24. November 2010	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115525 WKN 111552	Neuemission	7. Dezember 2009	6 Monate fällig 16. Juni 2010	6 Mrd. €
			4. Quartal 2009 insgesamt	ca. 26 Mrd. €

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die deutsche Wirtschaft legte im Schlussquartal 2009 eine Wachstumspause ein.
- Die Abschwächung der industriellen Dynamik dämpfte die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zum Jahresende 2009.
- Der private Konsum war in der 2. Jahreshälfte 2009 rückläufig.
- Die Arbeitslosenzahl stieg im Januar 2010 gegenüber dem Vormonat leicht an.

Im Schlussquartal 2009 hat die deutsche Wirtschaft eine Wachstumspause eingelegt. Nach der Schnellmeldung des Statistischen Bundsamtes stagnierte das Bruttoinlandsprodukt in preis-, saison- und kalenderbereinigter Betrachtung gegenüber dem Vorquartal. Damit ist die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Deutschland zum Jahresende 2009 vorübergehend zum Stillstand gekommen.

Positive Wachstumsimpulse kamen im 4. Quartal 2009 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lediglich von der Außenwirtschaft. Einer deutlichen Ausweitung der Exporte stand dabei ein Rückgang der Importe gegenüber. Die Inlandsnachfrage entwickelte sich dagegen ungünstig. So setzte sich die Erholungstendenz bei den Investitionen im Schlussquartal des vergangenen Jahres nicht fort. Auch der Konsum war wie bereits in den Sommermonaten im Vorquartalsvergleich rückläufig. Detailergebnisse nach Wirtschaftsbereichen und Verwendungsaggregaten werden am 24. Februar 2010 veröffentlicht.

Die Stagnation des Bruttoinlandsprodukts im Schlussquartal 2009 zeigt, dass der konjunkturelle Erholungsprozess nach wie vor anfällig für Rückschläge ist. Vor allem die Abschwächung der industriellen Dynamik zum Jahresende 2009 verdeutlicht, dass die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung in den Sommermonaten zuvor maßgeblich auf kurzfristige Nachfrageimpulse im Zuge der weltweiten konjunkturellen Stützungsmaßnahmen zurückzuführen war. Mit dem allmählichen Auslaufen einiger Stützungsmaßnahmen gewinnen vermehrt die endogenen Auftriebskräfte an Bedeutung, die sich jedoch bisher offenbar nur zögerlich entfalten. Die seit Jahresbeginn wirksamen steuerlichen Entlastungen könnten daher auf dem Weg zu einem selbsttragenden Aufschwung unterstützend wirken.

Der deutliche Rückgang des
Lohnsteueraufkommens gegenüber dem
Vorjahr (- 8,5 %) war im Januar unter anderem
auf den Anstieg der Kindergeldzahlungen
zurückzuführen. Konjunkturell bedingt
sanken die Lohnsteuereinnahmen im
Vorjahresvergleich aufgrund einer
höheren Arbeitslosigkeit sowie geringerer
Sonderzahlungen. Der Anstieg der Einnahmen
aus der Umsatzsteuer (+ 10,4 % gegenüber
Vorjahr) resultierte maßgeblich aus einem
geringeren Vorsteuerabzug, der sich
wiederum aus einem Rückgang der Importe
aus den Nicht-EU-Staaten ergab.

Eine gegenläufige Entwicklung bei den Warenausfuhren und Wareneinfuhren hat im Schlussquartal 2009 zu einem spürbar positiven Wachstumsbeitrag der Nettoexporte geführt. Dabei hat sich der Aufwärtstrend bei der Ausfuhrtätigkeit mit der deutlichen Zunahme der nominalen Warenexporte im

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Dezember zum Jahresende 2009 fortgesetzt. Angesichts der – laut ifo-Umfrage – im Januar erneut verbesserten Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sowie der jüngsten Aufwärtskorrektur der Prognose für das Welthandelsvolumen durch den IWF stellen sich die Perspektiven für die deutschen Exporteure tendenziell günstig dar.

Die nominalen Warenausfuhren lagen im Schlussquartal 2009 in saisonbereinigter Betrachtung gut 5 % über dem Ausfuhrergebnis der Sommermonate. Damit profitierte die Exportwirtschaft spürbar von der Ausweitung der Auslandsnachfrage nach deutschen Industriegütern im Schlussquartal 2009. Im selben Zeitraum lag das Ausfuhrergebnis (nach Ursprungswerten) jedoch noch 6 ½ % unter dem Vorjahresniveau. Insgesamt war bei den nominalen Warenexporten im Jahr 2009 ein Rückgang von 18,4% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Dabei fiel der Rückgang der Ausfuhren in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union besonders kräftig aus (-25,0%). Aber auch die Exporttätigkeit in den Euroraum (-16,1%) und in Drittländer (-17,1%) war 2009 gegenüber dem Vorjahr klar rückläufig.

Bei den nominalen Warenimporten wurde im Dezember – nach kräftigem Rückgang im Vormonat – ein deutlicher Anstieg gegenüber November verzeichnet. Dennoch blieben die Wareneinfuhren im Schlussquartal 2009 dem Wert nach (saisonbereinigt) 1,8 % unterhalb des Vorquartalsniveaus. Die Abschwächung der Einfuhrtätigkeit könnte dabei insbesondere die nachlassende industrielle Dynamik im Schlussquartal 2009 widerspiegeln.

So hat die konjunkturelle Erholung im Dezember 2009 in der Industrie einen deutlichen Rückschlag erfahren. Produktion, Umsätze und Auftragseingang waren im Vormonatsvergleich klar rückläufig. Gegenüber dem Vorquartal konnte im Schlussquartal 2009 zwar insgesamt noch ein Anstieg der Industrieindikatoren verzeichnet werden. Dieser fiel jedoch deutlich geringer aus als noch im 3. Quartal

2009. Damit bestätigt die Entwicklung der Industrieindikatoren im Dezember die bisherige Einschätzung, dass sich die industrielle Dynamik im Schlussquartal 2009 gegenüber den Sommermonaten spürbar abgeschwächt hat.

Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe war im Dezember gegenüber dem Vormonat rückläufig. Dabei fiel der Rückgang der Industrieproduktion mit (saisonbereinigt) - 2,8 % gegenüber dem Vormonat sehr deutlich aus. Sowohl die Produktion von Vorleistungsgütern als auch von Investitionsgütern wurde im Vormonatsvergleich spürbar zurückgefahren. Das Plus im Vorquartalsvergleich resultierte maßgeblich aus einer zuletzt günstigen Produktionsentwicklung im Konsumgüterbereich.

Die industriellen Umsätze blieben im
Dezember insgesamt um (saisonbereinigt)
2% hinter dem Vormonatsergebnis
zurück. Hierzu trugen vor allem deutlich
rückläufige Inlandsumsätze im Vorleistungsund Investitionsgüterbereich bei. Die
Auslandsumsätze stagnierten nahezu.
Zusammengenommen ergab sich im
Schlussquartal 2009 aufgrund einer günstigen
Entwicklung der Auslandsumsätze im
Vorquartalsvergleich noch ein merkliches
Umsatzplus.

Das industrielle Bestellvolumen fiel im Dezember 2009 gegenüber dem Vormonat um (saisonbereinigt) 2,3 % niedriger aus. Im November war es - nach einer außerordentlichen Aufwärtskorrektur gegenüber Oktober noch zu einem Anstieg um rund 2 ¼% gekommen. Sowohl die Inlands- als auch die Auslandsnachfrage nach Industriegütern war im Dezember im Vormonatsvergleich rückläufig. Lediglich bei der inländischen Konsumgüternachfrage konnte ein deutliches Plus von (saisonbereinigt) fast 5 % verbucht werden. Insgesamt waren im Schlussquartal 2009 vor allem Nachfrageimpulse aus dem Ausland zu verzeichnen. Dabei wurden - neben

 $Konjunkturent wicklung \ aus \ finanz politischer \ Sicht$ 

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2009 Veränderung in % gegenüber							
	Mrd. €		Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	bzw. Index	ggü. Vorj. in%	2. Q.09	3.Q.09	4.Q.09	2. Q.09	3.Q.09	4.Q.09
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	104,8	-5,0	+0,4	+0,7	+0,0	-7,0	-4,7	-1,7
jeweilige Preise	2 407	-3,5	+0,8	+1,5	-0,1	-5,8	-2,9	-0,6
Einkommen <sup>1</sup>								
Volkseinkommen	1811	-4,0	-0,3	+3,6		-6,7	-3,0	
Arbeitnehmerentgelte	1 223	-0,2	-0,2	+0,1		-0,1	-0,6	
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	588	-11,0	-0,4	+11,3		-18,7	-7,1	
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 564	+0,4	+1,1	-0,1		+0,6	+0,2	
Bruttolöhne ugehälter	991	-0,5	+0,1	+0,4	·	-0,5	-0,8	
•					·			
Sparen der privaten Haushalte	178	-0,2	-0,9	+1,6	٠	-0,0	+2,2	٠
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2	2009	Veränderung in % gegenüber					
	Made		Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Nov 09	Dez 09	Dreimonats- durchschnitt	Nov 09	Dez 09	Dreimonats- durchschnitt
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im	86	+6,1	-2,0		-1,6	-0,3		-1,4
Bauhauptgewerbe(Mrd.€) <sup>4</sup>					·			·
Außenhandel (Mrd. €)	002	10.4	.1.1	12.0	15.1	2.6	12.4	6.5
Waren-Exporte	803	-18,4	+1,1	+3,0	+5,1	-3,6	+3,4	-6,5
Waren-Importe in konstanten Preisen von 2005	667	-17,2	-6,2	+4,5	-1,8	-15,1	-6,5	-12,7
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = $100$ ) <sup>2</sup>	93,6	-16,1	+0,7	-2,6	+0,4	-8,0	-6,7	-9,1
Industrie 3	93,1	-17,9	+1,0	-2,8	+1,0	-9,1	-7,4	-10,3
Bauhauptgewerbe	108,2	-0,1	+0,6	-2,6	-1,9	+4,0	-1,2	+1,9
Umsätze im								
Produzierenden Gewerbe <sup>2</sup>								
Industrie (Index 2005 = 100) <sup>3</sup>	93,1	-17,4	+0,4	-2,0	+1,1	-9,1	-4,9	-9,4
Inland	93,1	-14,4	-0,1	-3,6	-0,1	-7,6	-5,6	-8,2
Ausland	93,1	-20,6	+1,0	-0,1	+2,4	-10,8	-4,3	-10,8
Auftragseingang (Index 2005 = 100) <sup>2</sup>								
Industrie <sup>3</sup>	87,2	-21,7	+2,7	-2,3	+0,7	+1,3	+6,4	-0,6
Inland	88,5	-18,3	+1,6	-1,4	-1,3	+2,6	+5,5	-0,2
Ausland	86,0	-24,4	+3,6	-3,2	+2,4	+0,1	+7,2	-0,9
Bauhauptgewerbe <sup>4</sup>	102,8	-4,3	-2,6		-2,9	-0,7		-2,2
Umsätze im Handel (Index 2005=100)	. 02,0	1,5	_,0	·	_,5	0,1		-,-
Einzelhandel								
(ohne Kfz und mit Tankstellen)	97,4	-1,7	-1,2	+0,9	+0,4	-1,9	-1,8	-1,4
Handel mit Kfz	94,1	+1,1	-5,3	-2,5	-7,3	+1,6	-0,8	+0,5

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

#### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2009		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen	ersonen Mio. ggü. Vorj. in %	Vorperiode (saisonber.)			Vorjahr		
	Mio.		Nov 09	Dez 09	Jan 10	Nov 09	Dez 09	Jan 10
Arbeitslose (nationale								
Abgrenzung nach BA)	3,42	+4,8	+1	-3	+6	+227	+173	+129
Erwerbstätige, Inland	40,24	-0,1	-1	+6		-158	-139	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,38	-0,3						
Preisindizes	2009		Veränderung in % gegenüber					
2005=100	anii Mari in 9/		Vorperiode			Vorjahr		
	Index	ggü. Vorj. in %	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Nov 09	Dez 09	Jan 10
Importpreise	100,5	-8,6	+0,4	+0,5		-5,0	-1,0	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	108,0	-4,2	+0,1	-0,1		-5,9	-5,2	
Verbraucherpreise	107,0	+0,3	-0,1	+0,8	-0,6	+0,4	+0,9	+0,8
ifo-Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saison bereinigte Salden							
	Jun 09	Jul 09	Aug 09	Sep 09	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10
Klima	-28,4	-25,4	-19,2	-17,8	-16,5	-12,9	-11,5	-9,0
Geschäftslage	-38,1	-34,1	-30,6	-29,0	-28,4	-24,9	-22,6	-21,0
Geschäftserwartungen	-18,1	-16,1	-7,0	-5,9	-3,9	+0,0	+0,2	+3,7

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Rechenstand Januar 2010.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt, \ Deutsche \ Bundesbank, \ if o-Institut.$ 

einer Belebung der Nachfrage im Investitionsgüterbereich – die Bestellungen von Konsumgütern kräftig ausgeweitet. In diesem Bereich fiel das Auftragsplus im Vorquartalsvergleich sogar zweistellig aus.

Die Stimmungsindikatoren deuten inzwischen auf eine gewisse Belebung der industriellen Aktivität zu Beginn dieses Jahres hin: Der ifo-Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe verbesserte sich im Vormonatsvergleich deutlich, und auch der Einkaufsmanagerindex überschritt im Januar den vierten Monat in Folge die Wachstumsschwelle. Dies war laut Umfrage vor allem auf eine überaus günstige Entwicklung bei den Auftragseingängen sowie auf eine deutliche Ausweitung der industriellen Produktionstätigkeit zurückzuführen. Dennoch stellt die ungünstige Entwicklung der Industrieindikatoren im

Dezember eine gewisse Vorbelastung für das BIP-Ergebnis im ersten Quartal 2010 dar.

Der Abwärtstrend bei der Bauproduktion setzte sich im Dezember – vermutlich auch witterungsbedingt – beschleunigt fort. Der Produktionsrückgang fiel im Vormonatsvergleich mit (saisonbereinigt) - 2,6 % sehr kräftig aus. Insgesamt blieb die Bauproduktion im Schlussquartal 2009 um fast 2 % gegenüber dem Produktionsergebnis des 3. Quartals zurück. Rückläufige Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe (Oktober/November saisonbereinigt - 0,9 % gegenüber August/September) sowie die außergewöhnlich kalte Witterung dürften die Bautätigkeit auch zu Beginn dieses Jahres gedämpft haben.

Die Privaten Konsumausgaben waren im 4. Quartal 2009 gegenüber dem Vorquartal in

 $<sup>^2</sup> Ver \"{a}nder ungen gegen \"{u}ber Vor jahr aus sa ison bereinigten Zahlen berechnet.}$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>Ohne Energie.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Jahresdurchschnitt 2008.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

realer Rechnung voraussichtlich rückläufig. Darauf deutet beispielsweise die Eintrübung der Verbraucherstimmung (GfK) zum Jahresende hin. Auch die Beurteilung der Geschäftslage durch die Einzelhändler fiel im 4. Quartal 2009 laut ifo-Umfrage spürbar ungünstiger aus als noch zuvor in den Sommermonaten. Die Verschlechterung der Stimmungsindikatoren stand damit qualitativ im Einklang mit der wenig dynamischen Umsatzentwicklung im Einzelhandel. Zwar nahmen die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) im Dezember 2009 in realer Rechnung gegenüber dem Vormonat zu (saisonbereinigt +0,9%). Im Vergleich zum 3. Quartal ergab sich im Schlussquartal 2009 jedoch nur ein leichtes Umsatzplus. Insgesamt wurde im Einzelhandel (ohne Kfz) im Jahr 2009 das Umsatzergebnis des Vorjahres um real 1,7 % unterschritten. Damit fiel der Umsatzrückgang im Gesamtjahr 2009 gegenüber der ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes etwas geringer aus.

Der Abwärtstrend im Kfz-Einzelhandel (inklusive Instandhaltung und Reparatur) setzte sich auch im Dezember 2009 fort. Nach einem bereits kräftigen Umsatzminus im November betrug der Umsatzrückgang zum Jahresende im Vormonatsvergleich nochmals 2,5 %. Im Vergleich zum Vorquartal sanken die Umsätze im Kfz-Einzelhandel im Schlussquartal 2009 damit (saisonbereinigt) um real 7,3 %.

Laut GfK-Umfrage stieg die Sparneigung der privaten Haushalte zu Jahresbeginn 2010 erneut an. Auch angesichts einer Eintrübung der Einkommenserwartungen ist im Hinblick auf den privaten Konsum derzeit mit keiner grundlegenden Trendwende zum Besseren zu rechnen. Die Konjunkturerwartungen der privaten Haushalte haben sich im Januar nicht weiter verbessert. Die zurückhaltendere Einschätzung hinsichtlich der Dynamik der konjunkturellen Erholung stützt damit die jüngste Konjunkturbeurteilung der vom ZEW befragten Finanzmarktanalysten. Im Falle einer nur zögerlichen wirtschaftlichen Belebung dürfte sich das Risiko des Arbeitsplatzverlustes weiter erhöhen, was

die privaten Haushalte vorerst zu einem noch vorsichtigeren Ausgabenverhalten bewegen könnte.

Der Anstieg der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl fiel im Januar gegenüber dem Vormonat mit 6 000 Personen moderat aus. Die Zahl registrierter Arbeitsloser stieg im Vergleich zum Vorjahr um 129 000 auf 3,62 Millionen Personen an. Die entsprechende Arbeitslosenquote nahm im gleichen Zeitraum um 0,3 Prozentpunkte auf 8,6 % zu. Im Dezember gingen insgesamt 129 000 Anzeigen konjunkturell bedingter Kurzarbeit ein und damit rund 25 000 mehr als im Vormonat.

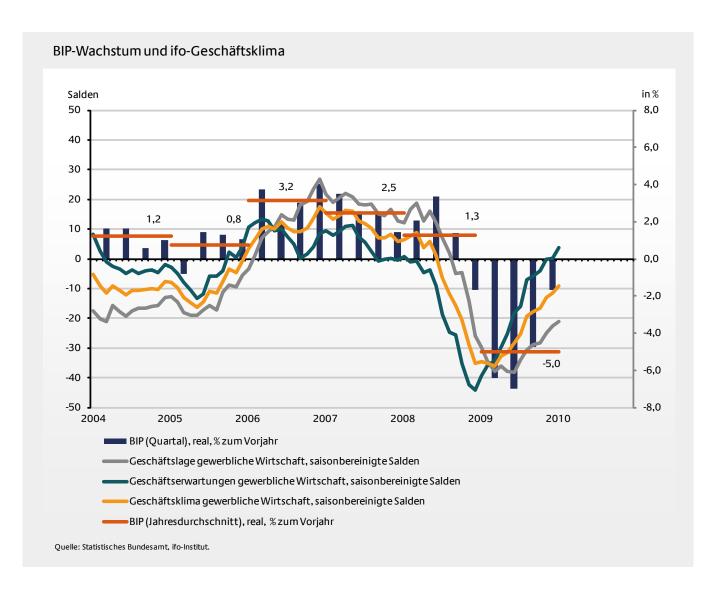
Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) stieg im Dezember gegenüber November um 6 000 Personen an. Nach Ursprungswerten lag die Erwerbstätigenzahl bei 40,42 Millionen und damit um 139 000 Personen niedriger als im Vorjahr. Im Vormonatsvergleich kam es im November 2009 zu einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse um (saisonbereinigt) 31 000. Im Vorjahresvergleich wurde dagegen (nach Ursprungswerten) ein Rückgang um 146 000 verzeichnet. Besonders ausgeprägt war der Beschäftigungsabbau bei Arbeitnehmerüberlassungen und im Verarbeitenden Gewerbe. In konsumnahen Dienstleistungsbereichen war dagegen weiterhin ein deutlicher Beschäftigungsaufbau zu verzeichnen.

Das ruhige Preisklima hielt auch zu Jahresbeginn an. Der Verbraucherpreisindex für Deutschland lag im Januar um 0,8 % über dem Vorjahresniveau. Der Preisanstieg war dabei vor allem auf eine Verteuerung von Kraftstoffen (+ 14,6 %) und leichtem Heizöl (+ 7,0 %) zurückzuführen. Preiswerter waren dagegen Gas (- 20,3 %) und Nahrungsmittel (-1,4 %). Im Vergleich zum Vormonat sank der Preisindex um 0,6 %, wozu vor allem saisonbedingte Einflüsse beitrugen. So verbilligten sich beispielsweise Pauschalreisen (-18,8 %) und Beherbergungsdienstleistungen (-14,7%) gegenüber Dezember 2009 deutlich.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Im Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber Januar 2009 spiegelt sich vor allem eine spürbare Zunahme des Rohölpreises auf dem Weltmarkt wider. Mit einer weiteren konjunkturellen Erholung der Weltwirtschaft wird auch die Nachfrage nach energetischen Gütern wieder spürbar zunehmen, sodass die Inflationsraten in diesem Jahr aufgrund einer Verteuerung dieser Güter tendenziell höher ausfallen dürften als im vergangenen Jahr.

Insgesamt dürfte die Preisentwicklung jedoch weiterhin in ruhigen Bahnen verlaufen. In der Jahresprojektion der Bundesregierung wird im Jahresdurchschnitt 2010 mit einem Anstieg des Verbraucherpreisniveaus um 1,1% gerechnet.



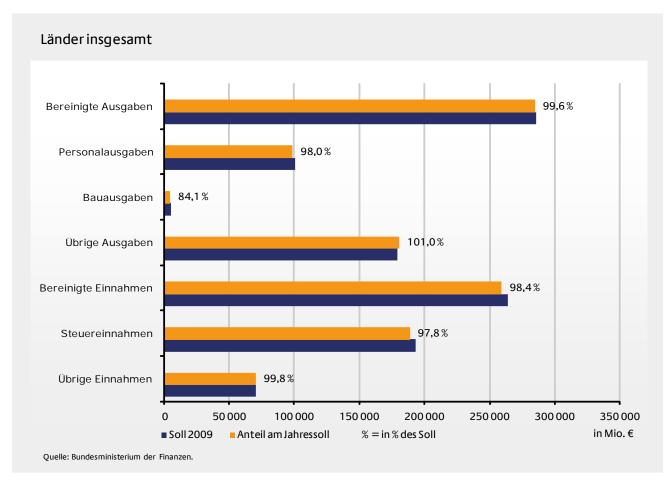
ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS DEZEMBER 2009

# Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2009

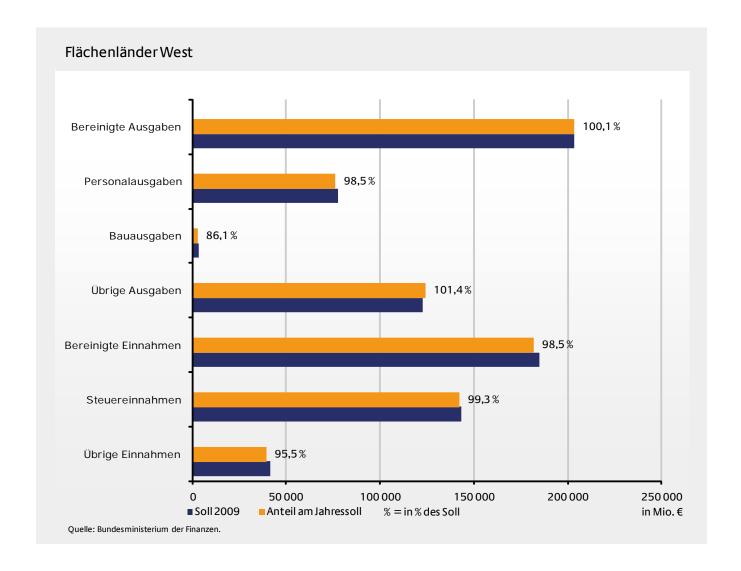
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Dezember 2009 vor.

Die Entwicklung der Länderhaushalte stellt sich im Jahr 2009 deutlich ungünstiger dar als im Vorjahr. Die Ländergesamtheit wies am Jahresende ein Finanzierungsdefizit von rd. - 25 Mrd. € aus, davon entfielen 21,7 Mrd. € auf die westdeutschen, 0,4 Mrd. € auf die ostdeutschen Flächenländer und 3,3 Mrd. € auf die Stadtstaaten. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet eine Verschlechterung um rund 26 Mrd. €. Die Planungen hatten für das Jahr 2009 ein Gesamtdefizit von rd. - 22,3 Mrd. € vorgesehen. Während sich die Einnahmen der

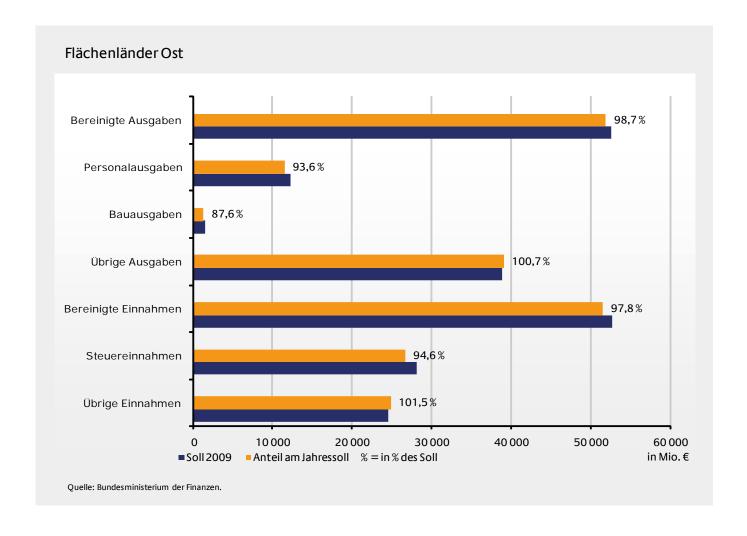
Ländergesamtheit gegenüber dem Vorjahr um - 5,1% verringerten, erhöhten sich die Ausgaben im gleichen Zeitraum um +4.0%. Die Steuereinnahmen der Länder insgesamt sind im Vergleich zum Vorjahr um - 8,7% gesunken. In den Stadtstaaten verringerten sich die Steuereinnahmen um - 11,7 %, bei den ostdeutschen Flächenländern um - 7,3 % und bei den westdeutschen Flächenländern um - 8,6 %. Die Ausgaben erhöhten sich in den westdeutschen Flächenländern um + 5,3%, in den ostdeutschen Flächenländern um +0,1% und in den Stadtstaaten um +0,2%. Für das Gesamtiahr hatten die Länder einen Ausgabenanstieg von +3.9% und einen Einnahmenrückgang von - 4,3 % geplant.



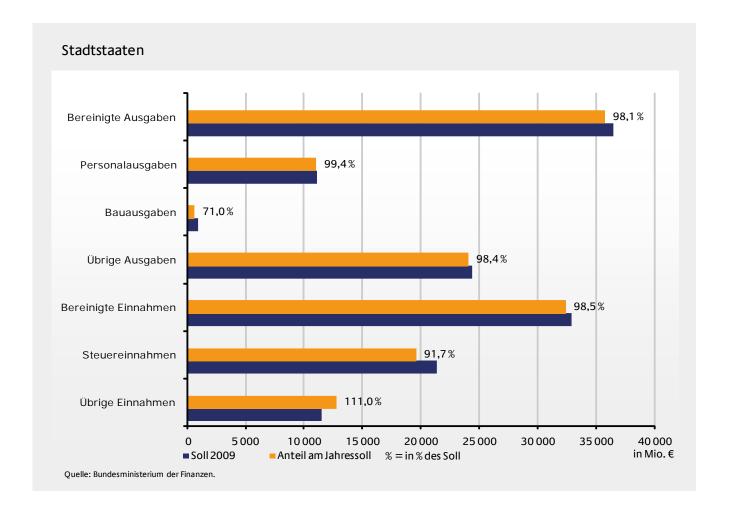
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2009



Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2009



Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2009



TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Termine, Publikationen

#### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

15./16. März 2010	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
25./26. März 2010	Europäischer Rat in Brüssel
16./17. April 2010	Informeller ECOFIN in Madrid
17./18. April 2010	ASEM-Finanzministertreffen in Madrid
22./23. April 2010	G20-Finanzministertreffen in Washington
24./25. April 2010	IWF-Frühjahrstagung in Washington

# Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2010 (2. Regierungsentwurf)

3. bis 5. November 2009	Steuerschätzung in Hamburg
bis 4. Dezember 2009	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
11. Dezember 2009	Zuleitung an Kabinett
16. Dezember 2009	Kabinettbeschluss
1. Januar 2010	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
19. bis 22. Januar 2010	1. Lesung Bundestag
12. Februar 2010	1. Beratung Bundesrat
27. Januar bis 4. März 2010	Beratungen im Haushaltsausschuss
4. März 2010	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
16. bis 19. März 2010	2./3. Lesung Bundestag
26. März 2010	2. Beratung Bundesrat
Mitte April 2010	Verkündung im Bundesgesetzblatt

# Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
März 2010	Februar 2010	22. März 2010
April 2010	März 2010	22. April 2010
Mai 2010	April 2010	20. Mai 2010
Juni 2010	Mai 2010	21. Juni 2010
Juli 2010	Juni 2010	19. Juli 2010
August 2010	Juli 2010	20. August 2010
September 2010	August 2010	20. September 2010
Oktober 2010	September 2010	21. Oktober 2010
November 2010	Oktober 2010	22. November 2010
Dezember 2010	November 2010	20. Dezember 2010

TERMINE, PUBLIKATIONEN

#### Publikationen des BMF

#### Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

#### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90<sup>1</sup> Telefax: 01805 / 77 80 94<sup>1</sup>

 $^{1}$  Jeweils 0,14  $\in$  / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

#### Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

## Analysen und Berichte

Deutsches Stabilitätsprogramm	36
Jahreswirtschaftsbericht 2010: Mit neuer Kraft die Zukunft gestalten	
Die gefühlte Steuerbelastung	61
Ursachenanalyse der Verschiebung in der funktionalen Einkommensverteilung	
Die Versicherung- und Feuerschutzsteuer	
Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2009	81
Ergebnisse des Treffens der G7-Finanzminister und -Zentralbankgouverneure in Igaluit	

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM

## Deutsches Stabilitätsprogramm

#### Aktualisierung Januar 2010

- - Die jüngste Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms wurde am 9. Februar 2010 durch das Bundeskabinett gebilligt. Das Programm zeigt: Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten Deutschlands hinterlassen. Nach einem Defizit von 3,2 % in Relation zum BIP im Jahr 2009 ist für 2010 mit einem weiteren Anstieg auf rund 5 ½ % zu rechnen.
  - Der ECOFIN-Rat hat am 2. Dezember 2009 festgestellt, dass in Deutschland ein übermäßiges Defizit besteht und Empfehlungen zu dessen Abbau ausgesprochen. Bis 2013 muss das Defizit in Deutschland wieder unter den Referenzwert von 3 % in Relation zum BIP zurückgeführt werden.
  - Deutschland wird den Empfehlungen des ECOFIN-Rates gerecht werden. Die im Grundgesetz verankerte neue Schuldenregel sichert die dafür unabdingbare Konsolidierungspolitik institutionell ab.

Nach den Bestimmungen des Stabilitätsund Wachstumspaktes sind die Euro-Teilnehmerstaaten verpflichtet, dem ECOFIN-Rat jährlich aktualisierte Stabilitätsprogramme vorzulegen. Die jüngste Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms wurde am 9. Februar 2010 durch das Bundeskabinett gebilligt.

1 Finanzpolitik in Deutschland: Qualität und Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

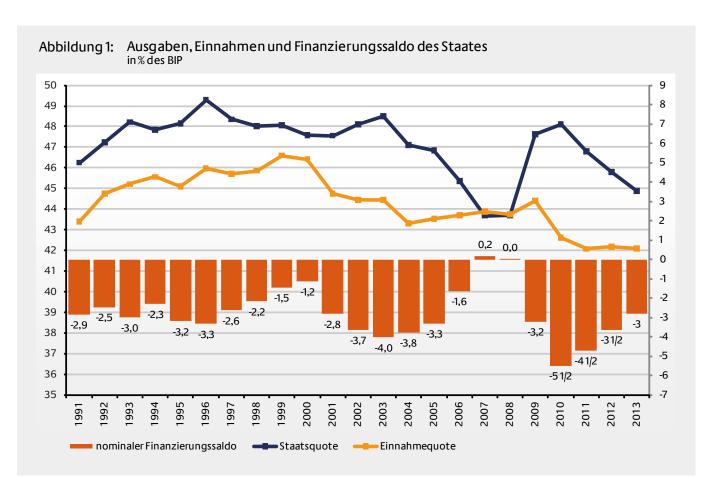
#### Ausgangslage

Die zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise ergriffenen Maßnahmen und das Wirken der automatischen Stabilisatoren haben insgesamt tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten Deutschlands hinterlassen (siehe Abbildung 1). Bund und Länder haben sich im Finanzplanungsrat gemeinsam zu ehrgeizigen und nachhaltigen Konsolidierungsanstrengungen bekannt. Die Bundesregierung wird darauf achten, dass die notwendige Konsolidierung im Einklang mit einer wachstumsfreundlichen Ausrichtung der öffentlichen Finanzen steht.

#### Qualität der Ausgabenseite

Bildung und Forschung sind eine Grundlage für die Erhöhung des Wachstumspotenzials. Entsprechend steigerten Bund und Länder in den vergangenen Jahren die Ausgaben für Bildung und Forschung. Diese Ausgaben werden im Zeitraum 2010 bis 2013 allein durch den Bund insgesamt um weitere 12 Mrd. € verstärkt. Damit die Ausgaben für Bildung und Forschung insgesamt bis 2015 auf 10 % des BIP steigen können, müssen auch Länder und Unternehmen ihre Beiträge leisten. Ferner sind ein effizienter Einsatz der vorhandenen Mittel und eine innovationsfreundliche Gestaltung der Rahmenbedingungen notwendig.

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM



Die umfassenden Maßnahmenpakete zur Stützung der Finanzmärkte und der Konjunktur haben nicht nur kurzfristig zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage, sondern auch zur Verbesserung der langfristigen Wachstumsperspektiven in Deutschland beigetragen. Das Gesamtvolumen der Maßnahmen (Ausgabenund Einnahmenseite) beläuft sich auf über 100 Mrd. €.

Die zusätzliche Investitionstätigkeit von Bund und Ländern ermöglicht den Erhalt von Arbeitsplätzen und stärkt die Wachstumsgrundlagen durch die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur. Die Investitionsmaßnahmen erfolgen dabei unter besonderer Berücksichtigung von Klimaschutz und Energieeffizienz. Im Zuge der Krise sind erhöhte Ausgaben im Bereich des Arbeitsmarktes zu verzeichnen, etwa durch verbesserte Bedingungen bei der Kurzarbeit oder die Qualifikationsoffensive

für Arbeitnehmer und die Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.
Zudem wird die Bundesregierung 2010 krisenbedingte Belastungen für die Arbeitslosenversicherung und die gesetzliche Krankenversicherung aus Haushaltsmitteln abfedern, um 2010 die paritätisch finanzierten Sozialversicherungsbeiträge unter 40 % vom Lohn zu halten. Die investiven Ausgaben aus dem Konjunkturpaket II wurden in dem "Investitions- und Tilgungsfonds" mit eigener Kreditermächtigung gebündelt. Seine Schulden werden in künftigen Jahren mit einem Anteil des Bundesbankgewinns getilgt.

#### Qualität der Einnahmenseite

Die Steuerpolitik muss in den nächsten Jahren zwei Ziele ausbalancieren: Zum einen die Finanzierung staatlicher Aufgaben sichern und zum anderen Wachstumskräfte mobilisieren. Eine konjunkturgerechte und wachstumsfördernde Steuerpolitik

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM

muss in Krisenzeiten die Belastung von Unternehmen und Privathaushalten senken, um den Grundstein für mehr Konsum und Investitionen zu schaffen. Deshalb hat die Bundesregierung mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz zum 1. Januar 2010 Bürger und Unternehmen über die bereits bestehenden steuerlichen Erleichterungen der Konjunkturpakete weiter entlastet.

Die Bundesregierung wird die Leistungsbereitschaft aller Bürger weiter stärken, indem sie ihnen mehr Freiräume gibt: Sie wird Bürokratie abbauen und sich für ein einfacheres Steuersystem mit niedrigeren Steuersätzen einsetzen. Dabei werden sowohl die wirtschaftliche Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Perspektiven für die öffentlichen Haushalte sowie die Realisierung von strukturellen Einsparungen beachtet, um die notwendigen Handlungsspielräume im Einklang mit den europäischen und verfassungsrechtlichen Haushaltsregeln zu schaffen.

Der Qualität der öffentlichen Finanzen dient auch eine Subventionspolitik, die (ausgabenseitige) Finanzhilfen und (einnahmenseitige) Steuervergünstigungen systematisch unter gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Aspekten überprüft. Eine konsequente Analyse aller Subventionen erhöht den Rechtfertigungsdruck für diese selektiven Maßnahmen und trägt damit zu einem ökonomisch und finanzpolitisch sinnvollen mittelfristigen Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen bei.

#### Institutioneller Rahmen

Die institutionellen Rahmenbedingungen werden oft als ein wesentlicher Erfolgsfaktor für tragfähige öffentliche Haushalte und eine hohe Qualität der öffentlichen Finanzen identifiziert. Nach dem Inkrafttreten der ersten Stufe der Föderalismusreform im Jahr 2006, die etwa den Abbau von Zuständigkeitsverflechtungen beinhaltete, wurden – als zentrale Maßnahme der

Föderalismusreform II – für Bund und Länder gemeinsam geltende Regelungen zur Begrenzung der Kreditaufnahme verfassungsrechtlich festgeschrieben. Die Neuregelungen traten im August 2009 in Kraft und werden ab dem Haushaltsjahr 2011 Anwendung finden. Die Reform der Verschuldungsregeln für den Bund folgt dem Konzept des europäischen Stabilitätsund Wachstumspaktes und beinhaltet als Kernelemente:

- den Grundsatz strukturell zumindest nahezu ausgeglichener Haushalte;
- die symmetrische Berücksichtigung der Effekte konjunktureller Schwankungen auf die öffentlichen Haushalte über den gesamten Konjunkturzyklus;
- eine Ausnahmeregelung für außergewöhnliche Notsituationen, Inanspruchnahme nur in Verbindung mit einem entsprechenden Tilgungsplan;
- die Durchsetzung der Regel im Haushaltsvollzug beim Bund mittels eines Kontrollkontos.

Vor dem Hintergrund der Finanzund Wirtschaftskrise wurden Übergangsregelungen bis einschließlich 2015 (Bund) beziehungsweise 2019 (Länder) vereinbart. Der Bund ist zur Rückführung des im Jahr 2010 bestehenden strukturellen Defizits in gleichmäßigen Schritten unter die ab 2016 geltende Grenze von 0,35 % des BIP verpflichtet. Für die Länder ist ab 2020 keine strukturelle Verschuldung mehr zulässig.

Eng mit der Reform der Verschuldungsregel verknüpft ist die Einführung eines bundesstaatlichen Frühwarnsystems zur Vermeidung künftiger Haushaltsnotlagen. Hierzu wird ein Stabilitätsrat errichtet, der 2010 seine Arbeit aufnehmen und die Entwicklung der Haushalte von Bund und Ländern überwachen wird. Er wird außerdem die fortzuführenden Aufgaben des Finanzplanungsrates übernehmen

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM

und diesen insoweit ersetzen. Dazu zählt auch die innerstaatliche Umsetzung der Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aufgrund des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

In den finanzpolitischen "Goldenen Regeln" des Koalitionsvertrages wurde unter anderem festgehalten, dass bei der Haushaltsaufstellung wichtige Eckwerte vorab verbindlich durch das Bundeskabinett vorgegeben werden. Zudem sollen sich politische Zielsetzungen stärker als bisher an qualitativen und nicht mehr nur an quantitativen Vorgaben orientieren. Staatsaufgaben und die daraus resultierenden Ausgaben müssen nicht nur regelmäßig auf ihre Notwendigkeit, sondern auch auf ihre Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft werden.

#### Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Die Veränderungen von Struktur und Größe der Bevölkerung stellen für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte eine große Herausforderung dar. Sowohl auf nationaler Ebene als auch auf EU-Ebene werden in einem mehrjährigen Turnus langfristige Budgetprojektionen im Hinblick auf die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung erstellt. Im Sommer 2009 wurden die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit von Europäischer Kommission und Mitgliedstaaten veröffentlicht (Ageing Report 2009) und vom ECOFIN-Rat gebilligt. Die Untersuchung zeigt, dass der demografische Wandel die altersabhängigen Ausgaben im Projektionszeitraum auf ein deutlich höheres Niveau als im Ausgangsjahr heben wird. In Deutschland wurden in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu begrenzen. Diesen Kurs gilt es auch in den nächsten Jahren fortzusetzen.

# 2 Gesamtwirtschaftliche Lage und Perspektiven bis 2013

Deutschland verzeichnete im Winterhalbjahr 2008/2009 als Folge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise einen drastischen Konjunktureinbruch, der die sehr exportorientierte deutsche Industrie besonders stark traf. Im Jahresverlauf 2009 mehrten sich die positiven Konjunktursignale. Im Frühjahr 2009 war eine leichte konjunkturelle Erholung zu verzeichnen, die sich zu Beginn der 2. Jahreshälfte beschleunigt fortsetzte. Während sich die wirtschaftliche Erholung in der Verlaufsbetrachtung festigt, wird am Vorjahresvergleich die Schärfe des konjunkturellen Einbruchs im Winterhalbjahr 2008/2009 deutlich. Nach dem ersten vorläufigen Ergebnis des Statistischen Bundesamtes für das Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2009 ging die Wirtschaftsleistung im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr - trotz Konjunkturerholung im Jahresverlauf – um preisbereinigt 5,0 % zurück. Die weiter in die Zukunft weisenden Konjunkturindikatoren deuten auf eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung hin. Für 2010 rechnet die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von real 1,4%.

Die Projektion der Bundesregierung ist mit Chancen und Risiken behaftet. Zu den Risiken gehört insbesondere, dass die wirtschaftliche Entwicklung vor allem wegen außenwirtschaftlicher Unsicherheiten ungünstiger verlaufen könnte als erwartet: Die Gefahr weiterer negativer, realwirtschaftlicher Auswirkungen der Finanzmarktkrise besteht fort, trotz Fortschritten bei der Stabilisierung des Finanzsektors. Insbesondere ungelöste Probleme auf den Finanzmärkten könnten über eine Zunahme von Unternehmensinsolvenzen (Forderungsausfällen) und eine restriktivere Vergabe von Unternehmenskrediten durch die Banken zu einer ungünstigeren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung führen. Zudem könnte eine anhaltende Wirtschaftsschwäche in wichtigen

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM

europäischen Handelspartnerländern die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland beeinträchtigen. Eine ungünstigere Beschäftigungsentwicklung würde sich zusätzlich negativ auf die Entwicklung des privaten Konsums auswirken.

Allerdings bestehen durchaus auch Chancen auf eine günstigere Konjunkturentwicklung. Die Wirkungen der expansiven wirtschaftsund finanzpolitischen Maßnahmen im internationalen Raum könnten sich mehr als erwartet gegenseitig verstärken und die Volkswirtschaften zügiger aus der Krise herausführen. Eine stärkere Erholung der Weltwirtschaft könnte zu einer schnelleren Belebung der deutschen Exporttätigkeit führen als bisher angenommen. In diesem Fall dürften sich zusätzliche außenwirtschaftliche Impulse vor allem in einer Ausweitung der Investitionsgüternachfrage widerspiegeln. Strukturelle Reformen haben den Arbeitsmarkt flexibilisiert, dies könnte zu einer schnelleren Überwindung der Wirtschaftskrise beitragen.

# 3 Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte

## Staatseinnahmen konjunktur- und maßnahmenbedingt rückläufig

Die Steuereinnahmen gingen im vergangenen Jahr insgesamt infolge der Bürger und Unternehmen entlastenden Maßnahmen der Konjunkturpakete noch etwas stärker zurück als das BIP, sodass die Steuerquote geringfügig auf 23,5 % sank. In diesem Jahr ist aufgrund der nochmaligen Entlastungen mit einer weiteren Verringerung der Steuereinnahmen zu rechnen. Da gleichzeitig eine deutlich bessere BIP-Entwicklung erwartet wird, führt dies zu einem merklichen Rückgang der Steuerquote um einen Prozentpunkt auf 22 ½ %. Im kommenden Jahr setzt zwar auch bei den Steuereinnahmen eine Trendumkehr ein, ihr Anstieg bleibt allerdings unterproportional zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Dies bedingt eine weitere leichte Verminderung der Steuerquote. Am Ende des

Projektionszeitraums dürfte die Steuerquote dann wieder bei rund 22½% liegen.

Die Sozialbeitragsquote stieg im Gegensatz zur Steuerquote im Jahr 2009 um 0,5 Prozentpunkte auf 17,1% an. Dabei wurde die Verringerung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 3,3 % auf 2,8 % durch zwei Effekte überkompensiert: So blieb zum einen die Lohnentwicklung – angesichts des von der Krise vergleichsweise gering betroffenen Arbeitsmarktes – relativ stabil; zum anderen stiegen die Beitragssätze zur Gesetzlichen Krankenversicherung (nur im ersten Halbjahr 2009) und zur Sozialen Pflegeversicherung. In diesem Jahr kommt es aufgrund etwas geringerer Bruttolöhne und -gehälter zu einem leichten Rückgang der Sozialbeitragsquote. Dieser setzt sich im kommenden Jahr trotz Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung auf 3,0 % wegen des gegenüber der nominalen BIP-Entwicklung schwächeren Anstiegs der Bruttolöhne und -gehälter nochmals geringfügig auf 16 ½% fort. Auf diesem Niveau bleibt die Quote bis zum Ende des Projektionszeitraums.

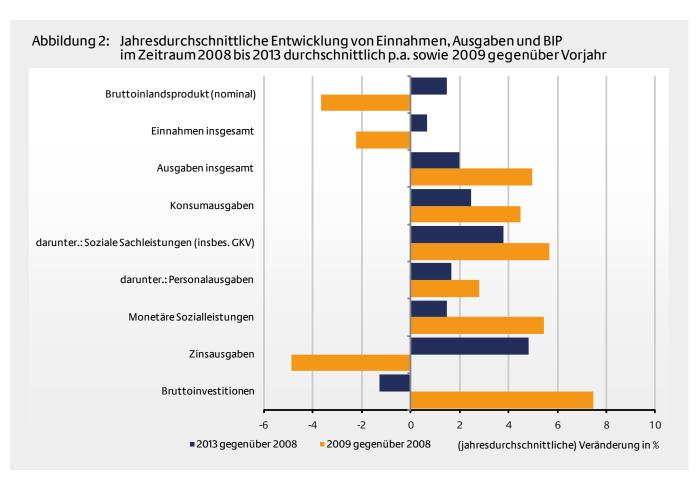
Die Abgabenquote stieg folglich im Jahr 2009 auf 40,6 % des BIP, wobei die Abgaben selbst um 2,4% sanken. Bis zum Jahr 2011 wird die Abgabenquote in Folge der zu erwartenden Rückgänge von Steuer- und Sozialbeitragsquote aber bis auf 38 ½% zurückgehen, um danach wieder leicht auf 39% anzusteigen. Die staatlichen Einnahmen insgesamt sind im vergangenen Jahr um 2,2 % zurückgegangen. Im Durchschnitt des betrachteten Zeitraums von 2008 bis 2013 werden sie um  $1\frac{1}{2}$ % p.a. zunehmen. Die staatliche Einnahmequote stieg im Jahr 2009 von 43,7 % auf 44,4 %; sie wird in diesem Jahr auf 42 ½ % fallen und in den Folgejahren bis zum Jahr 2013 bei 42% und damit auf dem niedrigsten Niveau seit der deutschen Einheit liegen.

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM

## Staatsausgaben überproportional gestiegen

Die staatlichen Ausgaben sind im vergangenen Jahr stark um 5,0 % gestiegen. Dies ist neben den automatischen Stabilisatoren auch auf die Konjunkturpakte zurückzuführen. So stiegen insbesondere die monetären Sozialleistungen an private Haushalte (+5,4%: aufgrund des erhöhten Kindergelds und des einmalig gewährten Kinderbonus), die Bruttoinvestitionen (+7,5%: aufgrund des Zukunftsinvestitionsgesetzes) und die Subventionen (+ 16,8 %) überdurchschnittlich. Auch die sozialen Sachleistungen nahmen deutlich zu (+5,7%), während die Arbeitnehmerentgelte nur unterdurchschnittlich stiegen (+2,8%). Geringere Ausgaben waren lediglich für Zinsen (-4,9%) angesichts des gesunkenen Zinssatzes zu verzeichnen (siehe Abbildung 2).

Die erhebliche Neuverschuldung führt allerdings dazu, dass die Zinsausgaben im gesamten Programmzeitraum 2008 bis 2013 durchschnittlich mit rund 5 % p.a. am stärksten von allen Ausgabearten zulegen werden. Die Bruttoinvestitionen gehen dagegen in diesem Zeitraum insgesamt im Durchschnitt der Jahre um 1½% zurück, da das Zukunftsinvestitionsprogramm ausläuft und die Investitionen unter ihr ursprüngliches Niveau zurückfallen. Die Zuwachsraten der übrigen Ausgaben, insbesondere jener Ausgaben, die im Jahr 2009 stark durch die Konjunkturpakete beeinflusst waren, nehmen ebenfalls zum Teil deutlich ab. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die technische Annahme, den Konsolidierungsbedarf des Bundes nur auf die Ausgaben zu verteilen, in der Projektion ebenfalls zur deutlichen Reduktion der staatlichen Ausgaben insgesamt beiträgt.



DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM

Der Einbruch des BIP bewirkte zusammen mit dem deutlichen Ausgabenanstieg einen spürbaren Anstieg der Staatsquote, d. h. der Staatsausgaben in Relation zum BIP, um fast vier Prozentpunkte auf 47,6 % im vergangenen Jahr. Da die Konjunkturpakete zu einem Großteil in diesem Jahr wirken, kommt es trotz BIP-Anstiegs zu einer weiteren Erhöhung der Staatsquote auf 48 %. Erst ab dem kommenden Jahr verringert sich die Staatsquote sukzessive bis auf 45 % im Jahr 2013.

Folge: Krisenbedingte Verschlechterung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo verschlechterte sich im Jahr 2009 nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes auf - 3,2% in Relation zum BIP, nachdem Deutschland noch im Jahr zuvor zum zweiten Mal in Folge einen geringen Überschuss im Staatshaushalt ausgewiesen hatte. Damit überschritt das Defizit im vergangenen Jahr den Referenzwert des Maastricht-Vertrages von 3 %. Hierzu trugen vor allem das vollständige Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren, aber auch die zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und zur Verbesserung der langfristigen Wachstumsperspektiven in Deutschland ergriffenen Maßnahmen bei. Das strukturelle, d. h. das um konjunkturelle und temporäre Effekte bereinigte Finanzierungsdefizit erhöhte sich um lediglich 0,5 Prozentpunkte auf 1½% in Relation zum BIP. Die Maßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung beeinflussten den Finanzierungssaldo nur unwesentlich, da sie lediglich in geringem Umfang Defizit erhöhend zu buchen waren.

In diesem Jahr wird das gesamtstaatliche Defizit weiter auf 5½% in Relation zum BIP steigen. Die nochmalige Verschlechterung des Finanzierungssaldos ist im Wesentlichen auf die auch im Jahr 2010 fortgeführten Maßnahmen im Bereich der Konjunkturstimulierung und Wachstumsbelebung zurückzuführen.

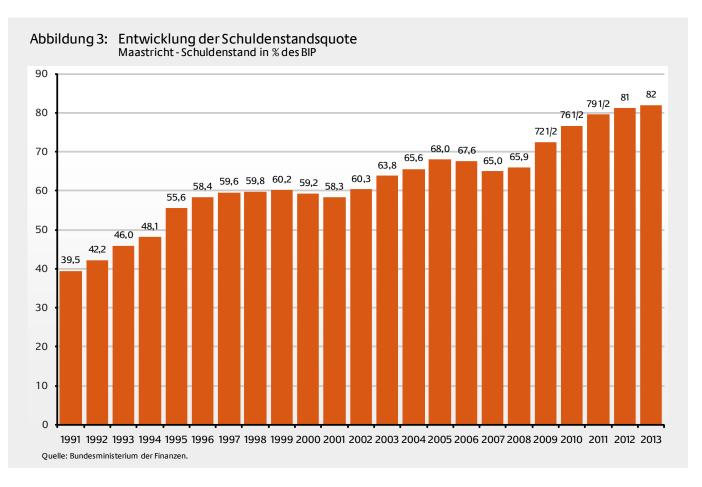
Diese belasten die Haushalte der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung deutlich stärker als im Vorjahr. Nicht zuletzt ist die Entwicklung aber auch von der nur schwachen Entwicklung der Inlandsnachfrage und einer weiteren Verschlechterung der Situation am Arbeitsmarkt geprägt. Die Finanzpolitik wirkt somit im Jahr 2010 fortgesetzt expansiv. In diesem Jahr ist die Verschlechterung des Finanzierungssaldos hauptsächlich struktureller Art: Das strukturelle Defizit steigt auf 4½% in Relation zum BIP an. Angesichts der zwar immer noch negativen, jedoch im Vergleich zum Vorjahr absolut geringeren Produktionslücke fällt der Anstieg des strukturellen Defizits stärker als der des tatsächlichen Defizits aus.

#### Spürbarer Anstieg der Schuldenstandsquote

Der drastische Anstieg der Neuverschuldung, die Rekapitalisierungen und sonstigen Maßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung, die im Gegensatz zum Defizit vollständig den Schuldenstand erhöhen, und nicht zuletzt der Einbruch des BIP führten im Jahr 2009 zu einem kräftigen Anstieg der Schuldenstandsquote – des Schuldenstands im Verhältnis zum BIP – von 65,9% auf 72½%.

In diesem Jahr wird die Schuldenstandsquote erneut spürbar um vier Prozentpunkte ansteigen. In der Projektion des Schuldenstands werden lediglich bislang bekannte Finanzmarktstabilisierungsmaßnahmen berücksichtigt. Dabei ist unterstellt, dass die Errichtung von Abwicklungsanstalten nicht den Schuldenstand erhöht. Die Zunahme des Schuldenstands ist daher hauptsächlich durch den nochmaligen, allerdings deutlich stärkeren Zuwachs der Neuverschuldung zu erklären. Zwar verlangsamt sich der Anstieg in den kommenden Jahren, dennoch kommt es bis zum Ende der Programmperiode noch nicht zu einer Trendumkehr. Im Jahr 2013 dürfte die Schuldenstandsquote bei rund 82 % liegen (siehe Abbildung 3). Diese Projektion

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM



beruht auf der Annahme, dass bis dahin keine Papiere, die der Staat im Rahmen der Finanzmarktstabilisierung übernommen hat, fällig werden oder an die betreffenden Finanzinstitutionen zurück übertragen werden. Dies würde den Schuldenstand entsprechend reduzieren. Umgekehrt könnten weitere Stabilisierungsmaßnahmen den Schuldenstand noch weiter erhöhen. Zwar verzerrt die Einbeziehung der Effekte der Finanzmarktkrise den eigentlichen Einfluss der Finanzpolitik auf die Schuldenstandsquote. Allerdings würde der Referenzwert des Maastricht-Vertrages in Höhe von 60 % im Verhältnis zum BIP auch ohne diese Effekte deutlich überschritten.

## 4 Defizitverfahren in Bezug auf Deutschland

Die prognostizierte Überschreitung des Maastricht-Defizitreferenzwertes von 3 %

in Relation zum BIP im Jahr 2009 löste nach den Regelungen des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sowie des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ein Defizitverfahren in Bezug auf Deutschland aus. Der ECOFIN-Rat hat am 2. Dezember 2009 nach Artikel 126 AEUV festgestellt, dass in Deutschland ein übermäßiges Defizit besteht und Empfehlungen zu dessen Abbau ausgesprochen. Dabei berücksichtigte der Rat die besondere Situation aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise und die koordinierte Reaktion im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms. Deutschland wird aufgerufen, die in diesem Zusammenhang beabsichtigten Maßnahmen 2010 wie geplant durchzuführen. In den Empfehlungen wird für Deutschland 2011 als Beginn der Konsolidierung bestimmt und ein durchschnittlicher struktureller Defizitabbau von mindestens 0,5 % des BIP jährlich gefordert. Bis 2013 muss das Defizit in Deutschland wieder unter den Referenzwert zurückgeführt

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM

werden. Bis zum 2. Juni 2010 soll Deutschland darlegen, wie den Empfehlungen Rechnung getragen wurde.

Aktuell befinden sich zusammen mit Deutschland 20 der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union in einem Defizitverfahren. Dies verdeutlicht die ernste Bewährungsprobe, vor der der Stabilitäts- und Wachstumspakt derzeit steht. Aus deutscher Sicht ist der Pakt ein unverzichtbarer Pfeiler einer stabilen und erfolgreichen Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Es ist Aufgabe aller Mitgliedstaaten, glaubwürdig dazu beizutragen, dass der Pakt diese Bewährungsprobe besteht. Es besteht breiter Konsens darüber, dass die Maßnahmen im Bereich der Konjunkturstimulierung und Wachstumsbelebung notwendig und wirkungsvoll waren. Verantwortliche

Finanzpolitik darf daraus aber keine dauerhafte Belastung für die öffentlichen Haushalte werden lassen. Die Sanierung der öffentlichen Haushalte ist die zentrale finanzpolitische Aufgabe der nächsten Jahre.

Ab dem Jahr 2011 wird Deutschland daher – in der Umsetzung sowohl der nationalen Schuldenregel als auch der Empfehlungen des ECOFIN-Rates – im Interesse einer langfristig auf Tragfähigkeit ausgerichteten Finanzpolitik mit der Rückführung der krisenbedingt aufgebauten Defizite beginnen. In den Jahren 2011 bis 2013 wird sich das gesamtstaatliche Defizit schrittweise auf knapp 3% in Relation zum BIP gegen Ende der Programmperiode verringern und damit den Maastricht-Referenzwert für die Defizitquote wieder unterschreiten.

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2010: MIT NEUER KRAFT DIE ZUKUNFT GESTALTEN

## Jahreswirtschaftsbericht 2010: Mit neuer Kraft die Zukunft gestalten

#### Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2010

45
46
47
47
53
54
55
57

- Die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise haben im Jahr 2009 zu einem in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 5,0 % geführt. Für das Jahr 2010 erwartet die Bundesregierung einen moderaten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,4 %, der vor allem durch einen starken Exportsektor getrieben ist. Die Krise ist jedoch noch nicht überstanden. Risiken auf dem Arbeitsmarkt und in den Bilanzen der Finanzinstitute können das für 2010 prognostizierte moderate Wirtschaftswachstum gefährden.
- In dieser Situation steht die Wirtschaftspolitik vor drei zentralen Herausforderungen: Sie muss die Wirtschaft weiter stabilisieren, die strukturellen Konsolidierungsaufgaben für die öffentlichen Haushalte bewältigen und die Wachstumsspielräume erweitern. Im Jahreswirtschaftsbericht 2010 stellt die Bundesregierung die damit verbundenen Maßnahmen dar.
- Die Bundesregierung strebt eine Steuer- und Abgabenpolitik an, die Motivation und Leistungsbereitschaft stärkt und Freiraum für Konsum und Investitionen lässt. Zugleich ist die Rückkehr auf einen Konsolidierungspfad auch im Hinblick auf die ab dem Jahr 2011 geltende neue Schuldenregel alternativlos.

#### 1 Vorbemerkung

Das Bundeskabinett hat am 27. Januar 2010 den diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht (JWB) der Bundesregierung beschlossen. Der JWB ist gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) alljährlich von der Bundesregierung dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat vorzulegen. Mit dem JWB erläutert die Bundesregierung ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik und stellt gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für 2010 zur Verfügung. Gleichzeitig nimmt

sie zum aktuellen Jahresgutachten (JG) des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Stellung. Im Folgenden sind wesentliche Aussagen des Berichts – mit Schwerpunkt auf den finanzpolitischen Maßnahmen – zusammengefasst dargestellt. Wesentliche aktuelle Entwicklungen werden zusätzlich berücksichtigt.

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2010: MIT NEUER KRAFT DIE ZUKUNFT GESTALTEN

#### 2 Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2009 wurde überschattet von den Auswirkungen der globalen Finanzund Wirtschaftskrise. Erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges ging die weltwirtschaftliche Produktion zurück. Weltweit stiegen die Arbeitslosenzahlen an. Deutschlands Wirtschaft ist aufgrund seiner intensiven internationalen Verflechtung von der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders stark betroffen. Wegen der kräftigen Einbrüche vor allem bei den Exporten im Winterhalbjahr 2008/09 ging das reale Bruttoinlandsprodukt mit 5,0 % so stark zurück wie nie zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik hat in dieser Situation entschlossen gehandelt und damit Vertrauen stabilisiert. Weltweit haben Regierungen und Zentralbanken mit umfassenden Konjunkturprogrammen und Stützungspaketen für den Finanzsektor reagiert und damit ihre Bereitschaft zu internationaler Kooperation unter Beweis gestellt.

Im Sommerhalbjahr 2009 nahm das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland wieder moderat zu. Die wieder anziehende weltwirtschaftliche Nachfrage wird zu einem deutlichen Anstieg der Exporte im Jahr 2010 führen, wobei das Niveau der deutschen Ausfuhren vor der Krise in diesem Jahr noch nicht erreicht werden wird. Ungeachtet der fortschreitenden Erholung hat Deutschland die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit aber noch nicht überwunden. Die Bereinigung der Bilanzen der Finanzinstitute ist noch nicht abgeschlossen. Im Jahr 2010 dürfte es den deutschen Unternehmen aufgrund der hohen Kostenbelastungen auch zunehmend schwerfallen, ihr Beschäftigungsniveau zu halten. Auf dem bisher bemerkenswert robusten Arbeitsmarkt ist daher im Jahresvergleich mit einem stärkeren Abbau der Beschäftigung beziehungsweise Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit zu rechnen. Zwar wird diese Entwicklung weniger stark ausfallen als noch im Vorjahr erwartet. Dennoch dürfte die Situation auf dem Arbeitsmarkt den privaten Konsum belasten. Für das Gesamtjahr

Tabelle 1: Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland<sup>1</sup>

	2008	2009	Jahresprojektion 2010		
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	1,3	-5,0	1,4		
Erwerbstätige (im Inland)	1,4	-0,1	-1,0		
Arbeitslosenquote in % (Abgrenzung der BA) <sup>2</sup>	7,8	8,2	8,9		
Verwendung des BIP preisbereinigt					
Private Haushalte u. private Organisationen o.E.	0,4	0,4	-0,5		
Ausrüstungen	3,3	-20,0	3,1		
Bauten	2,6	-0,7	1,1		
Inlandsnachfrage	1,7	-1,8	0,6		
Exporte	2,9	-14,7	5,1		
Importe	4,3	-8,9	3,4		
Außenbeitrag (BIP-Wachstumsbeitrag) <sup>3</sup>	-0,3	-3,4	0,8		
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (nominal)	2,3	-0,4	0,9		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 2009 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: 13. Januar 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bezogen auf alle Erwerbspersonen.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Beitrag zur Zuwachsrate des BIP.

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2010: MIT NEUER KRAFT DIE ZUKUNFT GESTALTEN

2010 erwartet die Bundesregierung einen Anstieg des realen Bruttoinlandprodukts von 1,4% (siehe Tabelle 1).

## 3 Wohlstand für alle durch nachhaltiges Wachstum

In dieser Situation steht die Wirtschaftspolitik vor drei zentralen Herausforderungen:
Sie muss kurzfristig die Wirtschaft weiter stabilisieren, die strukturellen Konsolidierungsaufgaben für die öffentlichen Haushalte bewältigen und mittelfristig die Wachstumsspielräume erweitern. Dafür liefert der Koalitionsvertrag die Orientierung.

#### 3.1 Wirtschaft stabilisieren

Bei der Überwindung der Krise profitiert die deutsche Wirtschaft von einer im Vergleich zum vorangegangenen konjunkturellen Zyklus erheblich besseren strukturellen Verfassung. Die Unternehmen nutzten den vorangegangenen Aufschwung, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und ihre Eigenkapitalausstattung deutlich zu erhöhen. Sie konnten dadurch leichter eine konjunkturelle Durststrecke überstehen. Die Arbeitsmarktreformen und die verantwortungsvolle Tarifpolitik der vergangenen Jahre haben Früchte getragen: Die Arbeitsmärkte sind dynamischer, flexibler und anpassungsfähiger geworden. Der Arbeitsmarkt ist besser als früher in der Lage, auf Veränderungen der wirtschaftlichen Entwicklung zu reagieren. In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit in der Krise weniger stark gestiegen als in allen anderen EU-Staaten.

Der Staat hat angesichts der immensen
Herausforderungen durch die Finanz- und
Wirtschaftskrise Handlungsfähigkeit
bewiesen. Mit ihren Maßnahmenpaketen hat
die Bundesregierung den wirtschaftlichen
Einbruch abgefedert. Dabei ist sich die
Bundesregierung sicher, dass der Staat
langfristig nicht der bessere Unternehmer
ist. Mit staatlichen Maßnahmen zur
Finanzmarktstabilisierung sowie zwei

Konjunkturprogrammen zur Unterstützung von Unternehmen und Arbeitnehmern hat der Staat vorübergehend eine stärkere Rolle eingenommen. Diese Maßnahmen können keinesfalls die funktionierenden Marktbeziehungen ersetzen. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung den Großteil ihrer Maßnahmen mit einem Auslaufdatum versehen. Diese Position vertritt sie auch im Rahmen der G20.

#### Finanzmarktstabilisierung

Mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz brachte die Bundesregierung im Oktober 2008 ein umfassendes Stabilisierungsprogramm für das deutsche Finanzsystem auf den Weg, das eng in das internationale Vorgehen eingebettet war (vgl. Kasten 1)

Das Stabilisierungsprogramm umfasst ein Bündel von Maßnahmen, das das Vertrauen in das Finanzsystem wiederherstellen, Ansteckungseffekte verhindern und den Geschäftsverkehr zwischen den Finanzinstituten wieder in geordnete Bahnen lenken sollte (vgl. Jahreswirtschaftsbericht 2009, Tz 7). Indirekt sollten damit die dienende Funktion der Banken als Finanzdienstleister für die Realwirtschaft sichergestellt und ihre Rolle als Kreditgeber aufrechterhalten werden. Gleichzeitig wurde das Programm so ausgestaltet, dass es die Steuerzahler möglichst wenig belastet. Im Laufe des Jahres 2009 hat die Bundesregierung das Finanzmarktstabilisierungsgesetz an die Entwicklungen an den Finanzmärkten angepasst und entsprechend der praktischen Erfahrung bei der Anwendung des Finanzmarktstabilisierungsfonds grundsätzlich verbessert.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat seit Beginn der Krise in Abstimmung mit anderen Zentralbanken ihr Angebot an Refinanzierungsmöglichkeiten ausgeweitet und ihre geldpolitischen Instrumente sukzessive angepasst. Bis Herbst 2008 hatte sie zunächst an ihrer vorsichtigen geldpolitischen Linie festgehalten, jedoch

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2010: MIT NEUER KRAFT DIE ZUKUNFT GESTALTEN

#### Kasten 1: Maßnahmen der Bundesregierung zur Finanzmarktstabilisierung

Im Mittelpunkt des **Finanzmarktstabilisierungsgesetzes** vom Oktober 2008 stand die Errichtung des Finanzmarktstabilisierungsfonds ("SoFFin"). Er bietet ein Bündel von Maßnahmen, das darauf zielt, den Geschäftsverkehr zwischen den Finanzinstitutionen zu stabilisieren und das Vertrauen in das Finanzsystem wiederherzustellen. Dem SoFFin stehen 480 Mrd. € für staatliche Garantien, Rekapitalisierungen sowie die Übernahme von Risikopositionen zur Verfügung. Mittelbar dient der Fonds damit auch der Kreditversorgung. Die Bundesregierung gab zudem **eine unbeschränkte Garantie für alle Einlagen** privater Anleger in Deutschland, um deren Vertrauen in die Einlagensicherheit wiederherzustellen.

Das Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung ("Bad-Bank-Gesetz") etablierte im Juli 2009 darüber hinaus zwei Wege, mit denen die Banken ihre Bilanzen bereinigen können. Der Weg über die Zweckgesellschaft erlaubt es, wertgefährdete strukturierte Wertpapiere, die vor dem 31. Dezember 2008 erworben wurden, zum sogenannten reduzierten Buchwert (vgl. Artikel 1, § 6a) aus der Bilanz auszugliedern. Die Zweckgesellschaften begeben dafür Anleihen in gleicher Höhe, für die der SoFFin garantiert; die Banken bezahlen eine dem Risiko entsprechende Garantiegebühr von den Alt-Anteilseignern aus den an sie auszuschüttenden Beträgen (Dividenden). Damit werden die Bilanzen stabilisiert, plötzliche Wertverluste in langfristige Ausgleichszahlungen umgewandelt und neue Anteilseigner bleiben von den Wertverlusten verschont. Der zweite Weg führt über das Konsolidierungsmodell. Dieses bietet den Banken darüber hinaus die Möglichkeit, auch nichtstrategische Geschäftsbereiche auszugliedern und auf Abwicklungsanstalten zu übertragen. Mithilfe des Konsolidierungsmodells kann auch eine Konsolidierung der Landesbanken leichter umgesetzt werden; die Bundesländer haben sich verpflichtet, die Landesbanken – wo nötig – schrittweise bis Ende des Jahres 2010 zu konsolidieren. Das Konsolidierungsmodell ist vornehmlich für Landesbanken geeignet.

im Zuge der Insolvenz von Lehman Brothers eine Zinswende eingeleitet und den Leitzins sukzessive auf zuletzt 1% gesenkt. Zur Unterstützung der Kreditvergabe des Bankensektors an die Realwirtschaft hat die EZB darüber hinaus Sondermaßnahmen beschlossen (vgl. Kasten 2).

Nach Auffassung des Rates gehen die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Bankenkonsolidierung nicht weit genug (vgl. JG Tz 26). Der Rat kritisiert, dass die Bedingungen für die Inanspruchnahme des Hilfsinstrumentariums nicht attraktiv genug seien, sodass die Banken diese Möglichkeiten auf freiwilliger Basis nur unzureichend nutzen dürften. Er schlägt deshalb vor, dass auf Banken bei mangelnder Eigenkapitalausstattung ein größerer Druck ausgeübt werden müsse, Problemaktiva auszulagern und Rekapitalisierungen durchzuführen. Damit empfiehlt der Rat,

dass sich die Bundesregierung stärker am britischen Modell orientieren solle, das unter Umständen auch die Zuführung von Eigenmitteln an einzelne Banken durch den Staat ohne deren Einverständnis vorsieht (Zwangsrekapitalisierung).

Die Bundesregierung teilt die Ansicht des Rates, dass dort, wo nötig, die Bankbilanzen so schnell wie möglich bereinigt werden müssten, um eine weitere Stabilisierung der Finanzmärkte zu erreichen und damit auch mehr Luft für die Kreditvergabe an die Realwirtschaft zu schaffen. Dabei setzt die Bundesregierung auf die Eigenverantwortung der Kreditinstitute und ein funktionierendes Aufsichtssystem. Wie der Rat ist sie der Meinung, dass die Möglichkeit bestehen muss, Banken in Schieflage gegebenenfalls in einem geregelten Verfahren unter Wahrung der Finanzmarktstabilität zu restrukturieren. Sie hält es aber nicht für

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2010: MIT NEUER KRAFT DIE ZUKUNFT GESTALTEN

#### Kasten 2: Wichtige Maßnahmen zur Krisenbewältigung durch das Eurosystem

#### Senkung des Leitzinses

Im Oktober 2008 trat der EZB-Rat einer Verschärfung der Krise mit einer international abgestimmten Zinssenkung von 4,25 Prozentpunkten auf zunächst 3,75 Prozentpunkte entgegen. Bis Mai 2009 senkte er den Leitzins sukzessive auf einen Prozentpunkt.

#### Bereitstellung zusätzlicher Liquidität

Seit Oktober 2008 stellte das Eurosystem den Kreditinstituten unbegrenzt Zentralbankliquidität zu einem festen Zinssatz in Höhe des Leitzinses zur Verfügung. Zudem erweiterte das Eurosystem den Rahmen der notenbankfähigen Sicherheiten. Dabei wurden die Mindestanforderungen an das Rating der Sicherheiten von A- auf BBB- gesenkt. Es verlängerte die Laufzeiten von Refinanzierungsgeschäften auf bis zu zwölf Monate. Ferner stellte es in Kooperation mit anderen Zentralbanken Liquidität auch in Fremdwährung bereit, vor allem in US-Dollar. Anfang Dezember 2009 kündigte der EZB-Rat erste vorsichtige Schritte an, diese Liquiditätshilfen wieder zu reduzieren. Am 16. Dezember konnten die Banken zum letzten Mal beliebig hohe Beträge mit Laufzeit von einem Jahr leihen. Diese Beträge wurden zudem nicht mehr zum Leitzins von (derzeit) einem Prozent vergeben, sondern zu einem variablen Zinssatz, der sich aus dem durchschnittlichen Leitzinsniveau während der Laufzeit ergibt.

#### Weitere Maßnahmen

Die EZB und die nationalen Notenbanken des Eurosystems begannen im Juli 2009 mit dem Ankauf von gedeckten Schuldverschreibungen (Covered Bonds) in Höhe von bis zu 60 Mrd. €, um den betreffenden Markt zu beleben. Das kommt auch dem deutschen Pfandbriefmarkt zugute. Auf diese Weise sollen die Refinanzierungsbedingungen der Banken im längerfristigen Bereich verbessert werden.

Erklärte Absicht des Programms war, den anhaltenden Rückgang der Geldmarktzinsen zu fördern, die Finanzierungskonditionen für Kreditinstitute und Unternehmen zu lockern, die Kreditinstitute zu ermutigen, die Kreditigewährung an Kunden aufrechtzuerhalten und auszuweiten sowie die Marktliquidität in wichtigen Segmenten des Marktes für private Schuldverschreibungen zu verbessern.

zielführend, die beschlossenen Maßnahmen grundsätzlich infragezustellen oder grundlegend umzugestalten. Der Weg über die Freiwilligkeit im Rahmen einer effizienten und effektiven Finanzmarktaufsicht setzt dabei auf das Wissen der Kreditinstitute über die Eigenkapitalausstattung und die Geschäftslage und überlässt ihnen selbst die Verantwortung für Restrukturierungsentscheidungen. Eine zwangsweise Teilnahme an den Stabilisierungsmaßnahmen würde im Übrigen nicht per se sicherstellen, dass zusätzliche Eigenmittel zur Ausweitung der Kreditvergabe verwendet werden. Vor diesem Hintergrund sowie den Bemühungen auf nationaler und internationaler Ebene, den Umfang der

Stabilisierungsmaßnahmen schrittweise zurückzufahren, bedürfte eine zwangsweise Nutzung der Maßnahmen einer sehr sorgfältigen Begründung.

#### Arbeitsmarkt

Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich angesichts der Stärke des zurückliegenden Wirtschaftseinbruchs, insbesondere im Vergleich zu anderen EU- und OECD-Staaten, als bemerkenswert robust erwiesen. Die Zahl der Arbeitslosen lag im Jahresdurchschnitt 2009 bei rund 3,4 Mio. Personen und damit nur um rund 155 000 Personen (4,8 %) höher als im Jahr 2008. Ein Grund hierfür war

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2010: MIT NEUER KRAFT DIE ZUKUNFT GESTALTEN

die bessere strukturelle Verfassung der deutschen Wirtschaft. Angesichts der im vorhergehenden Aufschwung beobachteten Arbeitskräfteknappheit haben zudem viele Unternehmen qualifizierte Arbeitskräfte während der Krise im Unternehmen gehalten. Auch das Kurzarbeitergeld hat sich – gefördert durch die attraktivere Gestaltung – als wirksamer Stabilisator des Arbeitsmarkts erwiesen. Die Bundesregierung hat zudem die Möglichkeit geschaffen, dass auch Zeitarbeitnehmer sowie befristet Beschäftigte uneingeschränkt in die Kurzarbeit einbezogen werden können. Damit hat sie den Arbeitgebern eine Weiterbeschäftigung dieser Arbeitskräfte erleichtert. Seit Herbst 2008 hat sich nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit der Bestand an konjunkturellen Kurzarbeitern, die mittlerweile die Entwicklung der Kurzarbeit insgesamt dominieren, von rund 50 000 Personen auf über 1.5 Mio. Personen im Frühjahr 2009 erhöht und ist seitdem wieder rückläufig (vgl. Abbildung 1). Kurzarbeit hilft den Unternehmen, Zeiten schwacher Nachfrage vorübergehend zu überbrücken, ohne Arbeitskräfte entlassen zu müssen. Notwendige strukturelle Anpassungen dürfen aber nicht verhindert werden. Entsprechend der regelmäßig auf kurze Zeiträume befristeten Ausrichtung des Kurzarbeitergeldes empfiehlt auch der Sachverständigenrat, die krisenbedingten Änderungen bei der Kurzarbeit nach Überwindung der konjunkturellen Schwäche auslaufen zu lassen (JG Tz 423). Da die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt auch im Jahr 2010 noch anhalten, hat die Bundesregierung beschlossen, dass für Anträge auf Kurzarbeitergeld ab Anfang 2010 die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld 18 Monate beträgt, damit aber weiterhin deutlich über die grundsätzliche Höchstdauer von sechs Monaten hinausgeht.

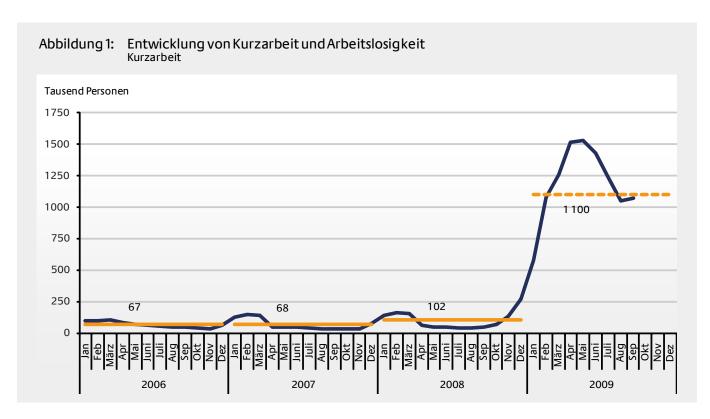
#### Wirtschaftsfonds Deutschland

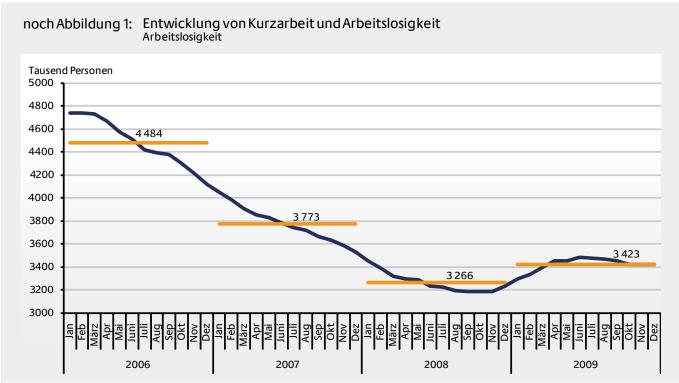
Der "Wirtschaftsfonds Deutschland" hat sich mit seinem Kredit- und Bürgschaftsprogramm als wichtiges unterstützendes Element für die Kreditversorgung der Unternehmen erwiesen. Zwischen März 2009 und Januar 2010 nahmen über 10 000 Unternehmen Mittel mit einem Zusagevolumen von rund 10 Mrd. € in Anspruch. Einen beträchtlichen Teil der Kreditmittel aus dem KfW Sonderprogramm verwenden die Unternehmen für Investitionen, die für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen besonders wichtig sind. Von diesem Programm profitiert insbesondere der Mittelstand: So sind im Kreditprogramm gut 94 % der Empfänger kleine und mittlere Unternehmen.

Die sinkende Kreditnachfrage ist derzeit die maßgebliche Ursache für die rückläufige Kreditvergabe. Wie der Sachverständigenrat sieht deshalb auch die Bundesregierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt insgesamt keine allgemeine flächendeckende Kreditklemme (JG Tz 86). Jedoch haben sich die Kreditvergabebedingungen für Unternehmen aller Größenklassen im Verlauf des vergangenen Jahres verschlechtert. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung die Verfahren für die Vergabe der Gelder aus dem "Wirtschaftsfonds Deutschland" verbessert. Dabei achtet sie strikt darauf, dass Unternehmen nur dann mit öffentlichen Geldern unterstützt werden, wenn sie nach der konjunkturellen Erholung wieder aus eigener Kraft im Wettbewerb bestehen können und keine wesentlichen Wettbewerbsverzerrungen zulasten von Konkurrenten zu erwarten sind.

Die Kreditvariante des Fonds wurde dadurch ergänzt, dass die KfW Globaldarlehen (ohne Haftungsfreistellung) an durchleitende Hausbanken vergeben kann. Die Vergabe von Betriebsmittelkrediten wurde dahingehend flexibilisiert, dass dem schwankenden Liquiditätsbedarf der Unternehmen besser Rechnung getragen werden wird. Diese und weitere bereits erfolgte Anpassungen ermöglichen eine flexiblere und passgenauere Vergabe von Krediten an grundsätzlich gesunde und wettbewerbsfähige Unternehmen.

Jahreswirtschaftsbericht 2010: Mit neuer Kraft die Zukunft gestalten





Um den wirtschaftlichen Folgen des krisenbedingten Rückzugs der privaten Kreditversicherer entgegenzuwirken, wird seit Dezember 2009 eine staatliche Ergänzung im Bereich Kreditversicherungen angeboten. Mit dem sogenannten "Top-Up-Programm" sollen Unternehmen unterstützt werden, deren Kreditversicherung reduziert wurde

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2010: MIT NEUER KRAFT DIE ZUKUNFT GESTALTEN

und nicht mehr in dem benötigten Umfang zur Verfügung steht. Als Gewährleistungsvolumen aus dem "Wirtschaftsfonds Deutschland" sind bis zu 7,5 Mrd. € vorgesehen. Die Abwicklung des Programms erfolgt vollständig über die privaten Kreditversicherer.

Bei Problemen mit der Kreditfinanzierung können sich die Unternehmen ab März an einen Kreditmediator wenden, der sich dafür einsetzt, dass sie bei ausreichender Bonität auch einen Kredit erhalten. Der Kreditmediator bündelt in Abstimmung mit entsprechenden Einrichtungen auf Länderebene die Beschwerden und versucht, zusammen mit der Kreditwirtschaft konstruktive Lösungen zu finden. Damit steht insbesondere auch für die mittelständischen Unternehmen ein kompetenter Mittler zur Verfügung. Die Bundesregierung überprüft die Ausgestaltung des "Wirtschaftsfonds Deutschland" fortwährend und wird ihn. falls erforderlich, bedarfsgerecht weiterentwickeln. Dabei legt sie besonderes Augenmerk auf die Situation im Mittelstand und die unbürokratische Abwicklung der Hilfen.

#### Wachstumsimpulse setzen

Wie auch der Sachverständigenrat feststellt, hat sich die deutsche Konjunktur zwar stabilisiert, ein sich selbst tragender Aufschwung ist jedoch noch nicht zu erkennen (JG Tz 6). Auch für die Bundesregierung geben die positiven Signale für das Jahr 2010 noch keinen Anlass zur Entwarnung. Für das laufende Jahr verfolgt die Bundesregierung daher das Ziel, die Erholung zu festigen und einen dauerhaften Aufschwung auf breiter Basis zu ermöglichen, bevor sie ab dem Jahr 2011 auf einen entschlossenen Konsolidierungskurs einschwenkt. Im ersten Jahr der laufenden Legislaturperiode setzt die Bundesregierung daher sogar einen zusätzlichen fiskalischen Wachstumsimpuls. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat sie zum 1. Januar 2010 ein Sofortprogramm auf den Weg gebracht, das die Erholung zusätzlich unterstützt, Voraussetzungen für einen sich selbst tragenden Aufschwung

schafft und die Wachstumskräfte stärkt. Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer wachstumsorientierten Steuerpolitik. Es soll schnell und effektiv den Weg aus der Krise ebnen. Durch höhere Freibeträge für Kinder und mehr Kindergeld werden Familien mit Kindern bessergestellt und die Kaufkraft gestärkt. Durch die Entschärfung bestehender Verlust- und Zinsabzugsbeschränkungen und verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten werden zudem Unternehmen steuerlich entlastet. Darüber hinaus erleichtert das Gesetz unternehmerische Umstrukturierungen. Im Grunderwerbsteuerrecht wird eine Steuervergünstigung bei Konzernumstrukturierungen eingeführt und die ertragsunabhängige Steuerbelastung der Unternehmen durch geringere gewerbesteuerliche Hinzurechnungssätze bei Miet- und Pachtzinsen gesenkt. Die Reform des Erbschaftsteuerrechts und die dadurch verbesserten Bedingungen bei der Unternehmensnachfolge tragen außerdem dazu bei, den Fortbestand von Unternehmen zu sichern. Für das Beherbergungsgewerbe gilt ferner ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz von 7%. Unter Berücksichtigung der bereits im Konjunkturpaket II beschlossenen Einkommensteuererleichterungen werden Bürger und Unternehmen so ab dem 1. Januar 2010 jährlich um rund 24 Mrd. € entlastet – das entspricht in etwa einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Die Entlastungen für Bürger und Unternehmen werden gleichzeitig auch die Basis für eine dynamische Entwicklung der öffentlichen Einnahmen in der Zukunft stärken. Die Bundesregierung setzt damit auf eine Doppelstrategie, die beides im Blick behält: die Stärkung der Wachstumskräfte durch steuerliche Entlastung und eine klare regelgebundene Konsolidierungsstrategie, die über Sparsamkeit auf der Ausgabenseite das Vertrauen in eine langfristig tragfähige Haushaltsentwicklung erhöht.

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2010: MIT NEUER KRAFT DIE ZUKUNFT GESTALTEN

#### 3.2 Nachhaltige öffentliche Haushalte

Wie der Sachverständigenrat beurteilt auch die Bundesregierung die krisenbedingte fiskalische Expansion und die Ausweitung der Staatstätigkeit als unvermeidlich und der Situation angemessen. Die Bundesregierung stimmt der Meinung des Rates zu, dass die Krise erst dann endgültig überwunden ist, wenn die Rolle des Staates insbesondere im Hinblick auf Defizit, Schuldenstand und Staatsquote wieder ein normales Maß erreicht hat.

Dauerhaft tragfähige öffentliche Finanzen sind von zentraler Bedeutung für Deutschland und Europa. Dies gilt im Hinblick auf das Vertrauen in die gemeinsame Währung im Euroraum, die Funktionsfähigkeit des Sozialstaates vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und die Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Staates für wichtige Zukunftsaufgaben. Deshalb wird die Bundesregierung ab dem Jahr 2011 auf einen dauerhaften Konsolidierungskurs einschwenken. Dabei dienen die neue Schuldenregel, verankert in den Artikeln 109 und 115 Grundgesetz, der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie die Beschlüsse der EU zur finanzpolitischen Exit-Strategie als Garanten für eine konsequente

#### Kasten 3: "10 Goldene Regeln" für die Haushaltsführung der Bundesregierung

- Alle staatlich übernommenen Aufgaben werden auf ihre Notwendigkeit hin überprüft. Jeder Ausgabenbereich muss einen Beitrag zur Erfüllung der Anforderungen der neuen Schuldenregel leisten.
- 2. Alle neuen finanzwirksamen Vorhaben und Belastungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite müssen in ihren Wirkungen umfassend ausgewiesen werden.
- 3. Für die Maßnahmen, die nicht im Rahmen des beschlossenen Finanzrahmens zusätzlich finanziert werden sollen, ist grundsätzlich eine unmittelbare, vollständige und dauerhafte Gegenfinanzierung im jeweiligen Etat des Bundeshaushaltes sicherzustellen.
- 4. Das Ausgabenwachstum muss unter dem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes liegen.
- 5. Alle Maßnahmen des Koalitionsvertrages stehen unter Finanzierungsvorbehalt.
- 6. Politische Zielsetzungen haben sich stärker als bisher an qualitativen und nicht mehr nur an quantitativen Anforderungen zu orientieren.
- 7. Alle Einnahmen stehen grundsätzlich dem Gesamthaushalt zur Verfügung.
- 8. Die Weiterentwicklung in den Zweigen der Sozialversicherung muss ebenfalls dem Erfordernis der Schuldenregel des Bundes Rechnung tragen.
- 9. Die Bundesregierung wird auf eine ausgewogene Lastenverteilung zwischen den Ebenen der öffentlichen Haushalte achten.
- 10. Zukünftig werden wichtige Eckwerte des Haushalts vorab verbindlich durch das Bundeskabinett vorgegeben und damit zur Grundlage für das regierungsinterne Aufstellungsverfahren in den Einzelplänen gemacht. Der parlamentarische Teil des Haushaltsaufstellungsverfahrens bleibt davon unberührt.

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2010: MIT NEUER KRAFT DIE ZUKUNFT GESTALTEN

Konsolidierung und gewährleisten zugleich die notwendige konjunkturelle Flexibilität der Finanzpolitik.

Die Rückkehr auf einen Konsolidierungspfad ist im Hinblick auf die ab dem Jahr 2011 geltende neue Schuldenregel alternativlos. Mit dieser Regel wurde für die Konsolidierung der Staatsfinanzen in Deutschland ein völlig neuer Rahmen geschaffen: Der Konsolidierungserfolg bemisst sich nicht mehr an absolut rückläufigen Defiziten, sondern am Abbau des strukturellen Defizits. Hierzu bedarf es neben einem konsequenten Sparkurs eines höheren Potenzialwachstums. Je besser dies gelingt, umso leichter wird die strukturelle Konsolidierungsaufgabe und umso größer werden die finanzpolitischen Spielräume für Entlastungen. Nachhaltig höheres Wachstum wird damit entscheidend für den langfristigen Konsolidierungserfolg. Tragfähige öffentliche Finanzen sind wiederum eine Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung. Deshalb wird die Bundesregierung den Kurs einer strikten Ausgabendisziplin einschlagen. Dazu müssen öffentliche Einnahmen und Ausgaben im Sinne einer qualitativen Konsolidierung verstärkt darauf überprüft werden, ob sie wachstumsförderlich sind und ob sie dazu beitragen, die von der Politik angestrebten Ziele effizient zu erreichen. Daher bekennt sich die Bundesregierung zu den goldenen Regeln des Koalitionsvertrages (vgl. Kasten 3), darunter auch dem Finanzierungsvorbehalt, der für alle Maßnahmen des Koalitionsvertrags gilt.

#### 3.3 Wachstumsspielräume erweitern

Wachstum braucht unternehmerische Dynamik. Nur engagierte und innovative Unternehmer können Deutschland einen Spitzenplatz auf globalisierten Märkten sichern. Die Bundesregierung wird daher die Bedingungen für Unternehmen verbessern, indem sie den Wettbewerb auf Märkten stärkt, die Unternehmen von bürokratischen Hemmnissen entlastet und sie bei ihren außenwirtschaftlichen Aktivitäten unterstützt. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf den Mittelstand gelegt. Die Bundesregierung wird zudem als Ultima Ratio die Möglichkeit zur Entflechtung von Unternehmen schaffen. Sie wird u. a. das Unternehmensteuerrecht aufkommensneutral weiter modernisieren und wettbewerbsfähiger gestalten.

Bildung, Forschung und Innovation müssen, wie der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 2009/2010 (JG Tz 3) fordert, als Quellen des Wachstums auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten hohe Priorität behalten. Höhere Investitionen in Bildung und Forschung und das enge Zusammenwirken von Bund und Ländern sind zentrale Bausteine für eine zukunftsweisende Innovationspolitik. Bildung legt den Grundstein für die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit sowie für die Schaffung sozialer Gerechtigkeit, indem sie Aufstieg ermöglicht und Zusammenhalt schafft. Innovationen erhöhen den Wohlstand durch mehr Wachstum und Beschäftigung und dienen gleichzeitig der Lösung globaler Herausforderungen. Deshalb haben Bund und Länder das Ziel bekräftigt, in Deutschland im Jahr 2015 für Bildung und Forschung gesamtstaatlich 10% des Bruttoinlandsprodukts zu investieren. In dieser Legislaturperiode wird der Bund 12 Mrd. € zusätzlich für Bildung und Forschung aufwenden.

Die Bundesregierung wird im Hinblick auf den demografischen Wandel bis zum Jahr 2012 eine Strategie entwickeln, die Aspekte aus den Bereichen Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Bildung, Innovationen, Gesundheit, Soziales und Familie, Senioren sowie Integrationspolitik umfasst. Für diesen Ansatz wird die Bundesregierung einen Ausschuss "Demografie" einberufen, der die vielfältigen Programme und Initiativen der Bundesregierung koordiniert. Er ist beauftragt, bis zum Jahr 2011 einen Bericht zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung vorzulegen, der als Ausgangsbasis für die Demografiestrategie dienen soll.

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2010: MIT NEUER KRAFT DIE ZUKUNFT GESTALTEN

#### 4 Finanz- und Steuerpolitik

Die Finanz- und Steuerpolitik des vergangenen Jahres stand vor der Herausforderung, die Folgen der schwersten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit zu mildern. Mit ihren Maßnahmenpaketen hat die Bundesregierung den wirtschaftlichen Einbruch abgefedert. Dabei stieg das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2009 auf rund 3% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (vgl. Abbildung 2). In diesem Jahr wird sich das Defizit auf voraussichtlich rund 5 ½ % erhöhen. Damit kommt es zu einem weiteren Öffnen der Schere zwischen staatlicher Ausgabenund Einnahmenguote. Die investiven Maßnahmen im Konjunkturpaket II werden in den Jahren 2009 bis 2011 insbesondere aus dem Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) finanziert, das über eine eigene Kreditermächtigung in Höhe von rund 25 Mrd. € verfügt und ab 2010 aus

Bundesbankgewinnen, die einen festgelegten Betrag überschreiten, getilgt werden muss. Da diese Maßnahmen auf eine schnelle Belebung der Konjunktur abzielen, sind sie größtenteils bis Ende 2010 befristet, können aber noch bis Ende 2011 ausfinanziert werden. Bis Ende 2009 wurden bereits 6,1 Mrd. € ausgegeben, davon rund 4,1 Mrd. € für die Umweltprämie, rund 1,2 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder sowie rund 600 Mio. € für Investitionen des Bundes. Bis Ende 2009 wurden allerdings Investitionen im Umfang von insgesamt rund 11 Mrd. € angestoßen. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds verfügt über eine eigene mehrjährige Kreditermächtigung in Höhe von maximal 100 Mrd. €. Die Finanzierung der Maßnahmen zur Krisenbewältigung spiegelt sich auch in den beiden Nachtragshaushalten für das Jahr 2009 wider, mit denen die Kreditermächtigung im Bundeshaushalt im Jahr 2009 auf insgesamt rund 49 Mrd. € erhöht wurde.

Abbildung 2: Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssaldo des Staates in% des BIP 49 4,0 48,5 48 47,6 3,0 47.6 48,1 47,6 47,1 47 2.0 46.8 46.6 46,4 1.0 46 0,2 45,4 0,0 0.0 45 44,7 44,4 44,5 43,9 44 -1,0 43,5 43,3 -1,2 43.7 43,7 -1,5 43.7 -1,6 43 -2.0 42 -3,0 -2,8 -3,2 -3.3 -3,7 41 -4,0 -3.8 -4,0 40 -5.0 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 nominaler Finanzierungssaldo Staatsquote Einnahmenguote 2000: Staatsquote und Finanzierungssaldo um die Erlöse aus der UMTS-Versteigerung bereinigt.

55

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2010: MIT NEUER KRAFT DIE ZUKUNFT GESTALTEN

Durch die im Vergleich zu den Erwartungen im Frühjahr etwas bessere konjunkturelle Entwicklung gestaltete sich der Vollzug des Bundeshaushalts 2009 deutlich günstiger, als dies im Rahmen des 2. Nachtragshaushalts unterstellt wurde. Die Steuereinnahmen des Bundes übertrafen die Erwartungen und beliefen sich auf 227,8 Mrd. €. Allerdings resultiert nur ein Teil davon aus höheren originären Steuereinnahmen. Ein großer Teil des Betrags in Höhe von 1,8 Mrd. € ist auf geringere Abführungen an die EU zurückzuführen. Auf der Ausgabenseite trugen insbesondere die niedrigen Zinsen im Bereich der kurzfristigen Kreditaufnahme zur Haushaltsentlastung bei. Auch in den Bereichen Grundsicherung für Arbeitsuchende und Gewährleistungen wurden die mit den beiden Nachtragshaushalten aufgestockten beziehungsweise neugeschaffenen Haushaltsansätze nicht vollständig ausgeschöpft. Nicht in Anspruch genommen werden musste das im Jahr 2009 bereitgestellte überjährige Darlehen an den Gesundheitsfonds. Die tatsächliche Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt 2009 betrug somit 34,1 Mrd. €.

Die Bundesregierung strebt eine Steuerund Abgabenpolitik an, die Motivation und Leistungsbereitschaft stärkt und Freiraum für Konsum und Investitionen lässt. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat sie hier bereits erste Weichen gestellt (vgl. 3.1). Weitere Vereinfachungen im Steuersystem sind wichtig. Gerade die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen kann einen Impuls für die langfristige Wachstumsdynamik geben. Diese wiederum wirkt sich positiv auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte aus und erleichtert so die Haushaltskonsolidierung. Um insbesondere die unteren und mittleren Einkommensbezieher vorrangig zu entlasten und gleichzeitig den sogenannten "Mittelstandsbauch" der Einkommensteuer abzuflachen, wird die Bundesregierung daher den Einkommensteuertarif zu einem Stufentarif umbauen. Zahl und Verlauf der Stufen werden unter Berücksichtigung dieses

Ziels entwickelt. Der Tarif soll möglichst am 1. Januar 2011 in Kraft treten.

Mit einem Betrag von 85,8 Mrd. € wird die Nettokreditaufnahme des Bundes im Jahr 2010 noch einmal voraussichtlich mehr als 50 Mrd. € über dem Ist im Jahr 2009 liegen und eine in der Geschichte der Bundesrepublik bisher beispiellose Höhe erreichen. Die hohe Neuverschuldung beruht im Wesentlichen auf dem Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren sowie auf der Umsetzung der umfangreichen und zielgerichteten Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Neben der Finanzierung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes werden mit dem Bundeshaushalt 2010 einmalig krisenbedingte Belastungen der Arbeitslosenund Krankenversicherung aufgefangen sowie die schwierige Einkommenssituation der Landwirte abgefedert. Beispielsweise wird das bislang für die Bundesagentur für Arbeit eingeplante Darlehen des Bundes im Jahr 2010 in einen einmaligen Zuschuss in Höhe von bis zu 16 Mrd. € umgewandelt. Bei der Gesetzlichen Krankenversicherung wird es in diesem Jahr wegen krisenbedingter Auswirkungen auf Beschäftigung und Löhne zu Beitragsausfällen kommen. Die Bundesregierung wird diese Entwicklung mit einem einmaligen zusätzlichen Bundeszuschuss in Höhe von 3,9 Mrd. € auffangen. Dies entspricht der Zielsetzung der Bundesregierung, krisenbedingte Einnahmeausfälle nicht allein den Versicherten aufzubürden. Im Bereich der Landwirtschaft stellt die Bundesregierung in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt zusätzliche Mittel in Höhe von 750 Mio. € bereit, davon 425 Mio. € im Jahr 2010. Darin enthalten ist unter anderem das "Grünlandmilchprogramm" mit Mitteln in Höhe von 300 Mio. € für das Jahr 2010. Dieses Programm soll die aktuell schwierige Einkommenssituation landwirtschaftlicher Betriebe, auch bedingt durch den Preisverfall auf bestimmten landwirtschaftlichen Märkten

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2010: MIT NEUER KRAFT DIE ZUKUNFT GESTALTEN

(insbesondere im Bereich Milchwirtschaft), überbrücken helfen.

Tragfähige öffentliche Finanzen sind eine entscheidende Bedingung auf dem Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Nur eine verantwortliche Haushaltsführung und eine durchgreifende Konsolidierungspolitik verschaffen dem Staat Spielräume, um Zukunftsinvestitionen zu finanzieren und die Bürger zu entlasten. Sie liefern die Basis für eine solide Finanzpolitik und sichern das Vertrauen von Investoren und Konsumenten. Dafür ist ein Kurs der Sparsamkeit und der Transparenz erforderlich. Umgekehrt gilt ebenso: Wirtschaftswachstum und ein Anstieg der Beschäftigung schaffen die besten Voraussetzungen für gesunde und tragfähige öffentliche Finanzen. Es geht deshalb nicht allein um quantitative, sondern auch um die qualitative Konsolidierung, d. h. um eine Erhöhung des Potenzialwachstums durch eine wachstumsfördernde Ausgestaltung öffentlicher Ausgaben und Einnahmen.

Ein wesentlicher Eckpfeiler des nach der Überwindung der Krise unabdingbaren Konsolidierungskurses ist die in Artikel 109 und 115 Grundgesetz verankerte neue Schuldenregel ("Schuldenbremse"). Sie verpflichtet den Bund, das strukturelle Defizit im Jahr 2010 von nach derzeitigem Stand 2,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt beginnend ab dem Jahr 2011 in gleichmäßigen Schritten bis zum Jahr 2016 auf 0,35 % zurückzuführen. In absoluten Zahlen ausgedrückt, muss das strukturelle Defizit in Höhe von voraussichtlich 70 Mrd. € bis zum Jahr 2016 auf rund 10 Mrd. € abgebaut werden. Der zur Einhaltung der Schuldenbremse notwendige Abbau des strukturellen Defizits wird damit eine zentrale finanzpolitische Herausforderung dieser Legislaturperiode sein. Die neue Schuldenregel ist symmetrisch angelegt, d. h. sie ermöglicht eine konjunkturgerechte Finanzpolitik. In Zeiten eines wirtschaftlichen Abschwungs erhöht sich der haushaltspolitische Spielraum, im Aufschwung verringert er sich.

Zudem muss sich die Konsolidierung nach den Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes richten. Die Europäische Kommission hat im Herbst 2009 ein Defizitverfahren in Bezug auf Deutschland, wie auch in Bezug auf die meisten anderen Länder im Euroraum, eingeleitet. Die Bundesregierung ist sich ihrer Verantwortung für dauerhaft tragfähige Staatsfinanzen – auch im Hinblick auf die Wahrung der Stabilität des Euro – bewusst. Sie wird deshalb den Empfehlungen des ECOFIN vom Dezember 2009 folgen und das Staatsdefizit bis 2013 unter die Drei-Prozent-Marke zurückführen.

#### 5 Ordnungspolitische Prinzipien auf den Finanzmärkten stärken

Auf nationaler und internationaler Ebene hat es zahlreiche Vorschläge und Verbesserungen im Hinblick auf die Stabilisierung und Regulierung der Finanzmärkte gegeben. Ziel dieser umfassenden Reformagenda ist es, die Widerstandsfähigkeit der Marktteilnehmer sowie des gesamten Finanzsystems zu erhöhen. Außerdem setzt sich die Bundesregierung für die Etablierung angemessener Aufsichtsmechanismen ein, die sämtliche Finanzmarktakteure, Finanzmarktprodukte und Finanzmärkte einschließen.

#### Angemessene Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen für Banken sicherstellen

Die G20-Staaten haben den Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht beauftragt, bis 2010 international abgestimmte Regeln zur Verbesserung der Qualität und der Quantität des Kapitals von Banken aufzustellen. Diese Regeln sollen stufenweise und in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Erholung voraussichtlich bis Ende 2012 umgesetzt werden. Eigenkapitalanforderungen sollten künftig so gestaltet sein, dass sie zyklische Schwankungen in den Geschäftsfeldern der Banken verringern. Sowohl Wertminderungen im Portfolio der

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2010: MIT NEUER KRAFT DIE ZUKUNFT GESTALTEN

Banken als auch höhere aufsichtsrechtliche Eigenkapitalunterlegungen für gestiegene Risiken führen im Abschwung zu einer Reduzierung des Kreditvergabespielraums (Prozyklizität). Diesen Effekt gilt es im Zuge der Überarbeitung der Eigenkapitalanforderungen abzumildern. Dazu sollen die Banken verpflichtet werden, ihren zeitlichen Horizont bei der Risikovorsorge langfristiger auszurichten, sodass auch nach langen Aufschwungphasen ein ausreichender Risikopuffer zur Bewältigung von Krisensituationen besteht. Auf Ebene der EU werden gegenwärtig bereits, zum Teil als Reaktion auf Beschlüsse des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, Änderungen der Vorgaben zur Eigenkapitalausstattung der Kreditinstitute und Wertpapierfirmen umgesetzt. Um eine angemessene Eigenkapitalausstattung von Kreditinstituten zu erreichen und die Übernahme von zu hohen Geschäftsrisiken zu vermeiden, hat die Europäische Union im Jahr 2009 drei Änderungen des im Jahr 2006 umgesetzten Komplexes der Eigenkapitalrichtlinie bestehend aus der Banken- und der Kapitaladäquanzrichtlinie – veröffentlicht. Diese beinhalten unter anderem einheitliche Anforderungen für die Anerkennung von Kapital als Kernkapital und schreiben für Verbriefungspositionen im Handelsbestand künftig strengere Eigenkapitalanforderungen vor. Für außerbilanzielle Zweckgesellschaften gelten zusätzliche Offenlegungspflichten. Zusätzlich wird die Zusammenarbeit der nationalen Aufseher durch die Einrichtung von Aufsichtskollegien gestärkt. Im Jahr 2010 folgt eine vierte Richtlinie.

Auf nationaler Ebene hat die
Bundesregierung durch Änderung der
Konzernabschlussüberleitungsverordnung
und durch Überarbeitung des
Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes
erste Maßnahmen zur Begrenzung
prozyklischer Effekte veranlasst. Darüber
hinaus hat die Bundesregierung mit dem
Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktund der Versicherungsaufsicht die
Spielräume der Bundesanstalt für

Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zur Regulierung der Finanzmärkte auf nationaler Ebene erhöht. Unter bestimmten Voraussetzungen kann die BaFin eine höhere Liquiditätsausstattung oder zusätzliche Eigenmittel der Banken verlangen.

## Finanzmarktaufsicht international und umfassend organisieren

Die Bundesregierung wird die deutsche Bankenaufsicht in Zukunft bei der Deutschen Bundesbank zusammenführen und damit die Bankenaufsicht in Deutschland verbessern. Für dieses Vorgehen hat sich auch der Sachverständigenrat ausgesprochen (JG Tz 31). Die Reformpläne sehen eine vollständige Wahrung des bestehenden Umfangs der geldpolitischen Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank vor.

Es sollen Mechanismen eingeführt werden, die es ermöglichen, dass zur Stabilisierung, Restrukturierung und finanzmarktschonenden Abwicklung von in Schwierigkeiten geratenen systemrelevanten Banken bessere Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Hierfür wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Instrumentarien frühzeitigen Eingreifens vor dem Eintritt der Insolvenz bis hin zu Abwicklungsmechanismen für Banken umfasst. Dabei wird sie die Ausführungen des Rates berücksichtigen, der geeignete rechtliche Instrumente zur frühzeitigen Restrukturierung und geordneten Abwicklung systemrelevanter Finanzinstitute empfiehlt (JG Tz 29).

Auch im europäischen Kontext setzt sich die Bundesregierung für eine Stärkung und Verbesserung der Finanzaufsicht in Europa ein. Auf EU-Ebene wird es künftig einen Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) geben, der systemische Risiken für die Finanzmarktstabilität beobachten wird. Er soll Risiken analysieren, Frühwarnungen aussprechen und Handlungsempfehlungen abgeben. Außerdem wird ein Europäisches Finanzaufsichtssystem (ESFS) geschaffen,

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2010: MIT NEUER KRAFT DIE ZUKUNFT GESTALTEN

das aus den Aufsichtsbehörden der einzelnen Mitgliedstaaten sowie drei europäischen Finanzaufsichtsbehörden im Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor bestehen soll. Das Europäische Finanzaufsichtssystem zielt darauf ab, die Zusammenarbeit der nationalen Aufsichtsbehörden zu verbessern und zu intensivieren, ein einheitliches Aufsichtshandeln der nationalen Aufsichtsbehörden sicherzustellen und damit die Qualität und die Kohärenz der Finanzaufsicht in Europa zu verbessern. Die Aufgaben der europäischen Aufsichtsbehörden schließen zum einen die Entwicklung von technischen Standards ein. Zum anderen haben die Europäischen Aufsichtsbehörden bei der Verletzung von europäischem Recht und in Krisenfällen auch bindende Entscheidungsbefugnisse. Ferner können die europäischen Aufsichtsbehörden bei Differenzen zwischen nationalen Aufsichtsbehörden bindend entscheiden, wenn die nationalen Aufsichtsbehörden keine Einigung finden.

Auch systemisch relevante Hedgefonds sollen in Zukunft nach dem Beschluss der G20 beaufsichtigt werden. Das sieht auch der Entwurf einer EU-Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds vor, der darüber hinaus auch eine Regulierung und Beaufsichtigung sonstiger alternativer Investmentfonds, wie etwa Private-Equity-Fonds, vorsieht. Beispielsweise könnten die Aufsichtsbehörden Fondsmanager dazu anhalten, den Einsatz von Fremdkapital im Verhältnis zum Eigenkapital zu verringern, wenn die Finanzstabilität dies erfordert.

## Anreiz- und Vergütungssysteme auf Nachhaltigkeit ausrichten

Vergütungen im Finanzsektor müssen so gestaltet sein, dass sie das Eingehen übermäßiger Risiken verhindern und dadurch eine langfristig orientierte Unternehmensentwicklung fördern. Im September 2009 einigten sich die G20-

Staaten in Pittsburgh auf detaillierte Vergütungsstandards für Banken und Versicherungen (Finanzinstitutionen). Ein Großteil dieser Anforderungen wird bereits auf Ebene der EU und in Deutschland umgesetzt. So sieht die noch nicht verabschiedete 4. Änderungsrichtlinie der Banken- und der Kapitaladäguanzrichtlinie EU-weite Vergütungsprinzipien vor. Die Bundesregierung hat mit dem Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung bereits detaillierte Vorgaben aufgestellt, die auch für Vorstände von als Aktiengesellschaften organisierten Finanzinstitutionen gelten. Im Dezember 2009 hat die BaFin die aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu Vergütungsfragen für Banken und Versicherungen verschärft. Weitergehende gesetzliche Regelungen sind in Vorbereitung.

Zudem wird es bei Verbriefungen mit Umsetzung des Richtlinienpakets zur Änderung der Banken- und der Kapitaladäguanzrichtlinie künftig eine Pflicht zum Selbstbehalt geben. Wenn Verkäufer von Verbriefungen an deren Risiken beteiligt bleiben, wird eine angemessene Risikobewertung wahrscheinlicher. Die Bundesregierung will die Standardisierung von forderungsbesicherten Wertpapieren voranbringen. Dazu wird die Bundesregierung Möglichkeiten prüfen, durch ein Verbriefungsgesetz einen einheitlichen und transparenten Standard zu setzen. Wertpapiere aus Verbriefungen sind ein wichtiges Instrument der Kreditversorgung. Sie sind jedoch mit dem schlechten Image unwägbarer Risiken behaftet, da sie ein wesentlicher Auslöser der globalen Finanzmarktkrise waren. Es liegt in den Händen der Marktteilnehmer, den Verbriefungsmarkt eigenverantwortlich zu beleben.

Finanzprodukte und -dienstleistungen bedarfsorientiert weiterentwickeln

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2010: MIT NEUER KRAFT DIE ZUKUNFT GESTALTEN

Ende 2009 ist die EU-Verordnung zu Rating-Agenturen in Kraft getreten. Über die Registrierung und Aufsicht der Rating-Agenturen werden Qualität und Transparenz im Ratingprozess verbessert. Die Bundesregierung hat per Kabinettsbeschluss vom 13. Januar 2010 ein Ausführungsgesetz zur europäischen Ratingverordnung auf den Weg gebracht, um zeitnah die Grundlagen für die operative, effiziente Aufsicht über die Ratingagenturen auf nationaler Ebene herzustellen. Die Europäische Kommission hat zudem Maßnahmen vorgeschlagen, um die Stabilität und Funktionsfähigkeit der Derivatemärkte, z. B. durch transparentere Transaktionen, zu sichern.

Die Bundesregierung hat mit der Änderung des Wertpapierhandelsgesetzes im August 2009 die Rechte privater Anleger bei nachlässiger oder fehlerhafter Beratung gestärkt. Für Schadensersatzansprüche wegen fehlerhafter Beratung entfällt die kurze Sonderverjährungsfrist, und es gilt nunmehr die allgemeine BGB-Verjährungsfrist, wonach Ansprüche drei Jahre nach Kenntnis, maximal zehn Jahre nach Entstehung verjähren. Beratungsgespräche sind zu

protokollieren, sodass sichergestellt ist, dass der Anleger für den Fall der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen wegen Falschberatung über die erforderlichen Beweismittel verfügt. Bei telefonischer Beratung mit sofortigem Geschäftsabschluss erhält der Anleger bei fehlerhafter Protokollierung des Beratungsgesprächs zudem ein Rücktrittsrecht.

Um das Vertrauen der Privatanleger in Finanzdienstleistungen zu verbessern, bietet die Bundesregierung der Finanzwirtschaft Unterstützung für die Ausarbeitung von Gütekriterien für Finanzprodukte an. Die Kriterien sollten insbesondere verschiedene Aspekte des Anlagerisikos widerspiegeln. In die Arbeiten sollten Verbraucher- und Anlegerschutzverbände einbezogen werden.

DIE GEFÜHLTE STEUERBELASTUNG

### Die gefühlte Steuerbelastung

# Determinanten und Auswirkung auf das individuelle Arbeitsangebot<sup>1</sup>

1	Einleitung	61
2	Was wissen wir bisher über die gefühlte Steuerbelastung?	62
3	Messung der gefühlten Steuerbelastung mit einer Befragung	62
4	Der Einfluss von Bezeichnung (Label) und Zweckbindung (Affektation)	64
4.1	Problemstellung und Untersuchungsdesign	64
4.2	Ergebnisse	64
5	Der Einfluss der Steuerkomplexität	66
5.1	Problemstellung und Untersuchungsdesign	66
	Ergebnisse	
6	Experimente zur Messung des Arbeitsangebots	67
6.1	Experimentelles Design	67
	Ergebnisse	
	Fazit	

- Das Belastungsgefühl der Steuerbürger kann sich von der objektiven, rechnerischen Steuerbelastung unterscheiden. Für die subjektiv empfundene Abgabenbelastung ist das Label, der Name einer Abgabe, wie auch ihre Zweckbestimmung und deren Wertschätzung durch die Zensiten bedeutsam.
- Je klarer das Abgaben- beziehungsweise Besteuerungsziel gefasst ist und je mehr sich der Besteuerte mit diesem Ziel identifizieren kann, umso geringer ist die subjektiv empfundene "Netto-Abgabenlast". Die Komplexität des Steuersystems beeinflusst das Belastungsgefühl. Nominalsteuersatzveränderungen sind leichter wahrzunehmen und zu interpretieren als Veränderungen der Bemessungsgrundlage.
- Experimentteilnehmer unterliegen vor allem bei konstantem Grenzsteuersatz einer "Bruttolohnillusion". Sie orientieren sich bei der Arbeitsangebotsentscheidung nicht am Nettolohn, sondern nehmen den Steuerkeil wahr, als sei er Bestandteil des Nettolohnes. Erst wenn die Besteuerung sehr prominent dargestellt wird, zeigen die Besteuerten eine Art Steueraversion und reagieren mit einer Reduktion des Arbeitsangebots.

<sup>1</sup> Der vorliegende Beitrag zu einem Forschungsgutachten des Institut für Standortforschung und Steuerpolitik Magdeburg im Auftrag des BMF wurde verfasst von Prof. Dr. Dirk Kiesewetter (Julius-Maximilians-Universität Würzburg), Prof. Dr. Kay Blaufus (Europa-Universität Viadrina), Prof. Dr. Jochen Hundsdoerfer (Freie Universität Berlin) und Prof. Dr. Joachim Weimann (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg).

#### 1 Einleitung

Um Verteilungsfolgen der Besteuerung zu ermitteln und um steuerliche Entscheidungswirkungen zu erklären beziehungsweise zu prognostizieren, wird vorrangig mit objektiv gemessenen Steuerbelastungen gearbeitet. Diese orientiren sich in Modellen auf Basis des geltenden Rechts (z. B. Veranlagungssimulationen, Teilsteuerrechnungen, Effektivsteuersätze)

DIE GEFÜHLTE STEUERBELASTUNG

häufig an mehr oder weniger repräsentativen Einzelfällen oder werden auf Basis der tatsächlich geleisteten Steuerzahlungen ermittelt.

Im Unterschied dazu ist es Ziel dieses Forschungsprojekts, die subjektive (gefühlte) Steuerbelastung, ihre Determinanten und ihre Wirkungen zu analysieren. Dabei konzentrieren wir uns nach einem Literaturüberblick zunächst auf die Messung und Erklärung der subjektiven Steuerbelastung und anschließend auf ihre Entscheidungsfolgen für Arbeitsangebotsentscheidungen. Wir nehmen eine Messung der subjektiven Steuerbelastung vor, indem wir durch Befragungen einen "gefühlten" Einkommensteuertarif ermitteln. Weiterhin wird untersucht, wie die Bezeichnung einer Steuer (Labeling), ihre Zweckbindung (Affektation) sowie die Komplexität des Steuersystems die gefühlte Belastung durch diese Steuer beeinflussen. Es wird ermittelt, welche Änderungen des Steuersystems zu geringeren oder höheren Belastungswahrnehmungen führen. Schließlich wird mithilfe ökonomischer Laborexperimente gemessen, wie die Einkommensteuer auf individuelle Arbeitsangebotsentscheidungen wirkt.

# 2 Was wissen wir bisher über die gefühlte Steuerbelastung?

Die Literatur zeichnet bisher kein einheitliches Bild von der subjektiven Wahrnehmung der Steuer- und Abgabenbelastung. Dennoch lassen sich einige Kernergebnisse herausfiltern: Die (eigene) Steuerbelastung und den (eigenen) Grenzsteuersatz richtig einzuschätzen, gelingt Probanden beziehungsweise Befragten häufig nicht. Die Fehleinschätzung hängt auch vom Steuertarif und seiner Darstellungsform ab. Die Komplexität des Steuerrechts beeinträchtigt die korrekte Einschätzung von Steuerwirkungen durch Experimentteilnehmer. Darunter

leidet auch die Funktionsfähigkeit von Märkten im Experiment. Bei wiederholten Entscheidungen reduziert sich das Ausmaß der Fehlwahrnehmungen, da Experimentteilnehmer lernen und aus Erfahrungen Schlüsse ziehen. Eine Belastung aus der Überwälzung von Steuern, die indirekt, d. h. bei Marktpartnern erhoben werden, wird in der Regel erkannt. Zwischen der Grenzbelastung und dem Arbeitsanreiz von Probanden wurde tendenziell ein negativer Zusammenhang beobachtet, selbst wenn das Steueraufkommen an die Teilnehmer zurückgeschleust wurde. Eine Besteuerung des Lohnzuflusses wirkt sich stärker negativ auf den Arbeitseinsatz aus als ein Steuerzugriff auf Konsumauszahlungen. Die Steuermoral von Probanden ist regelmäßig höher, als es die Modelltheorie für rational agierende Personen vorhersagt. Die Steuermoral steigt mit der Entdeckungswahrscheinlichkeit und der Nach- bzw. Strafzahlung. Aber auch die Möglichkeit zur politischen Partizipation in Steuerfragen wirkt positiv. Es gibt keine gesicherten empirischen Aussagen zu der These, dass die Bezeichnung einer Abgabe Einfluss auf die empfundene Belastung hat. Fehlwahrnehmungen von Steuerwirkungen sind besonders bei tiefgreifenden Änderungen des Steuerrechts zu erwarten.

# 3 Messung der gefühltenSteuerbelastung mit einerBefragung

Um zu überprüfen, ob das hohe
Belastungsgefühl der Bevölkerung auf
die Unkenntnis des tatsächlich geltenden
Einkommensteuertarifs zurückzuführen
ist, wurden 1 009 erwerbstätige Personen
in standardisierten, persönlichen
Interviews gebeten, den durchschnittlichen
Einkommensteuersatz für zu versteuernde
Einkommen in Höhe von 10 000 €, 40 000 €,
300 000 € und 2 000 000 € sowie den eigenen
Grenzsteuersatz zu schätzen. Im Unterschied
zur tatsächlichen Belastung gemäß § 32a EStG
können diese Schätzungen als gefühlte
Steuersätze bezeichnet werden. Dabei zeigte

DIE GEFÜHLTE STEUERBELASTUNG

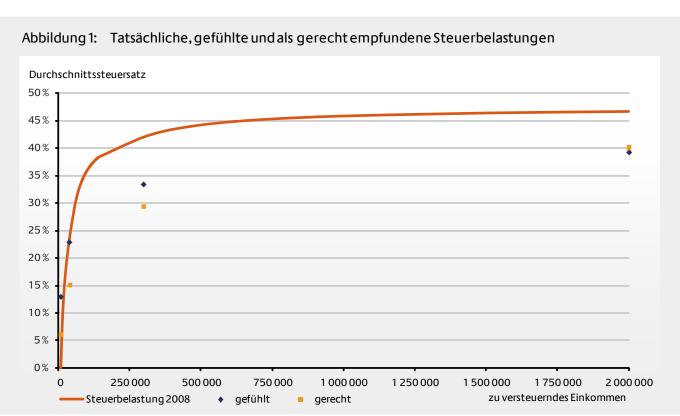
sich, dass die gefühlten Steuersätze im Mittel niedriger sind als die tatsächlichen Grenz- und Durchschnittssteuersätze, d. h. die Probanden unterschätzen im Mittel sowohl den Durchschnittssteuersatz als auch den eigenen Grenzsteuersatz. Eine Ausnahme besteht nur in der niedrigsten Einkommensklasse. Die Mehrheit der Befragten scheint bei der Schätzung von Grenz- und Durchschnittssteuersätzen den Grundfreibetrag zu vernachlässigen und überschätzt daher die Steuerbelastung für niedrige Einkommen erheblich. Da Grenz- und Durchschnittssteuersätze ansonsten jedoch im Mittel unterschätzt werden, bietet die fehlende Kenntnis über den tatsächlichen Verlauf des Einkommensteuertarifs keine generelle Erklärung für das hohe Belastungsgefühl.

Ein möglicher Grund für die Unterschätzung des eigenen Grenzsteuersatzes könnte die Verwechslung von Grenz- und Durchschnittssteuersätzen sein. So zeigte sich bei den Probanden, die ihren Grenzsteuersatz unterschätzen, dass deren Angaben in 55 % der Fälle ihrem Durchschnittssteuersatz

entsprechen. Dies kann als Indiz für die Verwechslung von Grenz- und Durchschnittssteuersätzen bei einem Teil der Befragten gewertet werden.

Da die fehlende Kenntnis des tatsächlichen Einkommensteuertarifs nach den oben dargestellten Ergebnissen keine generelle Erklärung für das hohe Belastungsgefühl der deutschen Erwerbstätigen liefert, haben wir untersucht, welche Einflussfaktoren die Wahrscheinlichkeit für eine Überschätzung der tatsächlichen Steuerbelastung erhöhen. Dabei konnte als Erklärung für eine systematische Überschätzung nur die Tatsache identifiziert werden, dass ein Teil der Probanden (26 %) die Sozialversicherungsbeiträge der Steuerbelastung hinzurechnet.

Als weiterer möglicher Grund für das hohe Belastungsgefühl der Steuerpflichtigen wurde untersucht, ob die gefühlte Steuerbelastung die als subjektiv gerecht empfundene durchschnittliche Einkommensteuerbelastung übersteigt. Um dies festzustellen, wurden



63

DIE GEFÜHLTE STEUERBELASTUNG

die Befragten gebeten, eine als gerecht empfundene maximale durchschnittliche Einkommensteuerbelastung für zu versteuernde Einkommen in Höhe von 10 000 €, 40 000 €, 300 000 € und 2 000 000 € anzugeben. In Abbildung 1 erkennt man, dass die als gerecht empfundene Steuerbelastung grundsätzlich signifikant unterhalb der gefühlten Einkommensteuerbelastung liegt. Eine Ausnahme ergibt sich bei einem zu versteuernden Einkommen von 2 Mio. €. Hier wird eine geringfügig höhere Belastung als gerecht empfunden. Dieser Unterschied ist jedoch nicht signifikant.

Die Analyse des als gerecht empfundenen Tarifs verdeutlicht zudem, dass die Befragten einen progressiven Tarif bevorzugen. So sprechen sich 72% für einen durchgehend progressiven Tarif und 21% für einen überwiegend progressiven Tarif, der in bestimmten Einkommensbereichen allerdings konstante Durchschnittssteuersätze aufweist, aus. 7% halten hingegen einen proportionalen beziehungsweise regressiven Tarif für gerecht.

#### 4 Der Einfluss von Bezeichnung (Label) und Zweckbindung (Affektation)

## 4.1 Problemstellung und Untersuchungsdesign

Untersuchungen zur Steuerhinterziehung haben gezeigt, dass Steuerpflichtige weniger Steuern hinterziehen, als die ökonomische Theorie vorhersagt: Viele Abgabenpflichtige messen anscheinend Steuern und weiteren Abgaben sehr wohl einen positiven Nutzen bei, solange diese Abgaben ihrem persönlichen Gerechtigkeitsempfinden entsprechen und sie diese Abgaben als sinnvoll empfinden.

In diesem Projekt wurde deshalb versucht, den Einfluss der Bezeichnung einer Abgabe (Labeling) sowie der Verwendung ihres Aufkommens (Zweckbindung beziehungsweise Affektation) auf die wahrgenommene Belastung der

Abgabenpflichtigen durch diese Abgabe zu messen. Zu diesem Zweck wurden Conjoint-Analysen durchgeführt, bei denen die Probanden die Möglichkeit hatten, verschiedene Kombinationen von Abgaben in eine Rangfolge zu bringen. Die hier zur Auswahl gestellten Abgaben waren der Beitrag zur Krankenversicherung, die zu zahlende Lohnsteuer sowie ein neuer Bildungszuschlag. Auf diesem Weg sollte ermittelt werden, wie die Benennung einer Abgabe (Labeling) sowie ihr Verwendungszweck (Affektation) auf die Akzeptanz dieser Abgabe in der Bevölkerung wirkt. In der ersten Conjoint-Analyse wurde den Probanden mitgeteilt, dass das Aufkommen aus der untersuchten Abgabe (Bildungszuschlag) nicht zweckgebunden ist. In diesem Setting sollte also allein ein Labeling-Effekt wirken. In der zweiten Conjoint-Analyse wurde ein zweckgebundener Bildungszuschlag untersucht (Labeling-Effekt in Verbindung mit eindeutiger Affektation).

Insgesamt wurde die Conjoint-Analyse mit 542 Probanden durchgeführt.
274 Probanden (Non-Affektationsgruppe) bekamen keine zusätzliche Information über die Zweckbindung der Abgabe "Bildungszuschlag", wohingegen 268 Probanden (Affektationsgruppe) die Zusatzinformation erhielten, wofür diese Abgabe konkret verwendet werden soll. Es wurde darauf geachtet, dass die Stichprobe sowie die unterteilten Gruppen repräsentativ für die deutsche Erwerbsbevölkerung sind.

#### 4.2 Ergebnisse

Das Untersuchungsdesign ermöglicht, die von den Probanden vorgenommene Rangreihung der Stimuli mit einer "rationalen", die Abgabensumme minimierenden Rangreihung zu vergleichen. Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Teilnutzenwerte bei konsumrationalem Verhalten für die Gesamtheit der Stichprobe und für die beiden Gruppen "Non-Affektation" und "Affektation":

In der Gesamt-Stichprobe ist der durchschnittliche Teilnutzenwert des

DIE GEFÜHLTE STEUERBELASTUNG

Tabelle 1: Teilnutzenwerte der Stichprobe versus Teilnutzenwerte bei Nettoeinkommensmaximierung

Merkmal/Ausprägung	Lohnsteuer niedrig	Lohnsteuer hoch	Bildungs- zuschlag niedrig	Bildungs- zuschlag hoch	Kranken- versicherung niedrig	Kranken- versicherung hoch
zum Vergleich: Konsumrationales Verhalten	20,00%	0,00%	33,33%	0,00%	46,67%	0,00%
Gesamt	20,13%	0,94%	22,34%	18,67%	36,54%	1,38 %
Nonaffektation	19,74%	1,12%	27,29%	12,92%	37,40%	1,53 %
Affektation	20,52%	0,76%	17,28%	24,54%	35,67%	1,38%

niedrigen (hohen) Bildungszuschlags mit 22,34% statt 33,33% (18,67% statt 0%) deutlich niedriger (höher) als im Vergleichsfall. Der Bildungszuschlag belastet die Probanden damit deutlich geringer als eine gleich hohe Lohnsteuer oder ein gleich hoher Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung; die Abweichung ist signifikant. Auch in der Non-Affektations-Gruppe liegt die Belastung durch den Bildungszuschlag deutlich unter der Belastung eines "rationalen" Abgabenpflichtigen. Die Probanden ziehen in die Bewertung der Eigenschaftsausprägung "hoher Bildungszuschlag" offensichtlich nicht nur die Minderung ihres Konsumpotenzials ein, sondern messen auch der Förderung des Bildungswesens eine positive Bedeutung bei. Dabei ist die Benennung offensichtlich schon ausreichend, um die Akzeptanz zu erhöhen.

Die Benennung einer Abgabe als "Krankenversicherungsbeitrag" senkt im Vergleich zur Lohnsteuer die wahrgenommene Belastung durch diese Abgabe: Die Probanden scheinen eine Mehrbelastung in Höhe von 80 Euro bei der gesetzlichen Krankenversicherung nicht so stark negativ zu werten wie eine gleich hohe Mehrbelastung bei der Lohnsteuer. Demnach scheint der Begriff "Krankenversicherungsbeitrag" im Vergleich zur Lohnsteuer positiv besetzt zu sein. Oder die Probanden haben – im Gegensatz zu den Informationen, die sie von uns erhielten – mit dem höheren Krankenversicherungsbeitrag eine höhere Gegenleistung aus der gesetzlichen Krankenversicherung assoziiert. Der Langmut der Probanden ist freilich nicht unbegrenzt: Sind die Probanden mit einem Bildungszuschlag konfrontiert, dann ist die wahrgenommene Belastung aus einem hohen Krankenversicherungsbeitrag merklich (um gut vier Prozentpunkte) stärker als in dem Fall, in dem kein Bildungszuschlag erhoben wird. Die ökonomische Intuition hinter diesem Ergebnis liegt auf der Hand: Zahlen die Probanden bereits für einen Bildungszuschlag, dann sinkt ihre Neigung, auch noch "freiwillig" einen höheren Krankenversicherungsbeitrag zu entrichten.

Stärker noch als das Labeling beeinflusst die Affektation einer Abgabe die wahrgenommene Belastung durch diese Abgabe. Die subjektive Belastung durch den Bildungszuschlag war deutlich niedriger, wenn den Probanden eine beispielhafte Verwendung des Aufkommens mitgeteilt wurde. In unserer Untersuchung war der Effekt so stark, dass bei Affektation der Bildungszuschlag keine Nettobelastung mehr darstellt: Der hohe Bildungszuschlag stiftete bei Affektation im Durchschnitt einen etwas höheren Gesamtnutzen als der niedrige Bildungszuschlag.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Abgabenpflichtigen bezüglich der Benennung einer Abgabe und bezüglich ihrer Zweckbindung grundsätzlich nicht zwischen Steuern und Sozialabgaben unterscheiden. Bei der Interpretation dieses Resultats ist zu bedenken, dass individuelle Gegenleistungen aus der Sozialversicherung (z. B. Ansprüche auf Altersrente) bewusst aus der Untersuchung ausgeschlossen wurden. Die Bewertung

DIE GEFÜHLTE STEUERBELASTUNG

der untersuchten Abgaben lässt im Großen und Ganzen kaum Unterschiede zwischen den einzelnen, demografisch abgegrenzten Gruppen der befragten Abgabenpflichtigen erkennen. Lediglich die Schulbildung erklärt einen Teil der Bewertung des Bildungszuschlags: Je höher die Schulbildung, desto geringer ist die subjektive Belastung durch einen Bildungszuschlag.

#### 5 Der Einfluss der Steuerkomplexität

## 5.1 Problemstellung und Untersuchungsdesign

Um zu untersuchen, welche Auswirkungen die in der Öffentlichkeit oft beklagte Intransparenz und Komplexität des Steuerrechts auf die gefühlte Steuerbelastung haben, wurde eine weitere Conjointanalyse mit 467 erwerbstätigen Personen durchgeführt. Ziel der Untersuchung war es, die beiden folgenden Fragen zu beantworten:

- Beeinflussen Änderungen des nominalen Steuersatzes die gefühlte Steuerbelastung anders als Bemessungsgrundlagenänderungen?
- 2. Welchen Einfluss haben Zeitersparnisse bei der Steuerdeklaration (Steuervereinfachungen) auf die gefühlte Steuerbelastung?

Zu diesem Zweck wurden den Probanden unterschiedliche, fiktive Steuersysteme präsentiert. Die Aufgabe der Probanden bestand darin, die Steuersysteme ihren persönlichen Präferenzen entsprechend in eine Rangordnung zu bringen. Dabei sollten sie von steuerpflichtigen Einnahmen (einer Zinszahlung) in Höhe von 10 000 Euro ausgehen, in deren Zusammenhang Werbungskosten angefallen sind. Die einzelnen Steuersysteme unterschieden sich ausschließlich im Steuersatz, dem zulässigen

Werbungskostenabzug und dem für die Steuererklärung benötigten Zeitaufwand.

#### 5.2 Ergebnisse

Die Mehrzahl der befragten Personen verwendet Entscheidungsheuristiken, statt die Steuerbelastung in den zur Wahl gestellten Systemen zu berechnen und kommt im Ergebnis daher zu einer deutlichen Überschätzung der relativen Wichtigkeit von Steuersatzänderungen und zu einer Unterschätzung der Wichtigkeit von Bemessungsgrundlagenänderungen. Eine besondere Bedeutung bei der Überschätzung der Wirkung von Steuersatzänderungen kommt Darstellungseffekten zu. Wir konnten zeigen, dass die Überschätzung erheblich zunimmt, wenn Informationen über den Steuersatz zuerst genannt werden. Die relative Wichtigkeit des Steuersatzes nahm allein durch diesen Positionseffekt um neun bis zehn Prozentpunkte zu.

Wir konnten zudem zeigen, dass Steuermehreinnahmen für den Staat mit einer Senkung der wahrgenommenen Steuerbelastung für die Steuerpflichtigen einhergehen können. Bei einer simulierten Wahl könnte eine Steuerpolitik mit der Senkung nominaler Steuersätze bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage gegenüber Steuersystemen mit geringerer tatsächlicher Steuerbelastung gewinnen. Die Untersuchung des Einflusses der Befolgungskosten auf die gefühlte Steuerbelastung ergab, dass die Probanden durch die steuerlichen Mitwirkungspflichten im Mittel deutlich stärker belastet werden als durch ihre sonstige Arbeitstätigkeit. So waren die Befragten im Mittel bereit, mehr als das Vierfache des durchschnittlichen Nettostundenlohns für eine Stunde weniger Deklarationstätigkeit zu bezahlen.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist allerdings zu bedenken, dass es sich bei der Conjoint-Analyse um eine Präferenzerhebung handelt, d. h. es werden hypothetische

DIE GEFÜHLTE STEUERBELASTUNG

Zahlungsbereitschaften erfragt. Es ist durchaus möglich, dass sich bekundete Präferenzen und tatsächliches Entscheidungsverhalten unterscheiden, da für die Befragten bei reinen Präferenzerhebungen keine ökonomischen Konsequenzen mit ihren Aussagen verbunden sind. In Experimenten, wie den im folgenden Abschnitt vorgestellten, kann dieses Problem durch Ausgestaltung anreizkompatibler Vergütungen gelöst werden.

# 6 Experimente zur Messung des Arbeitsangebots

#### 6.1 Experimentelles Design

Ökonomische Laborexperimente erlauben es, individuelle Entscheidungen isoliert unter kontrollierten Bedingungen zu betrachten. Auf diese Art und Weise sind im Labor unter Umständen Erkenntnisse möglich, die aus Felddaten nicht gewonnen werden können, weil wichtige Einflüsse auf die Entscheidungen im Feld nicht oder nur unzureichend kontrolliert werden können. Um eine hohe externe Validität zu sichern, wurde ein "real effort"-Experiment durchgeführt, in dem die Probanden eine Arbeit erledigen, für die sie entlohnt werden. Die Arbeit bestand darin, Briefe zu falten und in Umschläge zu stecken. Es handelte sich dabei um Briefe, mit denen später die Akquisition der berufstätigen Versuchspersonen erfolgte. Die Versuchspersonen konnten entscheiden, wie viele Briefe sie falten und wie lange sie arbeiten mochten.

Es wurden insgesamt sechs verschiedene Versuchsanordnungen, sogenannte "Treatments" getestet. Im "Referenz-Treatment" wurde den Versuchspersonen ein Nettoeinkommen von 9 Cent/Brief genannt, das sie pro fertig eingetütetem und verschlossenem Brief erhielten. Im 25 %-Treatment wurde eine Arbeitseinkommensbesteuerung eingeführt. Den Versuchspersonen wurde ein Bruttobetrag von 12 Cent pro Brief genannt und ihnen gleichzeitig mitgeteilt, dass von diesem

Betrag 25 % Steuern einbehalten werden. Auf diese Weise betrug der Nettolohn pro Brief auch im 25 %-Treatment wiederum 9 Cent. Die Arbeitsanreize sollten deshalb im 25 %-Treatment genauso hoch sein wie im Referenz-Treatment. In der dritten Anordnung wurde die Besteuerung ersetzt durch eine "Abgabe" (Abgabe-Treatment). Diese wurde wie folgt eingeführt: Die Versuchspersonen erhielten eine Auszahlung von 9,6 Cent pro Brief, von der 25 % einbehalten wurde, d. h. sie erhielten zunächst 7,2 Cent/Brief. Die einbehaltenen 2,4 Cent/Brief wurden in eine Lotterie eingezahlt, die einen Anteil von 0 % bis 150% der eingezahlten Summe auszahlt, wobei jede Auszahlung gleich wahrscheinlich ist. Im Erwartungswert beträgt die Auszahlung damit  $0.75 \times 2.4$  Cent = 1.8 Cent pro Brief. Damit beträgt die erwartete Nettoauszahlung wiederum 9 Cent. Im vierten Treatment wurde den Versuchspersonen ein Bruttobetrag von 18 Cent pro Brief genannt. Von diesem Betrag wurde eine Steuer in Höhe von 50 % einbehalten (50 %-Treatment).

Im fünften Treatment wurde ein Freibetrag eingeführt, unterhalb dessen nicht besteuert wurde (Freibetrag-Treatment). Die Höhe der Besteuerung und die Höhe des Freibetrags wurden in Abhängigkeit von den Erkenntnissen aus den vorherigen Treatments bestimmt, sodass bei der Arbeitsleistung, die im 25%-Treatment gezeigt wurde, wiederum eine durchschnittliche Steuerbelastung von 25 % entstand. Im sechsten Treatment erhielten die Versuchspersonen als Bruttozahlung erneut 12 Cent pro Brief, allerdings erfolgte die Besteuerung nach einem direkt progressiven Tarif (Progression-Treatment). Dieser fiktive Steuertarif wurde auf Grundlage des deutschen Einkommensteuertarifs gemäß § 32a EStG entwickelt und enthielt einen Freibetrag, zwei Progressionsstufen mit linear ansteigenden Grenzsteuersätzen und einer Proportionalzone.

DIE GEFÜHLTE STEUERBELASTUNG

#### 6.2 Ergebnisse

Es zeigte sich, dass die Versuchspersonen in den 25 % und 50 % Anordnungen ihre Arbeitsleistung gegenüber der Referenzanordnung steigerten, obwohl in allen drei Anordnungen der Nettolohn identisch war. Dieser Anstieg kann auf eine Bruttoeinkommensillusion zurückgeführt werden. Anstatt des tatsächlichen Nettoeinkommens legen die Probanden offensichtlich bei ihrer Arbeitsangebotsentscheidung den Bruttolohn zugrunde und behandeln diesen, als sei der Steuerkeil Bestandteil ihres Einkommens. Dieser Effekt konnte ebenfalls im Abgabe-Treatment beobachtet werden, bei dem der Bruttolohn 9,6 Cent/Brief betrug. Die erwartete Nettoentlohnung war jedoch mit der Vergütung aus den beiden anderen Treatments identisch. Im Vergleich zum Referenz-Treatment arbeiteten die Probanden im Abgabe-Treatment mehr, allerdings weniger als im 25%-Treatment. Diese Beobachtung unterstreicht den beobachteten Effekt, da die "Preisauszeichnung" im 25 %-Treatment mit 12 Cent/Brief höher ausfiel.

Der Effekt der Bruttoeinkommensillusion impliziert, dass eine höhere Bruttoentlohnung – hervorgerufen durch eine höhere Besteuerung – zu einem höheren Arbeitsangebot führt. Demzufolge sollte das Arbeitsangebot im 50 %-Treatment, bei dem der Bruttolohn 18 Cent/Brief betrug, im Vergleich zum 25 %-Treatment steigen. Im Ergebnis fiel das Arbeitsangebot allerdings geringer aus. Ursache dafür scheint eine Art von Steueraversion zu sein. Diese bewirkt, dass die Probanden bei steigenden Steuersätzen einen geringeren Arbeitsanreiz haben, und wirkt dem Effekt der Bruttoeinkommensillusion entgegen.

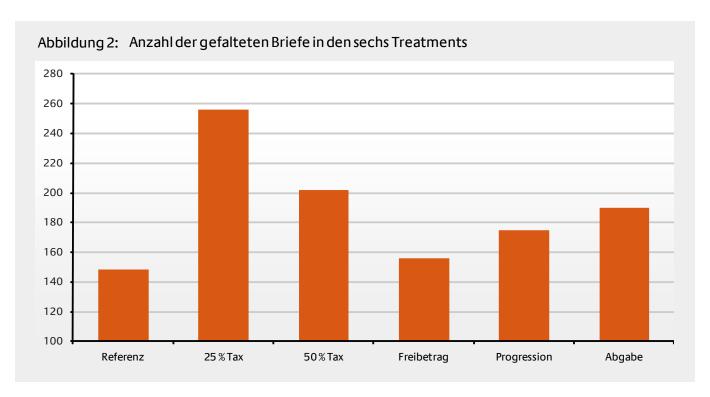
Im Freibetrag-Treatment erfolgte die Besteuerung mit einem Satz von 50 % oberhalb eines Freibetrags von 13,50 €. Der Steuertarif im Progression-Treatment enthielt einen Freibetrag, zwei Progressionsstufen mit linear ansteigenden Grenzsteuersätzen und eine Proportionalzone. In jedem Treatment erhielten die Versuchspersonen als Bruttoentlohnung 12 Cent/Brief. Bei Existenz einer Bruttoeinkommensillusion sollte demnach das Arbeitsangebot ähnlich dem im 25 %-Treatment sein. Im Ergebnis zeigte sich allerdings, dass die Arbeitsleistungen geringer ausgefallen sind.

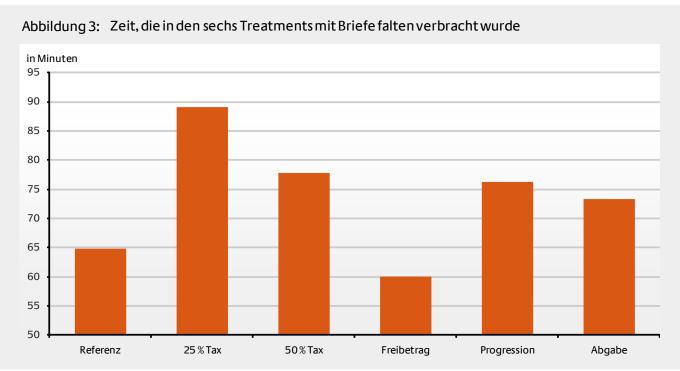
Eine Begründung für die geringere Arbeitsleistung im Freibetrag- und Progression-Treatment könnte erneut eine Art von Steueraversion sein. Hinsichtlich der Steueraversion lassen sich insgesamt folgende Schlussfolgerungen ziehen: Die Steueraversion ist umso größer, (1) desto höher der Steuersatz ist, mit dem der Proband konfrontiert wird und (2) desto schneller der Durchschnittssteuersatz ansteigt. Es zeigte sich auch, dass der Effekt der Steueraversion umso stärker ausgeprägt ist, je höher das Haushaltseinkommen des Probanden ist. Dagegen ist der Effekt der Bruttoeinkommensillusion bei diesem Typ weniger stark ausgeprägt. Die Möglichkeit, dass selbst einfache Besteuerungsformen mit konstanten Grenzsteuersätzen verzerrt wahrgenommen werden können, ist bisher in der Literatur nicht beschrieben. Der Zusammenhang zwischen Wahrnehmung, Erfahrung und Steuertarifgestalt ist durch unsere Experimente keineswegs befriedigend ausgeforscht. Unsere Experimente zeigen vielmehr, dass in dieser Hinsicht noch erheblicher Forschungsbedarf besteht.

#### 7 Fazit

Die vorliegende Untersuchung beleuchtet das Thema der gefühlten Steuerbelastung mit unterschiedlichen, sich ergänzenden Methoden. Kurz zusammengefasst ist die Botschaft, dass die Wirkung einer Steuer auf die Besteuerten nicht allein von der Ausgestaltung des Steuertarifs abhängt, sondern entscheidend auch davon bestimmt ist, wie die Zensiten die Besteuerung wahrnehmen. Die ökonomische Steuerwirkungslehre hat diesem Aspekt bisher sehr wenig bis gar keine Aufmerksamkeit

Die gefühlte Steuerbelastung





geschenkt. Unsere Ergebnisse zeigen, dass dies ein gravierendes Versäumnis ist. Insgesamt zeichnet sich das folgende, sehr schlüssige Bild ab: Für die subjektiv empfundene Abgabenbelastung ist das Label, der Name einer Abgabe, wie auch ihre Zweckbestimmung und deren Bewertung durch die Zensiten bedeutsam. Je klarer das Abgaben-bzw. Besteuerungsziel gefasst ist

DIE GEFÜHLTE STEUERBELASTUNG

und je mehr sich der Besteuerte mit diesem Ziel identifizieren kann, umso geringer ist die subjektiv empfundene "Netto-Abgabenlast". Dies gilt nach unserer Untersuchung sowohl für Steuern als auch für Sozialabgaben und im Wesentlichen für alle Gruppen von Abgabenpflichtigen. Die subjektive Belastung durch einen "Bildungszuschlag", der mit einer konkreten Affektation für verschiedene Bildungszwecke verbunden wurde, war im Durchschnitt sogar negativ. Umgekehrt erhöht eine eher lose Zweckbindung die subjektive Abgabenlast; gleiches dürfte für die Bindung an einen Zweck gelten, der auf wenig Zustimmung trifft. Allerdings wird die Wirkung des Labels und der Affektation durch einen "Crowding-Out"-Effekt begrenzt: Die relative Belastung durch einen Krankenversicherungsbeitrag im Vergleich zur Lohnsteuer wurde durch die gleichzeitige Erhebung eines Bildungszuschlags erhöht.

Die Bedeutung der Steuerwahrnehmung wird auch bei der Untersuchung des Einflusses der Steuerkomplexität auf die gefühlte Steuerlast deutlich. Nominalsteuersatzveränderungen sind leichter wahrzunehmen und zu interpretieren als Veränderungen der Bemessungsgrundlage. Die Folge ist eine Überschätzung der Auswirkungen von Steuersatzänderungen und eine Unterschätzung der Wirkungen von Veränderungen der Bemessungsgrundlage. Aber nicht nur die Nominalsteuersätze als solche sind für die Steuerwahrnehmung und damit für die gefühlte Steuerlast verantwortlich, sondern auch die Art ihrer Darstellung. Je prominenter Steuersätze dargeboten werden, umso eher werden sie perzipiert und beeinflussen dann die gefühlte Steuerlast. Wie bedeutsam die Darstellung von Steuersätzen ist, wird auch durch den Befund unterstrichen, dass Steuerpflichtige die Beschäftigung mit Steuerfragen als sehr hohe Belastung empfinden. Man kann es auch anders ausdrücken: Die Steuerzahler haben eine Abneigung dagegen, sich mit Fragen der Besteuerung befassen zu müssen. Das impliziert, dass auch die Bereitschaft zur unvoreingenommenen und unverzerrten

Wahrnehmung der "Steuerrealität" nicht sehr ausgeprägt ist. Wenn jemandem die tatsächliche Steuerwirkung verständlich gemacht werden soll, dann ist es dazu notwendig, Barrieren und Widerstände zu überwinden.

Die experimentellen Resultate stehen in voller Übereinstimmung mit den Befragungsergebnissen. Es zeigt sich, dass für die Wirkung einer Steuer ihre Wahrnehmung entscheidende Bedeutung hat. So konnte gezeigt werden, dass dann, wenn die Besteuerung eine gleichmäßige Begleiterscheinung der Einkommenserzielung ist, d.h. mit konstantem Grenzsteuersatz über die gesamte Bemessungsgrundlage hinweg erfolgt, eine Bruttolohnillusion entsteht. Die Besteuerten orientieren sich bei der Arbeitsangebotsentscheidung nicht am Nettolohn, sondern nehmen den Steuerkeil wahr, als sei er Bestandteil des Nettolohnes. Zwar verstärkt sich dieser Effekt nicht mit wachsendem Steuersatz, aber selbst bei einer Besteuerung mit 50 % ist die Bruttolohnillusion ein signifikanter Einfluss und führt zu einem erhöhten Arbeitsangebot.

Erst wenn die Besteuerung prominenter eingeführt wird und die Besteuerten gewissermaßen auf die Steuerzahlung "gestoßen" werden, wird deutlich, dass es neben der Bruttolohnillusion auch das Phänomen der Steueraversion gibt. So führt eine bewusst erlebte Besteuerung zu einem reduzierten Arbeitsangebot selbst bei annähernd gleichen Nettoeinkommensmöglichkeiten. Dabei zeigt sich sehr deutlich, dass neben der Steuerwahrnehmung auch die Erfahrung mit Besteuerung eine wichtige Rolle spielt. Diejenigen, die aufgrund ihres Einkommens hohen Einkommensteuerbelastungen ausgesetzt sind, nehmen die Besteuerung eher und deutlicher wahr und sie zeigen eine deutlich stärkere Steueraversion als diejenigen, für die die Besteuerung ihrer Arbeitseinkommen nicht zu den Alltagserfahrungen gehört.

Ursachenanalyse der Verschiebung in der funktionalen Einkommensverteilung

# Ursachenanalyse der Verschiebung in der funktionalen Einkommensverteilung

### Forschungsgutachten des ZEW Mannheim im Auftrag des BMF

1	Einleitung	71
	Fragestellung der Studie	
	Ergebnisse	
	Entwicklung der Arbeitseinkommensquote insgesamt und nach Sektoren	
	Bedeutung des Strukturwandels und der Lohnentwicklung	
	Internationaler Vergleich	
	Fazit und Ausblick	

- Die Arbeitseinkommensquote in Deutschland ging seit Mitte der 1980er Jahre tendenziell zurück. Im internationalen Vergleich ist Deutschland dabei kein Einzelfall.
- Die rückläufige Tendenz der Quote hat viele Ursachen: Strukturwandel von einer industriell geprägten Volkswirtschaft hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft, Lohnzurückhaltung, Einbindung in die internationale Arbeitsteilung.
- Seit 2008 scheint der Rückgang der Arbeitseinkommensquote vorerst gestoppt. Im Jahr 2009 stieg die Quote – konjunkturell bedingt – deutlich an.

### 1 Einleitung

Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise kam es sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene zu einer Debatte über die Exportorientierung Deutschlands. Demnach stehe der Stärke im Exportsektor eine vergleichsweise schwache Binnenwirtschaft gegenüber. In diesem Zusammenhang wird häufig das Argument angeführt, dass der Anstieg der Arbeitseinkommen in Deutschland in der Vergangenheit nicht stark genug gewesen sei, um dem privaten Konsum spürbare Impulse zu verleihen.

Bereits seit Mitte der 1980er Jahre ist in Deutschland zu beobachten, dass die Arbeitseinkommensquote – definiert als Anteil des gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommens am Volkseinkommen – tendenziell rückläufig ist.¹ Aufgrund der Komplexität der ökonomischen Zusammenhänge, die dem Absinken der Arbeitseinkommensquote zugrunde liegen, gibt es jedoch keine eindimensionale Erklärung für diese Entwicklung – es besteht wissenschaftlicher Aufklärungsbedarf

Ein Forschungsgutachten des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim (ZEW), das im Auftrag des BMF erstellt wurde, untersucht, welche Faktoren die Entwicklung der Arbeitseinkommen

<sup>1</sup>Der Unterschied zwischen der Arbeitseinkommensquote und der häufig zitierten Lohnquote besteht darin, dass die Einkommen Selbstständiger ebenfalls als Arbeitseinkommen berücksichtigt sind, während sie bei der Berechnung der Lohnquote den Kapitaleinkommen zugerechnet werden.

Ursachenanalyse der Verschiebung in der funktionalen Einkommensverteilung

beeinflusst haben.<sup>2</sup> In diesem Artikel werden die wichtigsten Ergebnisse des Gutachtens zusammengefasst. Aus finanzpolitischer Sicht sind entsprechende Erkenntnisse auch für die Prognose des Steueraufkommens relevant, das unter anderem von der Entwicklung der Arbeitseinkommen abhängt.

### 2 Fragestellung der Studie

Das Gutachten beginnt mit einer deskriptiven Betrachtung der Arbeitseinkommensquote in Deutschland. Dabei wird auch eine Analyse nach einzelnen Wirtschaftsbereichen vorgenommen. So ist unter anderem aufgrund der unterschiedlich ausgeprägten Arbeitsintensität zu erwarten, dass sich die Entwicklung der Arbeitseinkommen nach Wirtschaftsbereichen differenziert darstellt. Darüber hinaus wird in einem internationalen Vergleich untersucht, ob der Rückgang der Arbeitseinkommensquote in Deutschland eine Sonderentwicklung darstellt oder ob in anderen Industrieländern eine vergleichbare Tendenz festzustellen ist.

An diese umfassende Bestandsaufnahme knüpft eine Ursachenanalyse an: Welche Faktoren haben dazu geführt, dass die Arbeitseinkommensquote tendenziell gefallen ist? Prinzipiell kommt eine Vielzahl von Erklärungen in Frage: Zunächst ist die Rolle einer veränderten Beschäftigungsstruktur zu untersuchen. Deutschland wandelt sich zunehmend zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft. Dadurch steigt die erbrachte Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich stärker an als in der Industrie. Aufgrund der hohen Beschäftigungsintensität ist jedoch die Arbeitseinkommensquote in den Dienstleistungsbereichen produktivitätsbedingt vergleichsweise

<sup>2</sup> ZEW Mannheim: "Ursachenanalyse der Verschiebung in der funktionalen Einkommensverteilung in Deutschland", Oktober 2009.

gering. In einem hypothetischen Szenario ist daher zu überlegen, wie sich die Arbeitseinkommensquote entwickelt hätte, wenn keine Verschiebung der Wertschöpfungsanteile vom Verarbeitenden Gewerbe in den Dienstleistungssektor erfolgt wäre. Ein weiterer Erklärungsansatz liegt in der Entwicklung der Löhne im Vergleich zur Produktivität. Wenn die Veränderung der realen Arbeitseinkommen dem Produktivitätswachstum entspricht, geht man davon aus, dass die Arbeitseinkommensquote langfristig konstant verläuft. Bei einer fallenden Arbeitseinkommensquote ist daher zu untersuchen, ob das reale Lohnwachstum hinter dem Produktivitätswachstum zurück geblieben ist. Darüber hinaus könnte aus Sicht der ökonomischen Theorie auch die zunehmende internationale Arbeitsteilung ("Globalisierung") dazu beigetragen haben, dass die Arbeitseinkommensquote in Deutschland gefallen ist. So kann beispielsweise die Verlagerung insbesondere arbeitsintensiver Produktion dazu führen, dass der Anteil der Arbeitseinkommen im Inland zurückgeht.

Aufgrund der großen Anzahl möglicher Einflussfaktoren kann nur ein umfassender Erklärungsansatz Licht ins Dunkel bringen. Die Untersuchung dieser Fragestellungen erfolgt daher auf einer breiten empirischen Basis. In der Studie werden sowohl umfangreiche Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für Deutschland ausgewertet als auch Daten ausgewählter Industrieländer im internationalen Vergleich (KLEMS Datenbank).<sup>3</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Die Daten der VGR werden vom Statistischen Bundesamt (www.destatis.de) bereitgestellt und umfassen den Zeitraum 1970–2008. Die KLEMS Datenbank der Europäischen Union beinhaltet nach Wirtschaftsbereichen disaggregierte Daten für 18 Industrieländer im Zeitraum 1970–2005. Eine detaillierte Beschreibung dieser Datenbank ist unter www.euklems.net zu finden.

Ursachenanalyse der Verschiebung in der funktionalen Einkommensverteilung

### 3 Ergebnisse

### 3.1 Entwicklung der Arbeitseinkommensquote insgesamt und nach Sektoren

Die Ergebnisse zeigen, dass die Arbeitseinkommensquote – berechnet auf Grundlage von VGR-Daten – in den Jahren 1991 bis 2008 von etwa 80 % auf etwa 73 % gesunken ist (Abbildung 1). Diese Berechnung erfolgt gemäß der Definition des Sachverständigenrates. Dabei wird der durchschnittliche Verdienst aller Arbeitnehmer für ein bestimmtes Jahr mit der Anzahl aller Erwerbstätigen multipliziert. Es wird unterstellt, dass die Selbständigeneinkommen je Kopf dem Durchschnittsverdienst der abhängig Beschäftigten entsprechen. Die Arbeitseinkommensquote entspricht dann dem Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen. Die Kapitaleinkommen ergeben sich schließlich als die Differenz zwischen Volkseinkommen und Arbeitseinkommen.

Für internationale Vergleiche ist aufgrund der Datenverfügbarkeit eine leicht unterschiedliche Definition üblich, trotzdem ergibt sich hier ein ähnliches Bild. Die international vergleichbare Arbeitseinkommensquote ist in Deutschland ebenfalls gefallen, allerdings war der Rückgang etwas weniger stark: Die Quote ist im Zeitraum 1991 bis 2005 von knapp 70 % auf knapp 65 % gesunken (Abbildung 1).4

Der Rückgang der Arbeitseinkommensquote ist insbesondere auf einen deutlichen Anstieg der Entlohnung des Produktionsfaktors Kapital zurück zu führen. Die Entlohnung des Produktionsfaktors Arbeit ist im gleichen Zeitraum zwar auch angestiegen, der Anstieg war jedoch weniger stark ausgeprägt als bei den Kapitaleinkommen – somit ist die Arbeitseinkommensquote insgesamt rückläufig gewesen.

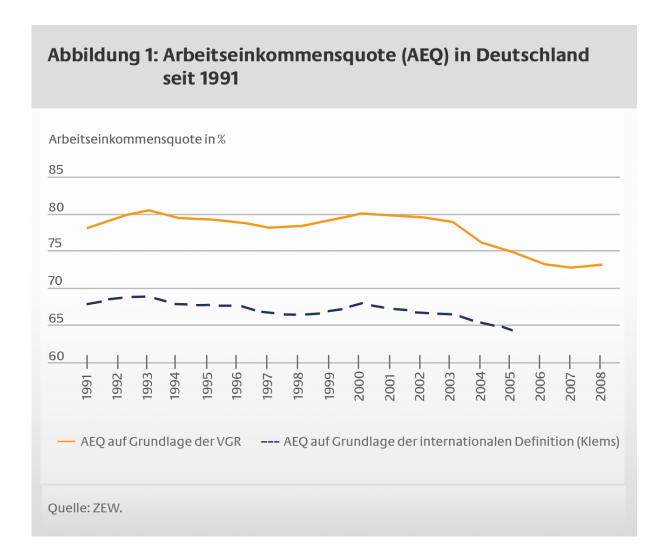
Eine Differenzierung der Untersuchung nach einzelnen Sektoren der deutschen Wirtschaft für den Zeitraum von 1991 bis 2005 verdeutlicht, dass die Entwicklung nach Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich verlaufen ist. So ist die Arbeitseinkommensquote im Sektor "Grundstück- und Wohnungswesen; freiberufliche, wissenschaftliche, technische und sonstige Dienstleistungen" – mit einem Bruttowertschöpfungsanteil von rund 25% im Jahr 2008 der größte Wirtschaftsbereich in Deutschland - deutlich angestiegen. Dagegen war im Verarbeitenden Gewerbe eine ausgeprägte Abwärtsbewegung der Arbeitseinkommensquote zu verzeichnen. Darüber hinaus ist zu sehen, dass sich auch das Niveau der Arbeitseinkommensquote nach Sektoren stark unterscheidet. Während die Quote im Verarbeitenden Gewerbe traditionell auf einem relativ hohen Niveau liegt, sind die Dienstleistungssektoren durch eine niedrige Arbeitseinkommensquote gekennzeichnet.

### 3.2 Bedeutung des Strukturwandels und der Lohnentwicklung

Die Untersuchung nach Wirtschaftsbereichen seit dem Jahr 1970 zeigt, dass die Arbeitseinkommensquote sich im Durchschnitt in den einzelnen Sektoren kaum verändert hat. Es ist also nicht zu beobachten, dass die Quote in einer Vielzahl von Sektoren gefallen wäre. Daraus

<sup>4</sup> Die direkte Übernahme der VGR-Definition ist für einen internationalen Vergleich nicht möglich. Die in den VGR ermittelte Größe des Volkseinkommens wird in entsprechender Form international nicht erhoben. Ausgehend von der Datenverfügbarkeit und der Verwendung der KLEMS Datenbank ergeben sich für die Analyse damit folgende Änderungen am Ausgangskonzept: Als Arbeitseinkommensgröße wird die Messgröße "Labor Compensation" verwendet. Die Gesamteinkommensgröße wird in entsprechenden Analyseteilen durch die Bruttowertschöpfung angegeben.

Ursachenanalyse der Verschiebung in der funktionalen Einkommensverteilung

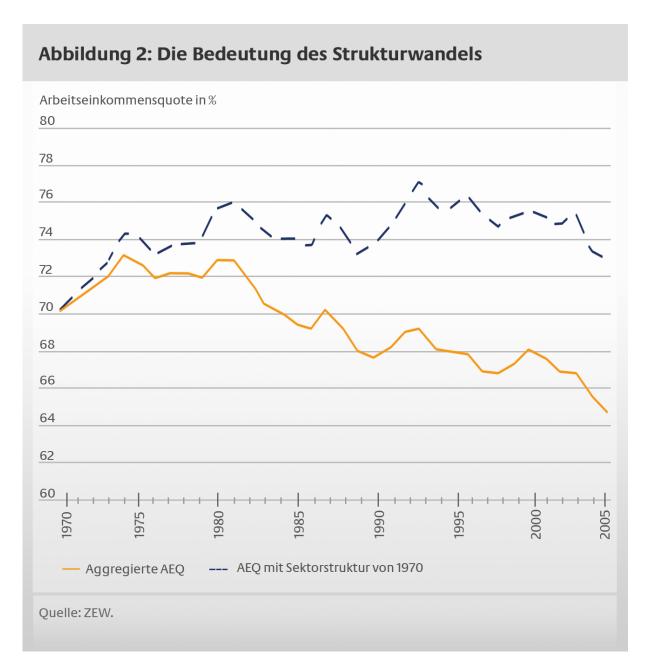


lässt sich schließen, dass der rückläufige Trend der gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommensquote im Wesentlichen auf eine Verschiebung zwischen den Sektoren zurück zu führen ist: Deutschland hat sich von einer industriellen Volkswirtschaft der 1970er Jahre zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft entwickelt. Dieser Strukturwandel hat dazu geführt, dass industrielle Sektoren, in denen die Arbeitseinkommensquote traditionell hoch ist, mehr und mehr an Bedeutung verlieren. Im Gegenzug ist die Bedeutung von dienstleistungsorientierten Sektoren gestiegen, in denen aufgrund der vergleichsweise hohen Beschäftigungsintensität produktivitätsbedingt eine eher geringe Arbeitseinkommensquote vorherrscht.

Insgesamt führt ein überdurchschnittliches Wachstum im Dienstleistungssektor somit im Aggregat zu einer sinkenden Arbeitseinkommensquote.

Dieses Phänomen lässt sich anhand einer "hypothetischen Arbeitseinkommensquote" veranschaulichen, die sich ergeben hätte, wenn die jeweiligen Anteile der Sektoren an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung seit 1970 konstant geblieben wären. Dabei wird deutlich, dass diese hypothetische Arbeitseinkommensquote keinen negativen Trend aufweist (Abbildung 2). Unter der Annahme, dass die Sektorstruktur in Deutschland gleich geblieben wäre, hätte man also kein Absinken der Arbeitseinkommensquote beobachtet. Diese Berechnung verdeutlicht den Einfluss, den

Ursachenanalyse der Verschiebung in der funktionalen Einkommensverteilung



der Strukturwandel auf die Entwicklung in Deutschland gehabt hat und vermutlich immer noch hat.

Auch die Produktivitätsentwicklung ist mit Bezug auf die Arbeitseinkommensquote von besonderer Bedeutung, da die Wirkung von Produktivitätssteigerungen auf die Lohnentwicklung den Anteil des Faktors Arbeit am Wirtschaftswachstum beeinflusst. Wenn die Veränderung der realen Arbeitseinkommen dem Produktivitätswachstum entspricht, geht man davon aus, dass die Arbeitseinkommensquote langfristig konstant verläuft. Bei einer fallenden Arbeitseinkommensquote ist daher zu vermuten, dass das reale Lohnwachstum hinter dem Produktivitätswachstum zurückgeblieben ist.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass in Deutschland die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung zwischen 1978 und 2005 tendenziell unterhalb der

Ursachenanalyse der Verschiebung in der funktionalen Einkommensverteilung

Produktivitätsentwicklung verlaufen ist. Besonders deutlich ist dieses Phänomen in den Jahren 1999 bis 2005. In diesem Zeitraum verlangsamte sich die Wachstumsrate der Arbeitseinkommen wesentlich schneller als das Produktivitätswachstum. Dieser Verlauf dürfte Ausdruck einer deutlichen Lohnzurückhaltung sein. Allerdings ergibt eine Differenzierung nach Sektoren erneut ein uneinheitliches Bild: Während die Lohnzurückhaltung - gemessen an der Produktivitätsentwicklung - im Verarbeitenden Gewerbe stark ausgeprägt war, entwickelten sich z.B. im Bausektor die Löhne ab Anfang der 1990er Jahre durchgehend über dem Produktivitätsniveau.

### 3.3 Internationaler Vergleich

Ein Vergleich der Arbeitseinkommensquote in Deutschland mit dem Verlauf in anderen Industrieländern zeigt, dass die Entwicklung in Deutschland kein Einzelfall ist. So weisen in den Jahren 1991 bis 2005 beispielsweise Frankreich, Italien, Japan und die USA ebenfalls Arbeitseinkommensquoten mit fallender Tendenz auf. Dieses Ergebnis kann als Anzeichen dafür gewertet werden, dass die Entwicklung in Deutschland nicht allein auf binnenwirtschaftliche Ursachen zurück zu führen ist: Vielmehr scheint der Rückgang der Arbeitseinkommensquote auch globale Ursachen zu haben.

Weiterführende makroökonomische Untersuchungen auf Basis der KLEMS Datenbank zeigen, dass der wichtigste Bestimmungsgrund für den Verlauf der Arbeitseinkommensquote im Durchschnitt der betrachteten Länder der technische Fortschritt ist. Die empirischen Analysen kommen zu dem Ergebnis, dass der technische Fortschritt – gemessen in Form der Entwicklung der totalen Faktorproduktivität – einen signifikant negativen Einfluss auf die Arbeitseinkommensquote ausübt. Auch die zunehmende Einbindung eines Landes in die internationale Arbeitsteilung – gemessen anhand eines Indikators für die Offenheit gegenüber dem Welthandel – hat einen negativen Effekt auf die Arbeitseinkommensquote.

Bei der Untersuchung der Bedeutung von Arbeitsmarktinstitutionen hinsichtlich einer möglichen Wirkung auf die Arbeitseinkommenquote ergibt sich ein uneinheitliches Bild. Während eine Erhöhung der Auszahlungshöhe der Arbeitslosenversicherung insgesamt leicht negativ wirkt, können für einen gestiegenen gewerkschaftlichen Abdeckungsgrad – zumindest kurzfristig – positive Effekte nachgewiesen werden. Alles in allem bleibt der vorherrschende Effekt jedoch der technische Fortschritt, dessen signifikanter Einfluss auch bei der Berücksichtigung von verzögerten Wirkungsmechanismen und Interaktionen zwischen verschiedenen erklärenden Variablen bestehen bleibt.

### 4 Fazit und Ausblick

Das vorliegende Forschungsgutachten beschreibt und analysiert die Dynamik der Arbeitseinkommensquote für Deutschland im internationalen Vergleich. Die Untersuchung hat gezeigt, dass die rückläufige Tendenz der Quote viele Ursachen hat. So haben unter anderem der Strukturwandel und die Lohnzurückhaltung einen Einfluss gehabt. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass auch eine gestiegene Offenheit gegenüber dem Welthandel und der technologische Wandel einen negativen Effekt auf die Arbeitseinkommensquote haben können. Einschränkend ist jedoch anzumerken, dass diese Effekte nur im Durchschnitt über alle betrachteten Länder gelten, Schlussfolgerungen für einzelne Länder lassen sich daraus nicht unbedingt ableiten.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Eine Ausnahme bildet dagegen das Vereinigte Königreich: Hier fiel die Arbeitseinkommensquote von 1991 bis 1997, stieg jedoch bis 2005 kontinuierlich an und erreichte beinahe wieder ihr Ausgangsniveau.

Ursachenanalyse der Verschiebung in der funktionalen Einkommensverteilung

Aus heutiger Sicht ist anzumerken, dass der zum Ende der Analyseperiode in Deutschland beobachtete Rückgang der Arbeitseinkommensquote seit dem Jahr 2008 vorerst gestoppt wurde. Dies ist vor allem konjunkturell bedingt: Erfahrungsgemäß reagiert die Beschäftigung erst mit zeitlicher Verzögerung auf Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Dadurch bleiben die Arbeitnehmerentgelte im Falle eines Abschwungs zunächst noch auf einem vergleichsweise hohen Niveau, während die Kapitaleinkommen deutlich absinken. Im Aufschwung hingegen steigen die Kapitaleinkommen typischerweise bereits

zu einem früheren Zeitpunkt an als die Arbeitseinkommen.

Entsprechend des vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten ersten vorläufigen Jahresergebnisses ist das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2009 preisbereinigt um 5,0 % gesunken (gegenüber dem Vorjahr). Dabei sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen drastisch eingebrochen (-11,0 %), während die Arbeitnehmerentgelte nur leicht zurückgingen (-0,2 %). Im Jahr 2009 ist somit auch die Arbeitseinkommensquote deutlich angestiegen.

DIE VERSICHERUNG- UND FEUERSCHUTZSTEUER

### Die Versicherung- und Feuerschutzsteuer

### Ab 1. Juli 2010 in bundeseigener Verwaltung

1	Verwaltungskompetenz des Bundes	78
2	Feuerschutzsteuer	79
3	Auswirkungen auf den Versicherungsnehmer	80
4	Auswirkungen auf Versicherer, Versicherungsunternehmen	80

- Die Föderalismusreform II hat Anstoß zur Kompetenzentflechtung gegeben.
- Die Versicherung- und Feuerschutzsteuer wird ab dem 1. Juli 2010 nicht mehr von den Finanzämtern der Länder, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern verwaltet.
- Materiellrechtlich sind Versicherung- und Feuerschutzsteuer besser voneinander abgrenzbar ausgestaltet worden.

### 1 Verwaltungskompetenz des Bundes

Der Bundesgesetzgeber hat auf der Basis des Vorschlags der Föderalismuskommission II im Jahr 2009 beschlossen, die Versicherungsteuer sowie die mit ihr eng verbundene Feuerschutzsteuer in die Verwaltungsverantwortung des Bundes zu übergeben. Auf Basis des Art. 108 Abs. 4 GG wurde dem Bundeszentralamt für Steuern mit Wirkung zum 1. Juli 2010 die Verwaltungskompetenz für die Versicherungund die Feuerschutzsteuer übertragen.¹

Gegenwärtig werden die genannten Steuern für die einzelnen Unternehmen durch die jeweils örtlichen Finanzämter der Länder administriert. Dies ist viel Verwaltungsaufwand für die im Vergleich zur Einkommen-, Lohn-, Körperschaft- und Umsatzsteuer geringe Anzahl von Steuerfällen bei der Versicherungsteuer (rund 2000) und

bei der Feuerschutzsteuer (rund 1200). Durch die Bündelung dieser Verwaltungsaufgaben beim Bundeszentralamt für Steuern werden die für diese in den einzelnen Länderverwaltungen vergleichsweise wenigen Steuerfälle mehrfach eingerichteten Personal- und IT-Strukturen obsolet. Auch die betroffenen Steuerpflichtigen beziehungsweise Steuerentrichtungsschuldner profitieren von einem zentralen und kompetenten Ansprechpartner. Schließlich führt die personelle Konzentration der Bearbeitung einerseits zu einer Steigerung der Professionalisierung, und andererseits auch zu einem gleichmäßigeren und gerechteren Steuervollzug. Bei der Versicherungsteuer, an der der Bund nach wie vor die alleinige Ertragskompetenz besitzt, konnte mit der Verständigung in der Föderalismuskommission II das Zusammenführen von Ertrags- und Verwaltungskompetenz erreicht und dadurch ein Konfliktfeld zwischen Bund und Ländern beseitigt werden. Hiermit wurde nach der Föderalismusreform I ein weiterer Beitrag zur Kompetenzentflechtung geleistet.

Bei der Feuerschutzsteuer hätte eine vergleichbare Lösung nahe gelegen, die aber politisch nicht mehrheitsfähig war.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Vgl. die Neufassung des § 5 Abs. 1 Nr. 25 FVG durch Artikel 6 des Begleitgesetzes zur zweiten Föderalismusreform vom 10.8.2009, BGBl. I S. 2702.

DIE VERSICHERUNG- UND FEUERSCHUTZSTEUER

Tabelle 1: Feuerschutzsteuer

Der Feuerschutzsteuer unterliegen nach §1 Abs. 1 FeuerschStG	Bemessungsgrundlage nach § 3 Abs. 1 FeuerschStG ist	Steuersatz nach § 4 FeuerschStG
Feuerversicherungen einschl. Feuer- Betriebsunterbrechungsversicherungen;	ein Anteil von 40 % des Versicherungsentgelts;	22%
Wohngebäudeversicherungen, bei denen die Versicherung teilweise auf Gefahren entfällt, die Gegenstand einer Feuerversicherung sein können;	ein Anteil von 14% des Gesamtbetrages des Versicherungsentgelts;	19%
Hausratversicherungen, bei denen die Versicherung teilweise auf Gefahren entfällt, die Gegenstand einer Feuerversicherung sein können.	ein Anteil von 15 % des Gesamt betrages des Versicherungsent gelts.	19%

Die inhaltlichen Verknüpfungen zwischen Versicherung- und Feuerschutzsteuer und die geringe Fallzahl gebieten aus verwaltungsökonomischen Gründen, beide Steuern von demselben Personal verwalten zu lassen. Mit der Übertragung der Verwaltungskompetenz für die Versicherungsteuer auf den Bund war es nur folgerichtig, gleiches auch für die Feuerschutzsteuer vorzusehen. Demgegenüber ist allerdings die Ertragskompetenz bei den Ländern verblieben, da Kommunen und Feuerwehrverbände die Finanzausstattung für den Brand- und Katastrophenschutz, die in zahlreichen Bundesländern mit dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer rechtlich verknüpft ist, gesichert wissen wollten. Diese Verknüpfung wäre im Falle einer Übertragung der Ertragskompetenz auf den Bund mit anschließender Abschaffung der Feuerschutzsteuer durch die geplante Integrierung in die Versicherungsteuer hinfällig geworden.

2 Feuerschutzsteuer

Mit Blick auf die unterschiedlichen Ertragskompetenzen und zur eindeutigen Abgrenzung der Versicherungsteuer von der Feuerschutzsteuer wurden im Versicherungsteuer- und Feuerschutzsteuergesetz neue Festlegungen getroffen. Hiernach unterliegt der Feuerschutzsteuer ab dem 1. Juli 2010 die Entgegennahme des Versicherungsentgelts nur aus den in der Tabelle 1 aufgelisteten Versicherungen, wenn die versicherten Gegenstände sich bei der Entgegennahme des Versicherungsentgelts im Geltungsbereich des Feuerschutzsteuergesetzes befinden.

Das Versicherungsentgelt aus Versicherungen, die nicht in § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 FeuerschStG genannt werden, die jedoch teilweise auf Gefahren entfallen, die Gegenstand einer Feuerschutzsteuer sein können, unterliegt nicht der Feuerschutzsteuer (z. B. Kernanlagensachversicherung, Terrorversicherung).

Um sicherzustellen, dass das Aufkommen der Feuerschutzsteuer nicht unter den Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2011 sinkt, werden die Bemessungsgrundlagen des § 3 Abs. 1 FeuerschStG durch Rechtsverordnung der Bundesregierung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, ab dem Jahr 2012 jährlich angepasst, wobei die Bemessungsgrundlagen nach § 5 Absatz 1 Nr. 3 Versicherungsteuergesetz entsprechend anzupassen sind².

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Vgl. im Einzelnen die in Artikel 12 des Begleitgesetzes zur zweiten Föderalismusreform (Fußnote 1) enthaltenen Änderungen des Feuerschutzsteuergesetzes.

DIE VERSICHERUNG- UND FEUERSCHUTZSTEUER

## 3 Auswirkungen auf den Versicherungsnehmer

Die Versicherungsnehmer werden durch den Übergang der Verwaltungskompetenz von den Ländern auf den Bund nicht betroffen. Ihre Versicherungsverträge bleiben hiervon unberührt. Die materiellen Rechtsänderungen wurden beitragsneutral gestaltet, indem nicht nur Steuersätze, sondern zugleich auch die Bemessungsgrundlagen in beiden Steuerarten geändert wurden.

- 4 Auswirkungen auf Versicherer, Versicherungsunternehmen
- 1. Die Steueranmeldungen sind ab der Anmeldung für den Juni 2010 bzw. für das zweite Quartal 2010 (einzureichen bis zum 15. Juli 2010) beim Bundeszentralamt

- für Steuern, 53221 Bonn abzugeben. Die hierfür erforderlichen neuen Anmeldevordrucke werden rechtzeitig auch auf der Internetseite des Bundeszentralamtes für Steuern zum Download zur Verfügung gestellt.
- 2. Für diese Steueranmeldungen werden neue Steuernummern ausgegeben. Das Bundeszentralamt für Steuern wird diese den bisher erfassten Steuerpflichtigen mit der neuen Bankverbindung frühzeitig, voraussichtlich im Mai 2010, jeweils mitteilen.
- 3. Erteilte Ermächtigungen zum Lastschrifteinzug gelten aufgrund der neuen Bankverbindung nicht fort, sondern müssen neu erteilt werden. Ein hierfür gestaltetes Formblatt wird zusammen mit der Steuernummernmitteilung übersandt.

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2009

### Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2009

1	Bundesstaatlicher Finanzausgleich	81
	Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern	
	Länderfinanzausgleich	
	Bundesergänzungszuweisungen.	
	Ergebnisse 2009	

- Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich im Jahr 2009 in einem deutlichen Rückgang der Steuereinnahmen der Länder (einschließlich Gemeinden) und einer Verringerung der relativen Steueraufkommensunterschiede zwischen den Ländern niedergeschlagen.
- Im Ergebnis sind die Ausgleichsvolumina auf allen Stufen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gesunken.
- Der bundesstaatliche Finanzausgleich ist auch in schwierigem wirtschaftlichen Umfeld seiner Aufgabe gerecht geworden.

## 1 Bundesstaatlicher Finanzausgleich

Der bundesstaatliche Finanzausgleich (aufeinander aufbauend:
Umsatzsteuerverteilung,
Länderfinanzausgleich und
Bundesergänzungszuweisungen) hat die Aufgabe, alle Länder finanziell in die Lage zu versetzen, ihre verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen und somit auch ihre Eigenstaatlichkeit zu entfalten. Durch die Annäherung der Einnahmen der Länder soll die Herstellung und Bewahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle Einwohner im Bundesgebiet ermöglicht werden.

Die Grundzüge des Finanzausgleichs sind im Grundgesetz festgelegt. Seine konkrete Ausgestaltung erfolgt durch einfache Gesetze: Das abstrakt gehaltene Maßstäbegesetz konkretisiert die betreffenden finanzverfassungsrechtlichen Regelungen und bildet die Grundlage für das Finanzausgleichsgesetz, das die Einzelheiten des Finanzausgleichs bestimmt. Maßstäbegesetz und Finanzausgleichsgesetz

gelten seit 2001 beziehungsweise 2005 und sind bis Ende 2019 befristet.

### 1.1 Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern

In der ersten Stufe des Ausgleichssystems wird der Länderanteil am Umsatzsteueraufkommen den einzelnen Ländern zugeordnet. Dabei werden höchstens 25 % des Länderanteils an der Umsatzsteuer als sogenannte Ergänzungsanteile verteilt. Sie sind für diejenigen Länder bestimmt, deren Aufkommen aus der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und den Landessteuern je Einwohner unterhalb des Länderdurchschnitts liegen. Dadurch wird die Lücke zwischen den Steuereinnahmen steuerschwacher Länder und dem Länderdurchschnitt teilweise geschlossen. Die exakte Höhe der Ergänzungsanteile ist abhängig davon, wie stark die Steuereinnahmen je Einwohner eines Landes unter den durchschnittlichen Steuereinnahmen je Einwohner aller Länder liegen. Der Rest des Länderanteils an der Umsatzsteuer, mindestens 75 %, wird nach der Einwohnerzahl auf alle Länder verteilt. Die Umsatzsteuerverteilung hat auch damit Ausgleichswirkungen.

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2009

### 1.2 Länderfinanzausgleich

Durch den Länderfinanzausgleich, die zweite Stufe des Ausgleichssystems, werden die Einnahmeunterschiede zwischen den Ländern weiter verringert. Die finanzschwachen Länder erhalten Ausgleichszuweisungen, die von den finanzstarken Ländern aufgebracht werden.

Ausgangspunkt für den Länderfinanzausgleich ist die Finanzkraft je Einwohner der einzelnen Länder. Die Finanzkraft eines Landes ist die Summe seiner Einnahmen und anteilig (zu 64 %) die Summe der Einnahmen seiner Gemeinden. Grundsätzlich sollen alle Einnahmearten der Länder und Gemeinden bei der Bestimmung der Finanzkraft berücksichtigt werden. Tatsächlich werden als ausgleichsrelevante Einnahmen nur die Länderanteile an den Gemeinschaftsteuern, die Steuereinnahmen der Länder und anteilig die der Gemeinden in den Länderfinanzausgleich einbezogen.

Grundsätzlich wird ein gleicher Finanzbedarf je Einwohner in allen Ländern angenommen. Für die drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen ist diese Annahme nicht sachgerecht. Stadtstaaten weisen einen deutlich höheren Finanzbedarf je Einwohner auf als Flächenländer. Ihre Einwohnerzahl wird deshalb im Länderfinanzausgleich fiktiv auf 135 % erhöht (Einwohnergewichtung). Ein geringfügig höherer Finanzbedarf ie Einwohner besteht auch in den drei besonders dünn besiedelten Flächenländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Deshalb wird auch ihre Einwohnerzahl im Länderfinanzausgleich fiktiv geringfügig erhöht.

Die exakte Höhe der Ausgleichszuweisungen für ein finanzschwaches Land ist davon abhängig, wie weit seine Finanzkraft je (gewichtetem) Einwohner die durchschnittliche Finanzkraft je Einwohner unterschreitet. Die Lücke zum Durchschnitt wird – auf der Basis eines progressiven Ausgleichstarifs – weiter verringert. Analog dazu ist die Höhe der Ausgleichsbeiträge,

die ein finanzstarkes Land zu leisten hat, davon abhängig, wie weit seine Finanzkraft je Einwohner die durchschnittliche Finanzkraft je Einwohner übersteigt. Symmetrisch zum Ausgleichstarif wird die überdurchschnittliche Finanzkraft anteilig abgeschöpft. Die Regelungen sind im Einzelnen so ausgestaltet, dass sich die Finanzkraftreihenfolge der Länder durch den Länderfinanzausgleich nicht verändern kann.

### 1.3 Bundesergänzungszuweisungen

Bundesergänzungszuweisungen, als dritte Stufe des Ausgleichssystems, sind den Länderfinanzausgleich ergänzende Zuweisungen des Bundes an leistungsschwache Länder. Sie sind ungebundene Mittel und dienen der ergänzenden Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs. Zu unterscheiden ist zwischen allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen und Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen.

### Durch allgemeine

Bundesergänzungszuweisungen wird bei leistungsschwachen Ländern die nach dem Länderfinanzausgleich verbleibende Lücke zur durchschnittlichen Finanzkraft noch weiter verringert. Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen erhalten Länder, deren Finanzkraft je gewichtetem Einwohner nach dem Länderfinanzausgleich unter 99,5 % des Durchschnitts liegt. Die nach Länderfinanzausgleich verbleibende Lücke wird zu 77,5 % aufgefüllt.

#### Die Sonderbedarfs-

Bundesergänzungszuweisungen zielen demgegenüber auf den Ausgleich besonderer Finanzbedarfe leistungsschwacher Länder aufgrund spezifischer Sonderlasten. Ihre Höhe ist unabhängig von den aktuellen Finanzkraftverhältnissen und im Finanzausgleichsgesetz festgeschrieben.

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2009

### 2 Ergebnisse 2009<sup>1</sup>

Die vorläufige Jahresrechnung 2009 über den bundesstaatlichen Finanzausgleich liegt nunmehr vor. Die wichtigsten Ergebnisse sind nachfolgend dargestellt.

Insgesamt ist erkennbar, dass der bundesstaatliche Finanzausgleich im Jahr 2009 deutlich vom massiven Einbruch der Steuereinnahmen als Folge der Wirtschaftsund Finanzkrise geprägt war. Dies zeigt sich bereits auf der ersten Ausgleichsstufe im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung. Deren Volumen betrug im Jahr 2009 insgesamt 7,3 Mrd. € und ist damit erstmals seit Jahren gesunken. Das Umverteilungsvolumen befand sich 2009 auf dem niedrigsten Niveau seit Inkrafttreten des derzeit geltenden Finanzausgleichsgesetzes 2005.

Ursächlich für diese Entwicklung waren zwei Gründe: Zum einen ging das Steueraufkommen (Länderanteile an den Gemeinschaftsteuern – ohne Umsatzsteuer – und Ländersteuern), welches die Bemessungsgrundlage für die Ergänzungsanteile darstellt, im Länderdurchschnitt um 11,5 % im Vergleich zu den Abrechnungsergebnissen des Jahres 2008² zurück. Unter den einzelnen Steuerarten fällt der Rückgang der Körperschaftsteuer mit -54,8 % für die Länder insgesamt besonders stark aus.

Zum anderen haben sich die relativen Steueraufkommensunterschiede zwischen den Ländern im Vergleich zu 2008 deutlich verringert. Bei den steuerstarken Ländern Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg ist das Steueraufkommen je Einwohner überproportional gesunken.

Besonders deutlich wird dies in Hamburg, wo der Höchstwert von 175,1% des Länderdurchschnitts im Jahr 2008 auf 156,8% im Jahr 2009 gefallen ist. Auch Hessen und Baden-Württemberg wiesen im Jahr 2009 mit einem Steueraufkommen je Einwohner von 128,1% beziehungsweise 114,6% des Länderdurchschnitts ein niedrigeres Niveau auf als ein Jahr zuvor, als sie bei 132,3 % beziehungsweise 121,1% lagen. Hingegen konnten Bayern und Nordrhein-Westfalen ihr Steueraufkommen je Einwohner in Prozent des Länderdurchschnitts von 124,6 % beziehungsweise 104,2 % auf 129,6 % beziehungsweise 105,5 % verbessern. Die Tendenz zur Angleichung der relativen Steueraufkommensunterschiede zeigt sich auch bei den steuerschwachen Ländern, insbesondere den neuen Ländern: Gemessen am Länderdurchschnitt je Einwohner lag das Steueraufkommen der neuen Länder (ohne Berlin) vor Umsatzsteuerverteilung 2009 zwischen 46,9 % (Sachsen) und 62,1% (Brandenburg), 2008 betrug die Spanne noch 44,2% (Mecklenburg-Vorpommern) und 55,9% (Brandenburg). Die neuen Länder haben ihren Steuereinnahmenrückstand im Vergleich zum Vorjahr kräftig vermindert.

Im Länderfinanzausgleich – der zweiten Ausgleichsstufe – gab es 2009 fünf Zahlerländer (Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg) und elf Empfängerländer. Nordrhein-Westfalen war damit wieder Zahlerland, nachdem es ein Jahr zuvor erstmals seit 1995 zum Empfängerland geworden war. Größtes Zahlerland war auch 2009 Bayern mit 3,4 Mrd. €, größtes Empfängerland war erneut Berlin mit 2,9 Mio. €.

Auch auf dieser Ausgleichsstufe machte sich die Wirtschafts- und Finanzkrise bemerkbar. Die im Länderfinanzausgleich berücksichtigte Finanzkraft (Länderanteil an den Gemeinschaftsteuern einschließlich Umsatzsteuer, Ländersteuern und zu 64% Gemeindesteuern) war mit - 7,1% im Vergleich zu 2008 rückläufig. Der Rückgang ist insbesondere in Hamburg (- 12,5%), Baden-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Grundlage: vorläufige Jahresrechnung 2009.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Grundlage: Zweite Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2008

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2009

Württemberg (-10,2%) und Hessen (-9,5%) überdurchschnittlich stark ausgefallen, in Bayern (-5,0%) und der Mehrzahl der Empfängerländer unterdurchschnittlich. Diese Entwicklung spiegelt sich in der ausgewiesenen Finanzkraft in Prozent des Länderdurchschnitts vor Finanzausgleich wider: Eine Verschlechterung gegenüber dem Jahr 2008 ist in Baden-Württemberg (von 112,3% auf 108,4% des Länderdurchschnitts), Hamburg (von 108,7% auf 101,5%) und Hessen (von 120,3 % auf 117,0 %) eingetreten, die übrigen Länder konnten ihre relative Position fast durchgehend verbessern. Insgesamt mündete dies in einer Angleichung der Finanzkraft vor Finanzausgleich. Als Folge des Rückgangs der Finanzkraft insgesamt und der Angleichung der jeweiligen relativen Finanzkraft der einzelnen Länder hat sich das Umverteilungsvolumen auch im Länderfinanzausgleich deutlich von 8,3 Mrd. € im Jahr 2008 auf nunmehr 6,9 Mrd. € reduziert.

Damit verbunden war ein Rückgang der Ausgleichsbeiträge bei den Zahlerländern um insgesamt – 16,5 %. So musste Baden-Württemberg im Jahr 2009 rund 40 % weniger in den Länderfinanzausgleich einzahlen als noch 2008, sein Ausgleichsbeitrag verringerte sich um rund 1 Mrd. € auf 1,5 Mrd. €. Hamburg weist den stärksten prozentualen Rückgang des Ausgleichsbeitrags in Höhe von - 86,9 % aus (Rückgang um 320 Mio. € auf 49 Mio. €). Abgesehen von Nordrhein-Westfalen, das im Jahr 2009 seinen Status als Zahlerland wiedererlangt hat, hatte lediglich Bayern eine Zunahme des Ausgleichsbeitrags um 15,0 % zu verzeichnen, da Bayern nur einen unterdurchschnittlichen Rückgang der im Länderfinanzausgleich berücksichtigten Steuern aufwies. Damit führte Bayern im Jahr 2009 knapp 440 Mio. € mehr als im Vorjahr an den Länderfinanzausgleich ab.

Demgegenüber hatten die meisten Empfängerländer geringere Ausgleichszuweisungen zu verzeichnen. Auffällig ist hier insbesondere Niedersachsen, das fast zwei Drittel weniger Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich erhielt als im Jahr 2008 (Rückgang um 200 Mio. € auf 114 Mio. €). Vom Umverteilungsvolumen des Länderfinanzausgleichs entfielen 2009 rund 5,8 Mrd. € und damit 84% auf den West-Ost-Ausgleich. Ein Jahr zuvor betrug dieser Anteil noch 81,4%.

Die Verringerung der Finanzkraftunterschiede zwischen den Ländern wirkte sich auch auf der dritten Ausgleichsstufe aus, d. h. auf die Höhe der allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen. Ihr Volumen sank von 3 Mrd. € im Jahr 2008 auf 2,5 Mrd. €, wobei alle Empfängerländer weniger allgemeine Bundesergänzungszuweisungen erhielten. Größter Empfänger war, wie bereits 2008, Berlin mit 907 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahresniveau von 982 Mio. € entspricht dies einem Rückgang um - 7,7%. Niedersachsen musste aufgrund seiner relativ verbesserten Finanzkraft einen Rückgang der allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen um fast 90 % hinnehmen. Die allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen des Landes sanken dementsprechend von 163 Mio. € im Jahr 2008 auf 18 Mio. €. Nach allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen lag die Finanzkraft der leistungsschwachen Länder zwischen 97,4% (Berlin) und 99,5% (Niedersachsen).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der bundesstaatliche Finanzausgleich auch in schwierigem wirtschaftlichen Umfeld seiner Aufgabe gerecht geworden ist. Alle Länder wurden auch 2009 finanziell in die Lage versetzt, ihre verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen. Obwohl die Auswirkungen der Wirtschaftsund Finanzkrise zu einem deutlichen Rückgang der Steuereinnahmen der Länder geführt haben und es zu einer relativen Verminderung der Finanzkraftunterschiede zwischen den Ländern gekommen ist, haben die Umverteilungsmechanismen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs dazu beigetragen, dass die leistungsschwachen Länder finanziell ausreichend ausgestattet waren und im Vergleich zu 2008 – gemessen am Länderdurchschnitt - sogar eine höhere

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2009

Finanzkraft nach Länderfinanzausgleich aufwiesen. Die absoluten Ausgleichsbeiträge der leistungsstarken Länder Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen gingen zurück. Lediglich Nordrhein-Westfalen und Bayern hatten aufgrund ihrer im Vergleich zu den übrigen Ländern günstigeren Entwicklung der Steuereinnahmen und Finanzkraft höhere Ausgleichsbeiträge zu leisten.

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2009

Tabelle 1: Daten zur horizontalen Umsatzsteuerverteilung, zum Länderfinanzausgleich und zu den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) im Jahr 2009 im Vergleich zu 2008

	Jahr	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH
Steuer der Länder vor Umsatzsteuerausgleich	2009	105,5	129,6	114,6	83,5	128,1	46,9	98,4	47,0	95,0
(je Einwohner in Prozent des Durchschnitts)	2008	104,2	124,6	121,1	82,9	132,3	48,7	95,9	47,6	87,1
Umsatzsteuerausgleich (Differenz zwischen Verteilung nach geltendem	2009	-2 378	-1 661	-1 429	509	-805	2.159	-476	1 222	-219
Recht und vollständiger Verteilung nach Einwohnern) in Mio. €	2008	-2 813	-1 960	-1 683	585	-950	2.319	-432	1 358	45
Finanzkraft in Prozent des	2009	100,3	114,8	108,4	98,9	117,0	87,3	95,0	87,4	95,8
Länderdurchschnitts <sup>1</sup> (vor Finanzausgleich)	2008	99,8	112,4	112,3	97,3	120,3	85,5	94,3	86,2	95,9
Ausgleichsbeiträge und -zuweisungen	2009	-61	-3 370	-1 508	114	-1919	921	295	520	171
im Länderfinanzausgleich in Mio. €	2008	54	-2 923	-2 499	317	-2 470	1 158	374	627	177
Finanzkraft in Prozent des	2009	100,1	105,0	103,3	99,4	105,5	95,4	97,7	95,4	98,0
Länderdurchschnitts <sup>1</sup> (nach Finanzausgleich)	2008	99,9	104,5	104,5	98,6	106,5	94,9	97,4	95,0	98,0
Allgamaina DE7 in Mia. £	2009				18		369	158	209	93
Allgemeine BEZ in Mio. €	2008				163		447	194	245	96
Finanzkraft in Prozent des Länderdurchschnitts <sup>1</sup>	2009				99,5		98,6	99,1	98,6	99,2
(nach Finanzausgleich und allgemeinen BEZ)	2008				99,3		98,5	99,0	98,5	99,2

noch Tabelle 1: Daten zur horizontalen Umsatzsteuerverteilung, zum Länderfinanzausgleich und zu den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) im Jahr 2009 im Vergleich zu 2008

	Jahr	TH	BB	MV	SL	BE	НН	НВ	Insgesamt
Steuer der Länder vor Umsatzsteuerausgleich	2009	47,6	62,1	47,6	85,6	75,9	156,8	100,0	100,0
(je Einwohner in Prozent des Durchschnitts)	2008	46,7	55,9	44,2	81,9	81,2	175,1	101,0	100,0
Umsatzsteuerausgleich (Differenz zwischen Verteilung nach geltendem	2009	1 147	829	842	39	545	-236	-88	±7292
Recht und vollständiger Verteilung nach Einwohnern) in Mio. €	2008	1318	1 141	1 028	90	334	-277	-104	±8219
Finanzkraft in Prozent des	2009	87,2	88,4	84,7	94,0	67,6	101,5	74,3	100,0
Länderdurchschnitts <sup>1</sup> (vor Finanzausgleich)	2008	85,3	87,0	83,5	93,3	67,2	108,7	72,4	100,0
Ausgleichsbeiträge und -zuweisungen	2009	502	506	457	93	2 893	-49	434	±6907
im Länderfinanzausgleich in Mio. €	2008	637	621	538	116	3 140	-371	505	±8263
Finanzkraft in Prozent des	2009	95,3	95,6	94,6	97,3	90,3	100,8	92,0	100,0
Länderdurchschnitts <sup>1</sup> (nach Finanzausgleich)	2008	94,8	95,3	94,3	97,1	90,2	103,5	91,5	100,0
Allgemeine BEZ in Mio. €	2009	201	208	174	48	907		143	2 5 2 7
Aligemente BLZ III Wild. C	2008	245	247	200	58	982		164	3 041
Finanzkraft in Prozent des Länderdurchschnitts <sup>1</sup>	2009	98,6	98,6	98,4	99,0	97,4		97,8	
(nach Finanzausgleich und allgemeinen BEZ)	2008	98,4	98,5	98,3	99,0	97,4		97,7	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Genauer: in Prozent der Ausgleichsmesszahl.

Grundlagen: Zweite Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2008 und vorläufige Jahresrechnung 2009.

 ${\tt Ergebnisse~des~Treffens~der~G7-Finanzminister~und~Zentralbankgouverneure~in~Iqaluit}$ 

### Ergebnisse des Treffens der G7-Finanzminister und -Zentralbankgouverneure in Iqaluit

1	Einleitung	87
2	Schwerpunkte des G7-Treffens	87
2.1	Weltwirtschaft	87
2.2	Finanzmarktregulierung	88
2.3	G20-Rahmenwerk für starkes, ausgewogenes und nachhaltiges Wachstum	88
2.4	Kapitalerhöhungen bei regionalen Entwicklungsbanken und Weltbank	89
2.5	Hilfe für Haiti	89
3	Fazit	89

- Die G7 muss die Voraussetzungen für ein stärkeres globales Wachstum schaffen, um die vor uns liegenden Herausforderungen meistern zu können.
- Der begonnene Prozess der globalen Finanzmarktregulierung ist konsequent fortzusetzen.
- Die G7 bleibt das effektivste Forum, um gerade in Krisenzeiten schnelle und substanzielle Lösungen einzuleiten.

### 1 Einleitung

Am 5. und 6. Februar 2010 traf sich der Kreis der G7-Staaten im kanadischen Igaluit zu einem nach dem Charakter vor allem informellen Treffen der Finanzminister. Das Treffen erfolgte unter kanadischem Vorsitz und war Ausdruck des Neuanfangs bei der G7. Das Hauptaugenmerk lag auf "informeller und gemeinsam" und kam nicht nur durch das Erscheinen aller Teilnehmer in legerer Kleidung zum Ausdruck, sondern vor allem durch offene und substanzielle Diskussionen. Damit war dieses Treffen in der Tat ein "Zurück zu den Wurzeln" des G7-Prozesses. Für die Finanzminister, Zentralbankgouverneure und alle weiteren Teilnehmer des Treffens stand nicht die Abstimmung eines Kommuniqués im Vordergrund, sondern die Konzentration auf Sachthemen.

### 2 Schwerpunkte des G7-Treffens

Das G7-Treffen in Iqaluit legte, von deutscher Seite durch Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble begrüßt, den Schwerpunkt insbesondere auf die Themen "Finanzmarktregulierung", "G20-Rahmenwerk für Entwicklung" und "Kapitalerhöhungen bei den regionalen Entwicklungsbanken". Wie immer nahm auch das Thema "Weltwirtschaft" einen hohen Stellenwert ein sowie ganz aktuell die Unterstützungsmaßnahmen für das von einem verheerenden Erdbeben betroffene Haiti.

#### 2.1 Weltwirtschaft

Die Diskussion war entscheidend von der Frage geprägt, wie der Übergang zu einem selbst tragenden Aufschwung der Weltwirtschaft gesichert werden kann. Dabei wurde allgemein anerkannt, wie wichtig eine ausreichende Kreditvergabe des Finanzsektors

 ${\tt Ergebnisse~des~Treffens~der~G7-Finanzminister~und~Zentralbankgouverneure~in~Iqaluit}$ 

an die Realwirtschaft ist. Zudem stimmten die Teilnehmer überein, dass die Staaten den Exit aus den außergewöhnlichen Maßnahmen in der Geld- und Finanzpolitik sowie auf den Finanzmärkten so gestalten müssen, dass sie den noch unsicheren Aufschwung nicht gefährden, aber rechtzeitig wieder auf eine nachhaltige Politik umschalten. Die Diskussion kann wie folgt zusammengefasst werden: Es gibt ausgesprochen positive Signale für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft, doch bestehen weiterhin erhebliche Risiken und die internationale Staatengemeinschaft ist noch keinesfalls "über den Berg" zu einem nachhaltigen wirtschaftlichem Wachstum.

### 2.2 Finanzmarktregulierung

Das Thema Finanzmarktregulierung wurde mit dem klaren Fokus diskutiert, das Momentum zur Reform aufrecht zu erhalten. In diesem Zusammenhang hat Finanzminister Wolfgang Schäuble auch auf die internationale Finanzmarktkonferenz am 19. und 20. Mai in Berlin verwiesen. Hier werden sich Vertreter von Regierungen und internationalen Organisationen sowie Wissenschaftler den entscheidenden Finanzmarktthemen widmen, um damit wenige Wochen vor dem nächsten G20-Gipfel im Juni im kanadischen Toronto ein politisches Signal zu setzen, dass die Finanzmarktregulierung weiterhin ganz oben auf der Agenda steht.

Bei den Themen "Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise" und "too big to fail" beziehungsweise "too connected to fail" haben die Finanzminister beschlossen, die Verständigung innerhalb der G7 intensiv voranzutreiben und so auch global für Fortschritte zu sorgen: Die Diskussion dieser Themen sei noch in einem vergleichsweise frühen Stadium und geeignete Maßnahmen in diesen Bereichen können zur Stärkung des Finanzsystems beitragen. Darüber hinaus haben alle Teilnehmer bekräftigt, dass die Sicherung eines "level playing field", also die konsistente Umsetzung der global beschlossenen Maßnahmen auf

regionaler und nationaler Ebene, ein zentrales Anliegen bleibt.

Zur Frage "Beteiligung der Finanzinstitute an den Lasten der Krise" stimmten die Finanzminister überein, dass bis zum G20-Gipfel in Toronto eine gemeinsame internationale Lösung angestrebt werden sollte. Dabei ist der Internationale Währungsfonds aufgefordert, rechtzeitig einen Bericht zu denkbaren Instrumenten vorzulegen, der als wichtige Grundlage für die Entscheidung der Finanzminister sowie der Staats- und Regierungschefs dienen wird.

# 2.3 G20-Rahmenwerk für starkes, ausgewogenes und nachhaltiges Wachstum

Die G7 hat sich im kanadischen Igaluit darüber ausgetausch, wie das beim G20-Gipfel in Pittsburgh im September 2009 beschlossene "G20-Rahmenwerk für starkes, ausgewogenes und nachhaltiges Wachstum" ("G20 Framework for strong, balanced and sustainable Growth") zum Erfolg geführt werden kann. Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble hat deutlich gemacht, dass Deutschland diesen Prozess ausdrücklich unterstütze. Das Framework wird nach Ansicht des Finanzministers ein wichtiger Test für die G20 sein, ob es dort auch jenseits der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise gelingen kann, zu greifbaren Ergebnissen in der "globalen Governance" zu kommen. Dabei seien alle drei Elemente des Prozesses von Bedeutung: Es müssten alle Anstrengungen unternommen werden, damit globales Wachstum in Zukunft ausgewogen, nachhaltig und kräftig ist.

Unter einem ausgewogenen globalen Wachstum ist jedoch nicht zu verstehen, dass es in Zukunft keinerlei Leistungsbilanzüberschüsse oder -defizite mehr geben sollte. Es geht vielmehr darum, dass Überschüsse oder Defizite Ausdruck eines fairen Wettbewerbs sind. Vor diesem Hintergrund ist es beispielsweise von großer Bedeutung, dass sich Wechselkurse flexibel und ohne politische Einflussnahme bilden

 ${\tt Ergebnisse~des~Treffens~der~G7-Finanzminister~und~Zentralbankgouverneure~in~Iqaluit}$ 

können. Darüber hinaus wird der Erfolg des Frameworks daran gemessen werden, ob es gelingt, diesen Prozess für Reformen zur Stärkung des Wachstumspotenzials in unseren Volkswirtschaften zu nutzen. Solche Strukturreformen – seien sie auf Steuer- und Sozialsysteme, Produkt- und Arbeitsmärkte oder auf Forschung und Entwicklung bezogen – sind letztlich entscheidend für Wachstum, Beschäftigung und damit auch für Wohlstand in der globalen Wirtschaft.

# 2.4 Kapitalerhöhungen bei regionalen Entwicklungsbanken und Weltbank

Die G20-Staats- und Regierungschefs haben die Multilateralen Entwicklungsbanken (also Weltbank und Regionale Entwicklungsbanken) als zentrale Stützpfeiler der internationalen Finanzarchitektur anerkannt und ihre Bereitschaft erklärt, dort, wo nötig, die Ressourcen der Multilateralen Entwicklungsbanken zu erhöhen. Hierüber hat sich die G7 in Iqaluit intensiv ausgetauscht und ist wichtige Schritte weitergekommen.

Die Teilnehmer stimmten darüber überein, dass die Zustimmung zu Kapitalerhöhungen mit Reformen verbunden werden muss, wie zum Beispiel einem verstärkten Fokus der Banken auf ihre besonderen Stärken oder die Ausrichtung auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Es wurde auch Übereinstimmung darin erzielt, dass die Multilateralen Entwicklungsbanken hier erste Anstrengungen und Fortschritte gemacht haben, sodass es in den nächsten Monaten zu positiven Entscheidungen über Kapitalerhöhungen kommen sollte. Dies gilt auch mit Blick auf die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die in dieser Krise Erhebliches für die Staaten Mittel- und Osteuropas geleistet hat und auch noch in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen stehen wird, um diese Staaten auf dem Weg zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum zu begleiten.

Auch die Governance-Reform der Weltbank war ein Thema des G7-Treffens. Mit Weltbank-Präsident Robert Zoellick wurde über das Vorankommen bei der Weltbankreform gesprochen. Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble hat betont, dass Kapitalerhöhungen bei der Weltbank mit Reformen im Management und der Governance verknüpft werden müssten.

#### 2.5 Hilfe für Haiti

Ein entscheidender Vorteil des kleinen und vertrauten Kreises der G7 ist, dass dieses Format gut genutzt werden kann, um bei krisenhaften Entwicklungen schnell und effizient zu reagieren. Die Teilnehmer vor Ort haben sich über die Lage in Haiti nach dem verheerenden Erdbeben vom 12. Januar ausgetauscht und entschieden, dass die G7 den nachhaltigen Wiederaufbau des Landes mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen werde.

Deutschland hat sich bisher bereits umfassend an den Soforthilfen für Haiti beteiligt. Neben der akuten Nothilfe und der Unterstützung des Wiederaufbaus standen in Igaluit aber auch der Umgang mit der Verschuldung Haitis und damit die längerfristige Entwicklung Haitis im Mittelpunkt. Dabei wurden Haiti bereits erhebliche Teile seiner bilateralen und multilateralen Schulden in den vergangenen Jahren erlassen. Die Teilnehmerstaaten haben sich darauf verständigt, dass sie auch bezüglich aller noch verbleibenden Schulden Haitis Lösungen finden wollen, die sicherstellen, dass der Wiederaufbau in keiner Weise von Schuldenrückzahlungen oder Zinszahlungen beeinträchtigt wird.

### 3 Fazit

Das Treffen der G7-Finanzminister in Kanada war insgesamt ein Erfolg. Die Finanzminister haben einen informellen und vertraulichen Gedankenaustausch zu wirtschafts- und finanzpolitischen Themen geführt, die aktuell ganz oben auf der Agenda der internationalen

 ${\tt Ergebnisse~des~Treffens~der~G7-Finanzminister~und~Zentralbankgouverneure~in~Iqaluit}$ 

Gemeinschaft stehen. Dabei hat die G7 zugleich eine Art Neubestimmung der Rolle der G7-Finanzminister vorgenommen. Nachdem die G20 beim Gipfel der Staatsund Regierungschefs in Pittsburgh im September 2009 zum zentralen Forum der internationalen Koordinierung wirtschaftsund finanzpolitischer Fragen bestimmt wurde, galt es die Aufgaben der G7 für die Zukunft neu zu definieren. Die Finanzminister sehen vor allem folgende Schwerpunkte:

Der Kreis der G7 soll als eine Art Katalysator für die G20 fungieren, um besonders relevante Themen voranzutreiben. Ein Beispiel hierfür sind Themen zur weltwirtschaftlichen Entwicklung, aktuell insbesondere das neu geschaffenen "Framework for Growth" aber auch die Reformen im Bereich der Finanzmarktregulierung. Im Grunde bietet der Kreis der G7 Platz für den Austausch zu allen Themen mit besonderer Bedeutung für Industrieländer (z. B. auch Themen wie Alterung der Gesellschaft etc.).

- Die G7 will bei internationalen krisenhaften Entwicklungen dafür Sorge tragen, dass die internationale Gemeinschaft schnell und effizient reagieren kann, z. B. aktuell die Befassung der G7-Finanzminister mit den Folgen des Erdbebens in Haiti.
- Der vertraute und vertrauensvolle Kreis der G7 kann darüber hinaus zur Abstimmung für Themen genutzt werden, bei denen die G20 nur schwer Fortschritte erzielt. Beispielhaft sei die in diesem Jahr stattfindende Diskussion um Kapitalerhöhungen bei den multilateralen Entwicklungsbanken zu nennen.
- Schließlich sieht sich die G7 als Forum für wichtige Geberländer zur Diskussion von Entwicklungsfragen.

Über	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	92
1	Kreditmarktmittel	92
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2005 bis 2010	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
_	2006 bis 2010	94
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Ist 2009	96
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2010	
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009.	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009.	
Über	sichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	117
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2009 im Vergleich zum Jahressoll 2009	117
Abb. 1	l Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2009	
2	Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis Dezember 2009	118
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2009	120
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	124
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	124
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
-	Schwellenländern	131
Abb. 1	l Entwicklung von DAX und Dow Jones	
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	30. November 2009			31. Dezember 2009
		in M	lio.€	
Inflations indexier te Bundes wert papiere	27 000	0	0	27 000
Anleihen <sup>1</sup>	610 454	0	0	610 454
Bundesobligationen	171 000	0	0	171 000
Bundesschatzbriefe <sup>2</sup>	9 424	57	11	9 470
Bundesschatzanweisungen	125 000	5 000	14 000	116 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	109 504	5 984	11 945	103 542
Finanzierungsschätze <sup>3</sup>	895	42	70	867
Tagesanleihen	2 577	38	120	2 494
Schuldscheindarlehen	12 825	30	48	12 807
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditmarktmittel	0	0	0	0
Kreditmarktmittel insgesamt	1 068 730			1 053 686

### noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	30. November 2009			31. Dezember 2009
		in N	Mio.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	251 872			243 437
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	329 401			320 444
langfristig (mehr als 4 Jahre)	487 457			489 805
Kreditmarktmittel insgesamt	1 068 730			1 053 686

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

	Ermächtigungsrahmen 2009	Belegung am 31. Dezember 2009	Belegung am 31. Dezember 2008				
Ermächtigungstatbestände	in Mrd. €						
Ausfuhren	117,0	109,9	103,3				
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	30,3	25,7				
bilaterale FZ-Vorhaben	3,3	1,3	1,2				
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5				
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	136,8	87,0				
Internationale Finanzierungsinstitutionen	56,6	50,6	40,3				
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0				
Zinsausgleichsgarantien	4,0	4,0	4,0				

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2005 bis 2010 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Ist	Ist	Ist	lst	Reg. Entw.
			in Mr	d. €		
1. Ausgaben	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	325,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,1
2. Einnahmen <sup>1</sup>	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	239,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+0,1	+0,0	+0,1	+0,1	-0,0	-0,1
darunter:						
Steuereinnahmen	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	211,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+0,0	+0,1	+0,1	+0,0	-0,0	-0,1
3. Finanzierungssaldo	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-86,2
in % der Ausgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,3
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme² (-)	224,0	225,4	222,1	229,1	269,0	325,5
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,2	-1,5	8,4	0,5	-6,4	0,1
6. Tilgungen (+)	193,0	196,0	216,2	218,1	228,5	239,8
7. Nettokreditaufnahme	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-34,1	-85,8
8. Münzeinnahmen	-0,2	-0,3	-0,4	-0,3	-0,3	-0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	28,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+0,1	-0,0	+0,2	-0,1	+0,1	+0,1
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Januar 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Gem. BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Inkl. Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2010

	2006	2007	2008	2009	2009	2010
	Ist	Ist	Ist	Soll <sup>1</sup>	Ist	Reg. Entw
Ausgabeart			in Mic	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 110	26 038	27 012	27 791	27 939	28 031
Aktivitätsbezüge	19 730	19 662	20 298	20 959	20 977	21 112
Ziviler Bereich	8 547	8 498	8 870	9 3 6 7	9 269	9 692
Militärischer Bereich	11 182	11 164	11 428	11 592	11 708	11 419
Versorgung	6 380	6376	6714	6 832	6 962	6919
Ziviler Bereich	2 372	2334	2 416	2 392	2 462	2 437
Militärischer Bereich	4008	4041	4298	4 441	4 500	4 482
Laufender Sachaufwand	18 349	18 757	19 742	21 129	21 395	21 722
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 450	1 365	1 421	1 451	1 478	1 467
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 5 1 7	8 908	9 622	10360	10 281	10 574
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 484	8 699	9318	9 635	9 681
Zinsausgaben	37 469	38 721	40 171	41 431	38 099	37 967
an andere Bereiche	37 469	38 721	40 171	41 431	38 099	37 967
Sonstige	37 469	38 721	40 171	41 431	38 099	37 967
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 425	38 677	40 127	41 388	38 054	37 924
an Ausland	3	3	3	2	3	2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156 016	160 352	168 424	179 871	177 289	209 069
an Verwaltungen	13 937	14 003	12 930	15 055	14396	14630
Länder	8 538	8 698	8 341	8 845	8 754	8 713
Gemeinden	38	38	21	21	18	18
Sondervermögen	5 3 6 1	5 2 6 7	4 568	6 188	5 624	5 899
Zweckverbände	1	1	0	1	1	0
an andere Bereiche	142 079	146 349	155 494	164816	162 892	194438
Unternehmen	14 275	15 399	22 440	23 930	22 951	25 528
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	32 256	29 123	29 120	30 881	29 699	31 710
an Sozialversicherung	91 707	97712	99 123	104 653	105 130	131 562
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	812	869	1 099	1 437	1 249	1 531
an Ausland	3 024	3 2 4 0	3 708	3 909	3 858	4 106
an Sonstige	5	5	4	5	5	1
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	237 944	243 868	255 350	270 222	264 721	296 789
Ausgaben der Kapitalrechnung <sup>a</sup>						
Sachinvestitionen	7 112	6 903	7 199	8 649	8 504	8 186
Baumaßnahmen	5 634	5 478	5 777	7 061	6 830	6 5 8 1
Erwerb von beweglichen Sachen	943	909	918	1 055	1 030	1 059
Grunderwerb	536	516	504	533	643	546

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2010

	2006	2007	2008	2009	2009	2010
	Ist	Ist	Ist	Soll <sup>1</sup>	Ist	Reg. Entw.
Ausgabeart			in Mi	o.€		
Vermögensübertragungen	13 302	16 947	16 660	15 377	15 619	15 749
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 916	16 580	14018	14961	15 190	15 353
an Verwaltungen	5 755	8 234	5713	5 154	5 852	5 165
Länder	5 700	6 030	5 654	5 0 8 9	5 804	5 101
Gemeinden und Gemeindeverbände	55	54	59	60	48	60
Sondervermögen	0	2 150	0	5	0	4
an andere Bereiche	7 161	8 345	8 3 0 5	9807	9 338	10 188
Sonstige - Inland	4 999	6 099	5836	6758	6 462	7015
Ausland	2 162	2 247	2 469	3 049	2 876	3 173
Sonstige Vermögensübertragungen	387	367	2 642	417	429	396
an andere Bereiche	387	367	2 642	417	429	396
Unternehmen - Inland	0	0	2 267	0	0	0
Sonstige - Inland	172	162	149	176	148	148
Ausland	215	205	225	241	282	248
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	2 687	2 732	3 099	9 192	3 409	5 152
Darlehensgewährung	2 109	2 100	2 395	8 257	2 490	4333
an Verwaltungen	32	1	1	1	1	1
Länder	32	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 078	2 100	2 395	8 256	2 490	4 3 3 2
Sozialversicherung	1 020	900	922	6750	872	2 776
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 058	1 199	1 473	1 507	1 618	1 556
Ausland	578	632	704	935	919	819
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen						
Inland	0	28	26	13	13	13
Ausland	578	604	678	921	905	806
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung <sup>a</sup>	23 102	26 582	26 958	33 218	27 532	29 087
<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben	22 715	26 215	24316	32 802	27 103	28 691
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	0	0	- 134	0	- 475
Ausgaben zusammen	261 046	270 450	282 308	303 307	292 253	325 400

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2009

	Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüsse
Funktion				i	in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	53 357	47 332	25 181	16 748	-	5 403
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6356	6 028	3 908	1 218	-	901
2	Auswärtige Angelegenheiten	8 166	3 455	479	167	-	2808
3	Verteidigung	31 320	31 015	16 208	13 875	-	932
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 417	3 069	2 002	895	-	171
5	Rechtsschutz	386	353	244	96	-	14
6	Finanzverwaltung	3 662	3 362	2 340	496	-	526
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	14 960	11 014	524	777	-	9 713
13	Hochschulen	2 602	1 654	9	10	-	1 635
14	Förderung von Schülern, Studenten	1 846	1 846	-	-	-	1 846
15	Sonstiges Bildungswesen	513	433	10	68	-	356
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	8 701	6 573	504	695	-	5 3 7 3
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 298	508	1	5	-	502
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	147 716	146 857	215	424	-	146 217
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	100 212	100 212	46	-	-	100 165
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6511	6 511	-	-	-	6511
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 945	2 651	-	44	-	2 608
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	36 487	36 374	44	313	-	36 017
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	190	190	-	-	-	190
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1371	919	125	67	-	727
3	Gesundheit und Sport	1 251	904	272	349	-	283
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	467	439	151	237	-	51
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	467	439	151	237	-	51
32	Sport	130	110	-	7	-	103
33	Umwelt- und Naturschutz	344	206	79	52	-	74
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	310	148	42	52	-	54
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 808	585	-	17	-	568
41	Wohnungswesen	1 142	575	-	7	-	567
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	3	0	-	-	-	0
44	Städtebauförderung	661	9	-	9	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	987	479	29	137	-	312
52	Verbesserung der Agrarstruktur	633	184	-	1	-	183
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	122	122	-	58	-	64
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	122	122	-	58	-	64
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	232	173	29	78	_	65

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2009

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>1</sup>	<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	973	2 326	2 727	6 026	5 997
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	328	0	-	329	329
2	Auswärtige Angelegenheiten	61	2 126	2 523	4711	4710
3	Verteidigung	212	61	31	305	277
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	211	137	-	348	348
5	Rechtsschutz	32	1	-	33	33
6	Finanzverwaltung	127	0	173	300	300
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	216	3 722	9	3 946	3 946
13	Hochschulen	2	947	-	948	948
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	80	-	80	80
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	193	1 927	9	2 128	2 128
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	21	769	-	790	790
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	8	850	1	859	458
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	292	1	294	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	110	-	113	3
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	449	-	452	452
3	Gesundheit und Sport	189	158	-	347	347
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	20	8	-	28	28
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	20	8	-	28	28
32	Sport	-	20	-	20	20
33	Umwelt- und Naturschutz	8	130	-	138	138
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	161	1	-	162	162
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 221	2	1 223	1 223
41	Wohnungswesen	-	566	2	568	568
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	3	-	3	3
44	Städtebauförderung	-	652	-	652	652
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	27	481	0	508	508
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	449	0	449	449
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	27	32	-	59	59

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2009

	Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion					in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 598	2 866	62	713	-	2 091
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	855	730	-	548	-	182
621	Kernenergie	231	167	-	-	-	167
622	Erneuerbare Energieformen	24	15	-	1	-	14
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	600	548	-	547	-	2
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 631	1 620	-	4	-	1 616
64	Handel	116	116	-	60	-	56
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	966	20	-	16	-	4
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 030	381	62	85	-	233
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 426	3 755	1 029	1 949	-	777
72	Straßen	8 261	1 002	-	903	-	99
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 970	902	510	328	-	64
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	273	3	-	-	-	3
75	Luftfahrt	184	183	43	18	-	121
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 739	1 666	476	700	-	490
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	15 740	11 557	-	9	-	11 548
81	Wirtschaftsunternehmen	10391	6211	-	9	-	6 202
832	Eisenbahnen	4154	80	-	1	-	79
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 2 3 7	6 131	-	9	-	6 123
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 348	5 346	-	-	-	5 346
873	Sondervermögen	5 3 3 3	5 3 3 3	-	-	-	5 3 3 3
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	15	13	-	-	-	13
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	39 406	39 373	627	270	38 099	377
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	415	377	-	-	-	377
92	Schulden	38 108	38 108	-	9	38 099	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	883	888	627	261	-	1
Summe a	umme aller Hauptfunktionen		264 721	27 939	21 395	38 099	177 289

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2009

	Ausgabengruppe			Darlehns-	Summe	
		Sachin-	Vermögens-	gewährung,	Ausgaben der	<sup>1</sup> Darunter
		vestitionen	beratungen	Erwerb von	Kapital-	Investive
				Beteiligungen,	rechnung <sup>1</sup>	Ausgaber
Funktio	n.			Kapitaleinlagen in Mio. €		
ruiikuo				III WIO. E		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	99	985	647	1 731	1 731
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	63	61	-	124	124
621	Kernenergie	63	-	-	63	63
622	Erneuerbare Energieformen	-	10	-	10	10
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	52	-	52	52
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	12	-	12	12
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	34	912	-	947	947
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	0	647	649	649
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 979	1 692	-	8 671	8 671
72	Straßen	5 850	1 409	-	7 259	7 259
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 068	-	-	1 068	1 068
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	269	-	269	269
75	Luftfahrt	1	-	-	1	1
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	59	14	-	73	73
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	13	4 146	23	4 182	4 182
81	Wirtschaftsunternehmen	11	4 146	23	4180	4 180
832	Eisenbahnen	-	4064	10	4074	4 074
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	11	82	13	106	106
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	2	-	-	2	2
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	2	-	-	2	2
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe	aller Hauptfunktionen	8 510	15 619	3 409	27 538	27 109

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2010 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2001
				IST-EF	gebnisse				
I. Gesamtübersicht		42.4		440.0	424 5	1011	227.6	2444	2424
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	243,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0	-0,5
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	220,2
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9	-22,9
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-22,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7	1,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	11,0
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,8
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7	-3,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	15,5
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	56,7
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	27,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7	-3,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	11,2
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,1
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	193,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3	-2,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	79,7
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	88,0
Anteil am gesamten								·	
Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	41,4
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-22,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	9,4
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	83,7
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0	57,6
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>									
öffentliche Haushalte²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9	1 223,5
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	760,2

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2010

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				Is	t-Ergebnis	se				Reg Entw
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	325,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	11,
Einnahmen	Mrd.€	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	239
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	- 7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 86
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,9	-38,6	- 39,5	-31,2	-27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 85
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,9	-0,6	- 0,3	-0,2	-0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	-0
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	28
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	8
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl.	%	15,6	15,7	15,4	15,3	14,7	15,0	15,1	15,1	
Gesamthaushalts <sup>3</sup>			·			·		·	·	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	38,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 0,
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	11
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	56,0	56,2	55,9	58,3	57,9	58,6	59,8	59,4	
Investive Ausgaben	Mrd.€	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	28
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	15,4	- 7,2	11,5	5
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	32,5	35,4	34,0	34,2	33,7	39,6	36,7	25,8	
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	211,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 7,
Anteil an den Bundesausgaben	%	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	65,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	88,
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	43,0	43,5	42,3	42,1	41,7	42,7	42,6	43,5	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 85
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	26
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	299
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	61,0	59,3	60,1	58,6	59,7	99,3	59,0	42,3	
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>										
öffentliche Haushalte²	Mrd.€	1 277,3	1 357,7	1 429,8	1 489,9	1 545,4	1 553,1	1 579,5	1 666	
darunter: Bund	Mrd.€	784,6	826,5	869,3	903,3	950,3	957,3	985,7	1 035	

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat Dezember 2009; 2009 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 <sup>4</sup>
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>							
Ausgaben	620,7	615,3	627,7	639,4	648,3	675,0	716
Einnahmen	552,9	549,9	575,1	599,0	647,4	667,7	625 1/2
Finanzierungssaldo	-67,9	-65,5	-52,5	-40,5	-0,7	-5,5	-87
darunter:							
Bund							
Ausgaben	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3
Einnahmen	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7
Finanzierungssaldo	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5
Länder							
Ausgaben	259,7	257,1	260,0	260,0	265,5	275,1	285 1/2
Einnahmen	229,2	233,5	237,2	250,1	273,1	274,9	259 1/2
Finanzierungssaldo	-30,5	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-0,2	-26 1/2
Gemeinden							
Ausgaben	149,9	150,1	153,2	157,4	160,0	167,3	173 1/2
Einnahmen	141,5	146,2	150,9	160,1	168,1	174,9	170
Finanzierungssaldo	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,1	7,6	-3 1/2
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	-0,9	2,0	1,9	1,4	4,1	6
Einnahmen	-0,6	-0,5	4,6	4,1	8,1	3,1	-6
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5
Einnahmen	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7
Länder							
Ausgaben	0,7	-1,0	1,1	0,0	2,1	3,6	4
Einnahmen	0,3	1,9	1,6	5,4	9,2	0,7	-5 1/2
Gemeinden							
Ausgaben	- 0,0	0,1	2,1	2,8	1,7	4,5	3 1/2
Einnahmen	-3,3	3,3	3,3	6,0	5,0	4,0	-3

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

### noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 <sup>4</sup>
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	- 0,0	-0,2	-3 1/2
darunter:							
Bund	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,4
Länder	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	- 0,0	-1
Gemeinden	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,9	-10,6	-8,4	-6,3	-0,1	-0,8	-12
darunter:							
Bund	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8
Länder	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,1	-9
Gemeinden	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,0	4,6	-2
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,7	27,8	28,0	27,5	26,7	27,0	29 1/2
darunter:							
Bund	11,9	11,4	11,6	11,2	11,1	11,3	12,2
Länder	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9	11,0	12
Gemeinden	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6	6,7	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	20,4	20,0	20,1	21,0	22,1	22,5	22

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Versorgungsfonds des Bundes, Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), Investitions- und Tilgungsfonds, Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere.

Stand: Februar 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bis einschließlich 2007 Rechnungsergebnisse.

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum nominalen BIP.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Bund: vorl. Ist, Länder und Gemeinden: Schätzung.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

		Steuerauf	kommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3	. Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	c Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

### noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Steueraufkommen										
	insgesamt	davon								
	msgesame	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern					
Jahr		in Mrd. €		in	%					
Bundes republik Deutschland										
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9					
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0					
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1					
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5					
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2					
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6					
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5					
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4					
2008	561,2	290,3	270,9	51,7	48,3					
2009²	524,1	254,5	269,6	48,6	51,4					
2010 <sup>2</sup>	511,5	238,0	273,6	46,5	53,5					

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: November 2009.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2009.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen		Abgrenzung der Finanzstatistik <sup>3</sup>	
	Gesamtrechnungen <sup>2</sup>			
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr	in Relation zum BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32
1965	23,5	34,1	23,1	32
1970	23,0	34,8	22,4	33
1975	22,8	38,1	23,1	37
1976	23,7	39,5	23,4	38
1977	24,6	40,4	24,5	39
1978	24,2	39,9	24,4	39
1979	23,9	39,6	24,3	39
1980	23,8	39,6	24,3	39
1981	22,8	39,1	23,7	39
1982	22,5	39,1	23,3	39
1983	22,5	38,7	23,2	39
1984	22,6	38,9	23,2	38
1985	22,8	39,1	23,4	39
1986	22,3	38,6	22,9	38
1987	22,5	39,0	22,9	38
1988	22,2	38,6	22,7	38
1989	22,7	38,8	23,4	39
1990	21,6	37,3	22,7	38
1991	22,0	38,9	22,0	38
1992	22,4	39,6	22,7	39
1993	22,4	40,2	22,6	39
1994	22,3	40,5	22,5	39
1995	21,9	40,3	22,5	40
1996	22,4	41,4	21,8	39
1997	22,2	41,4	21,3	39
1998	22,7	41,7	21,7	39
1999	23,8	42,5	22,5	40
2000	24,2	42,5	22,7	40
2001	22,6	40,8	21,1	38
2002	22,3	40,5	20,6	37
2003	22,3	40,6	20,4	37
2004	21,8	39,7	20,0	36
2005	22,0	39,7	20,1	36
2006	22,8	40,0	21,0	37
2007	23,7	40,2	22,2	37
2008	23,7	40,1	22,5	37
2009	23,5	40,6	22	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2009.

<sup>2009</sup> erstes vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Januar 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Bis 2006 Rechnungsergebnisse. 2007 bis 2008 Kassenergebnisse. 2009 Schätzung; Stand: Dezember 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

		Ausgaben des Staates	
		darunt	er
	insgesamt	Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Soziaversicherungen <sup>3</sup>
Jahr		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1976	48,3	30,5	17,8
1977	47,9	30,1	17,8
1978	47,0	29,4	17,6
1979	46,5	29,3	17,2
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,
1982	47,5	29,4	18,
1983	46,5	28,8	17,
1984	45,8	28,2	17,
1985	45,2	27,8	17,
1986	44,5	27,4	17,
1987	45,0	27,6	17,
1988	44,6	27,0	17,
1989	43,1	26,4	16,
1990	43,6	27,3	16,
1991	46,3	28,2	18,
1992	47,2	28,0	19,
1993	48,2	28,3	19,
1994	47,9	27,8	20,
1995	48,1	27,6	20,
1996	49,3	27,9	21,
1997	48,4	27,1	21,
1998	48,0	27,0	21,
1999	48,1	26,9	21,
2000	47,6	26,5	21,
2000 <sup>4</sup>	45,1	24,0	21,
2001	47,6	26,3	21,
2002	48,1	26,4	21,
2003	48,5	26,5	22,0
2004	47,1	25,9	21,
2005	46,8	26,1	20,
2006	45,4	25,4	19,
2007	43,7	24,5	19,
2008	43,7	24,7	19,
2009	47,6	26,7	20,1

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der VGR. Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

<sup>2006</sup> bis 2008 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2009.

<sup>2009</sup> erstes vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Januar 2010.

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
			Sc	hulden (Mio. €	)1		
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 277 272	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 399	1 553 058	1 579 53
Bund	784 615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 74
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887915	919 304	940 187	959 91
Kreditmarktmittel iwS	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 16
Kassenkredite	6 008	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 74
Extrahaushalte	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17082	25 83
Kreditmarktmittel iwS	59 210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 70
Kassenkredite	-	-	-	-	978	1 483	2 13
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	484 92
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 57
Kreditmarktmittel iwS	384773	414 952	442 922	468 214	479 489	481 628	48039
Kassenkredite	7 3 5 0	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 18
Extrahaushalte	-	-	-	-	996	1 124	1 35
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	986	1 124	1 32
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	2
Gemeinden	100 534	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 86
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 18
Kreditmarktmittel iwS	82 662	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	7638
Kassenkredite	10670	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 80
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 546	2 702	2612	2 68
Kreditmarktmittel iwS	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 62
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	5
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	593 78
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 571 000	1 578 000	1 644 00
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	59 210	58 829	57 250	15366	31 034	17 082	25 83
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14357	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		-		-	16 478	16 983	17 63
SoFFin	-	-	-	-	-	-	8 20
Investitions- und Tilgungsfonds	-	_	-	_	_	_	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
			Anteil a	n den Schulde	n (in %)		
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,4
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,8
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,7
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,6
			Anteil der	Schulden am	BIP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	59,6	62,7	64,7	66,4	66,5	64,0	63,3
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,9	39,4	39,5
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,5
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	20,0	19,4
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,6	4,
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,8
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,9	65,7	68,0	67,6	65,0	65,9
			Schu	lden insgesam	t (€)		
je Einwohner	15 487	16 454	17 331	18 066	18 761	18 880	19 23
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 242,2	2 325,1	2 428,2	2 495,
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 62

 $<sup>^{1}</sup> Kredit markt schulden im weiteren Sinne zzgl. \, Kassenkredite.$ 

 $\label{thm:quelle:Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.}$ 

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

		Abgrenzu	ing der Volkswirtscha	aftlichen Gesan	ntrechungen²		Abgrenzung de	er Finanzstatisti
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Ge	esamthaushalt <sup>a</sup>
Jahr		in Mrd. €		i	n Relation zum BIP	in%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9		
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 <sup>4</sup>	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005	-74,2	-70,3	-3,9	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-38,1	-43,1	5,0	-1,6	-1,9	0,2	-40,5	-1,7
2007	4,7	-6,2	10,9	0,2	-0,3	0,4	-0,7	0,0
2008	1,0	-7,2	8,2	0,0	-0,3	0,3	-5,5	-0,2
2009	-77,2	-64,6	-12,6	-3,2	-2,7	-0,5	-87,0	-3 1/2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2009. 2009 erstes vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Januar 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2006 Rechnungsergebnisse. 2007 bis 2008 Kassenergebnisse. 2009 Schätzung; Stand: Februar 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land						in%d	es BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	-1,6	0,2	0,0	-3,4	-5,0	-4,6
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	0,3	-0,2	-1,2	-5,9	-5,8	-5,8
Griechenland	-	_	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-2,9	-3,7	-7,7	-12,7	-12,2	-12,8
Spanien	_	_	-	-6,5	-1,1	1,0	2,0	1,9	-4,1	-11,2	-10,1	-9,3
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,3	-2,7	-3,4	-8,3	-8,2	-7,7
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,1	4,8	1,7	3,0	0,3	-7,2	-12,5	-14,7	-14,7
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-3,3	-1,5	-2,7	-5,3	-5,3	-5,1
Zypern	-	-	-	-0,8	-2,3	-2,4	-1,2	3,4	0,9	-3,5	-5,7	-5,9
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	1,3	3,7	2,5	-2,2	-4,2	-4,2
Malta	-	_	-	-4,2	-6,2	-2,9	-2,6	-2,2	-4,7	-4,5	-4,4	-4,3
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,5	0,2	0,7	-4,7	-6,1	-5,6
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,6	-1,6	-0,6	-0,4	-4,3	-5,5	-5,3
Portugal	-7,1	-8,6	-6,2	-5,0	-3,2	-6,1	-3,9	-2,6	-2,7	-8,0	-8,0	-8,7
Slowakei	-	_	-	-3,4	-12,3	-2,8	-3,5	-1,9	-2,3	-6,3	-6,0	-5,5
Slowenien	_	_	-	-8,4	-3,8	-1,4	-1,3	0,0	-1,8	-6,3	-7,0	-6,9
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,9	2,8	4,0	5,2	4,5	-2,8	-4,5	-4,3
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,1	-2,5	-1,3	-0,6	-2,0	-6,4	-6,9	-6,5
Bulgarien	-	-	-	-3,4	-0,3	1,9	3,0	0,1	1,8	-0,8	-1,2	-0,4
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,4	5,2	5,2	4,5	3,4	-2,0	-4,8	-3,4
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,3	2,6	-2,7	-3,0	-3,2	-3,0
Lettland	_	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,5	-0,3	-4,1	-9,0	-12,3	-12,2
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-0,4	-1,0	-3,2	-9,8	-9,2	-9,7
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,6	-1,9	-3,6	-6,4	-7,5	-7,6
Rumänien	-	-	-	-2,1	-4,7	-1,2	-2,2	-2,5	-5,5	-7,8	-6,8	-5,9
Schweden	-	-	-	-7,4	3,7	2,3	2,5	3,8	2,5	-2,1	-3,3	-2,7
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-2,6	-0,7	-2,1	-6,6	-5,5	-5,7
Ungarn	_	_	-	-8,8	-3,0	-7,9	-9,3	-5,0	-3,8	-4,1	-4,2	-3,9
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-2,7	-5,0	-12,1	-12,9	-11,1
EU	_	_	-	-5,1	-0,6	-2,4	-1,4	-0,8	-2,3	-6,9	-7,5	-6,9
Japan	-4,5	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-1,6	-2,5	-3,8	-8,0	-8,9	-9,1
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,0	-2,7	-6,4	-11,3	-13,0	-13,1

 $<sup>^{1}\,\</sup>mathrm{F\ddot{u}r}\,\mathrm{EU\text{-}Mitgliedstaaten}$  ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2009. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

 $<sup>^{\</sup>rm 2}$  Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschulden quoten im internationalen Vergleich

Land						in % c	les BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	67,6	65,0	65,9	73,1	76,7	79,7
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,9	107,6	92,1	88,1	84,2	89,8	97,2	101,2	104,0
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	101,8	100,0	97,1	95,6	99,2	112,6	124,9	135,4
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	43,0	39,6	36,1	39,7	54,3	66,3	74,0
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,7	63,8	67,4	76,1	82,5	87,6
Irland	69,1	100,6	93,2	81,1	37,7	27,6	25,0	25,1	44,1	65,8	82,9	96,2
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,8	106,5	103,5	105,8	114,6	116,7	117,8
Zypern	_	_	_	-	58,8	69,1	64,6	58,3	48,4	53,2	58,6	63,4
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,1	6,6	6,6	13,5	15,0	16,4	17,7
Malta	_	_	-	_	55,9	70,2	63,6	62,0	63,8	68,5	70,9	72,5
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	47,4	45,5	58,2	59,8	65,6	69,7
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,4	63,9	62,2	59,5	62,6	69,1	73,9	77,0
Portugal	30,5	58,3	55,0	61,0	50,4	63,6	64,7	63,6	66,3	77,4	84,6	91,1
Slowakei	_	_	_	22,2	50,3	34,2	30,5	29,3	27,7	34,6	39,2	42,7
Slowenien	_	_	_	_	26,8	27,0	26,7	23,3	22,5	35,1	42,8	48,2
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	41,8	39,3	35,2	34,1	41,3	47,4	52,7
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,4	69,4	70,1	68,3	66,0	69,3	78,2	84,0	88,2
Bulgarien	_	-	-	-	74,3	29,2	22,7	18,2	14,1	15,1	16,2	15,7
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	37,1	31,3	26,8	33,5	33,7	35,3	35,2
Estland	_	-	-	9,0	5,1	4,6	4,5	3,8	4,6	7,4	10,9	13,2
Lettland	_	-	-	-	12,3	12,4	10,7	9,0	19,5	33,2	48,6	60,4
Litauen	_	-	-	11,5	23,7	18,4	18,0	16,9	15,6	29,9	40,7	49,3
Polen	_	-	_	-	36,8	47,1	47,7	45,0	47,2	51,7	57,0	61,3
Rumänien	_	-	_	-	24,6	15,8	12,4	12,6	13,6	21,8	27,4	31,3
Schweden	39,3	60,9	41,2	72,1	53,6	51,0	45,9	40,5	38,0	42,1	43,6	44,1
Tschechien	_	-	_	14,6	18,5	29,7	29,4	29,0	30,0	36,5	40,6	44,0
Ungarn	_	_	_	86,2	55,0	61,8	65,6	65,9	72,9	79,1	79,8	79,1
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	42,2	43,2	44,2	52,0	68,6	80,3	88,2
EU	_	-	-	69,6	63,1	62,7	61,3	58,7	61,5	73,0	79,3	83,7
Japan	51,4	67,7	68,4	92,5	142,1	191,6	191,3	187,7	173,1	189,8	197,6	206,0
USA	43,9	56,1	64,3	71,5	55,0	61,7	61,2	62,2	70,7	65,2	75,5	87,8

#### Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000 : EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2009; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP												
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008					
Deutschland <sup>2,3</sup>	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	21,9	22,9	23,1					
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,0	30,3	30,3					
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	48,1	47,9	47,3					
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,3	31,1	30,8					
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,8	27,4	27,0					
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,4	20,3					
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	27,6	26,1	23,3					
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,6	30,4	29,8					
Japan	15,2	18,0	21,4	17,9	17,5	17,7	18,0	k.A.					
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,5	27,5					
Luxemburg	16,7	25,3	26,0	27,3	29,1	26,0	26,4	27,5					
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,1	24,0	k.A.					
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	35,2	34,6	33,2					
Österreich	25,2	26,8	26,6	26,5	28,5	27,3	28,0	28,6					
Polen	-	-	-	25,2	19,8	21,4	22,9	k.A.					
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	24,3	24,7	24,6					
Schweden	32,2	33,0	38,0	34,4	38,1	36,6	35,7	35,4					
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,7	22,2	22,6					
Slowakei	-	-	-	-	20,0	17,9	17,7	17,4					
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,3	24,4	25,1	20,9					
Tschechien	-	-	-	22,0	19,7	20,8	21,1	20,6					
Ungarn	-	-	-	26,6	26,9	25,2	26,6	26,9					
Vereinigtes Königreich	31,9	29,0	29,5	28,0	30,2	30,3	29,5	28,8					
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	21,3	21,7	20,3					

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

 $<sup>^2</sup> Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$ 

 $<sup>^3</sup>$  1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land			Stei	uern und Sozialat	ogaben in % des B	SIP		
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008
Deutschland <sup>2,3</sup>	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	35,6	36,2	36,4
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,4	43,9	44,3
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	49,6	48,7	48,3
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,5	43,0	42,8
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	44,0	43,5	43,1
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,2	32,0	31,3
Irland	28,5	31,1	33,1	32,5	31,3	31,7	30,8	28,3
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	42,3	43,3	43,2
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	28,0	28,3	k.A.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,5	33,3	32,2
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	35,8	36,5	38,3
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,9	37,5	k.A.
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	44,0	43,6	42,1
Österreich	33,8	38,9	39,6	41,4	43,2	41,8	42,3	42,9
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,0	34,9	k.A.
Portugal	18,4	22,9	27,7	32,1	34,1	35,5	36,4	36,5
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,0	48,3	47,1
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,3	28,9	29,4
Slowakei	-	-		-	34,1	29,4	29,4	29,3
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	36,7	37,2	33,0
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,1	37,4	36,6
Ungarn	-	-	-	41,3	38,0	37,1	39,5	40,1
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	36,6	36,1	35,7
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	28,2	28,3	26,9

 $<sup>^{1}</sup>$  Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$ 

 $<sup>^3</sup>$  1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	
Deutschland <sup>1</sup>	46,9	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,7	43,7	48,0	48,3	47,5	
Belgien	55,0	58,5	52,3	52,2	49,1	52,1	48,5	48,4	50,0	53,6	53,8	54,0	
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,5	48,3	50,1	48,6	47,3	48,9	54,3	55,0	55,0	
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,7	55,2	55,1	54,8	
Griechenland	-	-	44,8	45,7	46,6	43,7	42,6	44,1	48,3	50,0	49,4	49,8	
Irland	-	53,3	42,8	41,2	31,4	33,7	34,2	36,2	42,0	46,9	49,1	48,4	
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,7	47,9	48,8	51,6	50,8	50,5	
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,3	36,2	37,7	43,3	43,9	43,6	
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,9	43,7	42,5	45,0	45,7	46,3	46,4	
Niederlande	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,5	45,5	45,9	49,5	50,9	50,7	
Österreich	50,0	53,5	51,5	56,2	52,0	50,0	49,5	48,7	48,9	52,3	52,6	52,4	
Portugal	33,3	38,6	39,7	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,9	51,6	51,5	52,0	
Slowenien	-	-	-	52,6	46,8	45,2	44,5	42,4	44,2	49,5	50,2	49,9	
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,1	45,2	45,6	45,3	
Zypern	-	-	-	33,1	37,0	43,6	43,4	42,2	42,6	44,4	47,8	48,0	
Euroraum	-	-	-	-	42,6	39,3	36,5	41,5	37,3	39,5	39,5	38,7	
Bulgarien	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,6	51,5	50,9	51,9	55,9	57,6	56,4	
Dänemark	-	-	-	41,3	36,1	33,6	34,0	34,8	39,9	44,8	46,7	45,4	
Estland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,5	38,2	35,8	38,8	43,8	45,7	45,1	
Lettland	-	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	45,9	46,0	46,0	
Litauen	-	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,3	44,0	46,1	45,9	
Polen	-	-	-	35,9	38,5	33,5	35,3	36,0	38,4	39,4	38,6	37,9	
Rumänien	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,0	52,5	53,1	55,9	55,6	54,6	
Schweden	-	-	-	48,6	52,2	38,0	36,9	34,4	34,8	37,5	37,5	36,9	
Slowakei	-	-	-	-	41,8	45,0	43,8	42,6	43,0	46,9	46,5	46,6	
Tschechien	-	-	-	56,2	46,8	50,1	51,9	49,8	49,3	50,0	49,4	49,0	
Ungarn	47,6	44,6	41,1	43,9	36,8	44,1	44,0	44,0	47,3	51,2	52,1	50,7	
Vereinigtes Königreich	-	-	-	50,6	46,3	47,3	46,6	46,0	46,8	50,4	50,5	50,2	
EU-27	-	-	-	-	44,8	46,8	46,3	45,7	46,8	50,4	50,6	50,1	
USA	34,2	37,3	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,7	38,8	42,2	43,8	44,2	
Japan	-	-	-	-	39,0	38,4	36,2	36,0	37,2	40,5	41,6	42,3	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: November 2009.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

 $\ddot{\textbf{U}}\textbf{BERSICHTEN} \textbf{ und Grafiken} \textbf{ zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung}$ 

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

		Eu-Haush	alt 2008 <sup>1</sup>			EU-Haus	halt 2009 <sup>2</sup>	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	Zahlungen		tungen	Zahluı	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	58 341,9	44,5	45 731,7	39,5	60 195,9	45,0	45 999,5	39,6
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4			500,0	0,4		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen	56314,7	43,0	53 217,1	46,0	56 121,4	41,9	52 566,1	45,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 625,9	1,2	1 488,9	1,3	1 514,9	1,1	1 296,4	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	7311,2	5,6	7 847,1	6,8	8 103,9	6,1	8 324,2	7,2
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	239,2	0,2			244,0	0,2		
5. Verwaltung	7 279,2	5,6	7 279,8	6,3	7 700,7	5,8	7 700,7	6,6
6. Ausgleichszahlungen	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,2
Gesamtbetrag	131 079,6	100,0	115 771,3	100,0	133 846,0	100,0	116 096,1	100,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

	Differenz	in%	Differenz	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	2,3	0,6	1 853,9	267,8
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	-	0,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen	- 0,3	- 1,2	- 193,3	- 651,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	- 6,8	-12,9	-111,0	- 192,5
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0
6. Ausgleichszahlungen	1,2	1,2	2,5	2,5
Gesamtbetrag	2,1	0,3	2 766,3	324,8

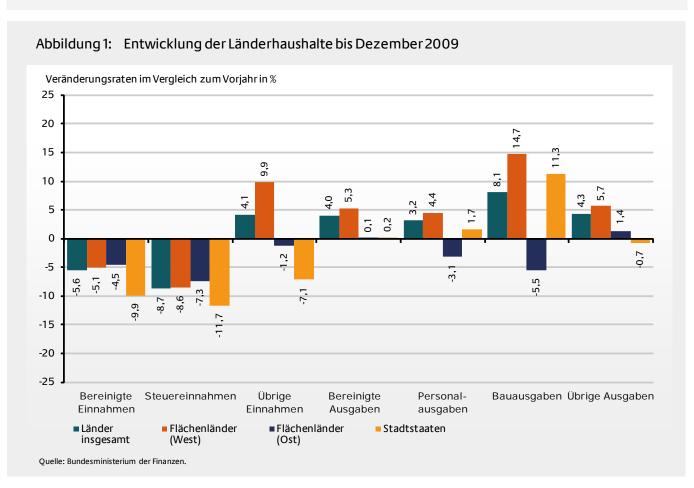
<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2009 im Vergleich zum Jahressoll 2009

	Flächenländ	der (West)	Flächenlär	nder (Ost)	Stadtsta	aten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in Mi	o.€			
Bereinigte Einnahmen	184 785	181 994	52 664	51 501	32 898	32 394	263 661	259 313
darunter:								
Steuereinnahmen	143 411	142 478	28 165	26 646	21 372	19 596	192 949	188 72
übrige Einnahmen	41 374	39 516	24499	24855	11 526	12 798	70 712	70 592
Bereinigte Ausgaben	203 613	203 730	52 593	51 897	36 453	35 743	285 974	284 79
darunter:								
Personalausgaben	77 527	76 364	12 290	11 499	11 113	11 049	100 931	98 917
Bauausgaben	3 433	2 957	1 491	1 3 0 6	905	642	5 8 2 9	490
übrige Ausgaben	122 653	124410	38 812	39 092	24 435	24 052	179 215	180 97
Finanzierungssaldo	-18 826	-21 736	75	- 396	-3 549	-3 349	-22 300	-25 48



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2009

		in Mio. €								
		De	zember 200	8	Nov	ember 2009	9	De	zember 200	9
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	270 477	274 590	528 056	223 109	226 588	434 249	257 742	259 313	499 547
111	darunter: Steuereinnahmen	239 231	206 772	446 003	195 203	166 977	362 180	227 835	188 721	416 556
112 113	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup> nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	- 228 795 <sup>3</sup>	68 204	- 296 999	- 252 758 <sup>3</sup>	- 79 459	332 217	- 264012 <sup>3</sup>	82 154	346 166
12	Bereinigte Ausgabe <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	282 308	273 861	539 158	270 186	258 562	513 300	292 253	284 794	559 539
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	27 012	95 860	122 873	26 520	93 281	119 801	27 939	98 912	126 851
122	Bauausgaben	5 777	4537	10314	5 452	3 861	9313	6 836	4904	11 740
123	Länderfinanz- ausgleich <sup>1</sup>	-	33	33	-	282	282	-	- 201	- 201
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	218 180	74 178	292 358	208 683	69 346	278 029	229 873	66 701	296 574
13	Mehrein. (+), Mehrausg. (-) (Finanzierungssaldo)	-11 832	730	-11 102	-47 078	-31 974	-79 051	-34 511	-25 481	-59 992
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15) Abgrenzungsposten zur	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17 2	Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen <sup>2</sup> Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)	11 832	-7 626	4205	44316	9514	53 830	34511	15 428	49 939
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss) Verwahrungen, Vorschüsse	-	2 343	2 343	-	- 407	- 407	-	- 407	- 407
3	usw.									
31 32	Verwahrungen Vorschüsse	- 305 -	16 936 35 300		17 404	85 892 88 338	103 296 88 338	7 985 -	93 837 104 413	101 822 104 413
33	Geldbestände der Rücklagen	- -	13 252	13 252	- -	15 487	15 487	-	14116	14116
24	und Sondervermögen	205	E 113	E 410	17.404	12.041	20.445	7.005	2124	10 100
34	Saldo (31-32+33)	- 305	-5 112	-5 416	17 404	13 041	30 445	7 985	2 124	10 109

 $Abweichungen \ in \ den \ Summen \ durch \ Runden \ der \ Zahlen.$ 

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

## noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dez

						in Mio. €				
			Dezember 200	8	No	vember 2009	9		Dezember 200	9
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 305	-9 665	-9 970	14 643	-9826	4817	7 985	-8 336	- 35
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	305	3 556	3 861	-14 642	2 676	-11 966	-7 985	2 154	-5 83
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	
55	Sonstige	-	-	-	-	382	382	-	260	26
56	Zusammen	305	3 556	3 861	-14642	3 058	-11 584	-7 985	2 414	-5 57
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-6 109	-6 109	1	-6 767	-6 766	1	-2 464	-5 92
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	-	1 522	1 522	-	1 452	1 452	-	1 149	114
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landesha uptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	2 533	2 533	-	2 098	2 098	-	1 391	1 39

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $<sup>{}^2 \</sup> Haushalts technische \ Verrechnungen, \ Brutto-/Nettostellungen, \ Abwicklung \ der \ Vorjahre, \ R\"ucklagenbewegung, \ Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.$ 

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2009

						in Mio. €				
l fd		Baden-		Prandon			Nieder-	Nordrh	Phoin	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Württ.	Bayern <sup>7</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	sachsen	Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	33 223,5	39 343,4 <sup>a</sup>	9 508,2	18 132,9	7 194,8	23 159,3	47 229,3	11 481,1	2 503,1
111	darunter: Steuereinnahmen	24733,2	30 985,3	4 999,0	14773,8	3 451,7	17 357,2	38 461,4	8 343,6	2 026,5
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	522,9	-	476,5	147,1	50,8	327,1	84,1
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	6 337,0	8 073,8 b,f	3 399,2	4 536,4	870,7	6 841,9	20742,5	6 439,4	1 533,6
12	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	34 575,4	47 325,9 <sup>c</sup>	10 020,7	20 703,3	6 773,8	24 625,8	51 964,1	13 103,6	3 497,6
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	13 587,0	16 567,1	2 045,2	7 592,7	1 570,7	9 235,2 3	19 932,5 <sup>3</sup>	4981,1	1 298,3
122	Bauausgaben	518,0	1 141,4	36,3	573,6	204,8	280,5	256,6	37,4	5,6
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	1 888,6	3 601,2	-	1 836,8	-	-	-	-	-
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	6 353,0	2 623,2	3 970,0	3 835,2	1 523,4	6 209,7	16 669,2	5 718,3	790,6
13	Mehrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)	-1 351,9	-7 982,5 <sup>e</sup>	- 512,5	-2 570,3	421,0	-1 466,5	-4 734,8	-1 622,5	- 994,4
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen <sup>2</sup>	1 352,0	5 657,2	- 345,3	666,4	- 558,6	646,4	3 944,8	762,6	743,0
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	603,8	-2 129,4	-	-	-	-	-	-	-
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	3 128,7	2 331,7	933,9	830,3	- 11,2	670,7	53,1	2 433,9	298,1
32	Vorschüsse	3 063,3	5 162,6	- 60,0	443,2	0,7	- 633,2	218,1	1 786,0	- 14,2
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	815,1	7 285,5	-	620,2	510,0	1 676,7	271,2	0,9	12,2
34	Saldo (31-32+33)	880,5	4 454,6	873,9	1 007,4	498,1	1 684,2	106,1	648,8	324,4
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	1 484,4	0,0	16,1	- 896,5	360,5	864,1	- 683,8	-211,1	73,0

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

### noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2009

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>7</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	101,4	570,0	-	-	1 068,0	211,7	140,5
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	260,0	-	-	-	-	-
56	Zusammen	-	-	101,4	830,0	-	-	1 068,0	211,7	140,5
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	1 484,4	0,0	117,5	- 66,5	360,5	864,1	3 842,0	0,5	213,5
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	-	-	-	-	-	1148,8	-	-	-
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	-	1 676,7	271,2	-	-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Ohne Dezember-Bezüge.

 $<sup>^4\,\</sup>mathrm{Minusbetr\"age}$  beruhen auf später erfolgten Buchungen.

 $<sup>^{5}</sup>$  SH - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 21,6 Mio. €; b 6 703,8 Mio. €; c 7 042,9 Mio. €; d 250,0 Mio. €; e Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt -928,9 Mio. €; f außerdem aufgeschobene Anschlussfinanzierungen in Höhe von 1503,2 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2009

					in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	16 427,0	9 584,0	7 872,5	8 786,8	19 577,1	3 343,1	9 497,0	259 312,9
111	darunter: Steuereinnahmen	8 676,7	4 895,9	5 797,2	4 623,0	9 698,4	2 070,3	7 827,6	188 720,8
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	985,8	546,2	342,0	533,6	3 067,3	466,8	-	-
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	887,0	4,1	3 913,3	1 689,5	11 177,7	5 713,1	- 4,9	82 154,3
12	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	16 234,6	9 831,4	8 885,8	9 036,0	21 039,8	4 226,9	10 499,2	284 793,7
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	3 374,1	2 287,0	3 170,2	2 221,9	6 282,0	1 342,7	3 424,1	98 911,8
122	Bauausgaben	678,6	155,7	143,6	230,2	218,7	52,8	370,6	4904,4
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	23,1	- 200,5
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	726,5	4,1	3 345,3	1 689,8	8 345,1	4898,0	-	66 701,4
13	Mehrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)	192,4	- 247,4	-1 013,3	- 249,2	-1 462,7	- 883,8	-1 002,2	-25 480,6
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen²	-393,3	23,7	594,1	- 4,5	1 508,4	831,8	- 0,8	15 427,9
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-		-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist- Abschluss)	1 118,7	-	-	-	-	-	-	- 406,9
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	560,7	152,7	0,0	- 150,7	- 278,0	43,1	82 840,1	93 837,1
32	Vorschüsse	4336,6	- 1,8	0,0	258,4	-	736,2	89 117,5	104413,4
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 804,9	53,8	0,0	319,8	239,8	354,9	- 848,6	14 116,4
34	Saldo (31-32+33)	- 971,0	208,3	0,0 5)	- 89,3	-38,2	-338,2	-7 126,0	2 123,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 53,2	- 15,5	- 419,2	-343,0	7,5	- 390,3	-8 129,0	-8 336,0

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

### noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2009

					in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	- 23,7	-	-	1,8	70,5	14,0	2 154,2
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	260,0
56	Zusammen	-	- 23,7	-	-	1,8	70,5	14,0	2 414,2
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 53,2	- 39,1	- 419,2	-343,0	9,3	-319,8	-8 115,0	-2 464,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit 4	-	-	-	-	-	-	-	1 148,8
	Nicht zum Bestand der								
72	Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	239,8	51,8	- 848,6	1 390,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

 $<sup>^2\,</sup>Haushalts technische \,Verrechnungen, \,Brutto-/Nettostellungen, \,Abwicklung \,der \,Vorjahre, \,R\"{u}cklagenbewegung, \,Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Ohne Dezember-Bezüge.

 $<sup>^4\,\</sup>rm Minus beträge\,beruhen\,auf\,sp\"{a}ter\,erfolgten\,Buchungen.$ 

 $<sup>^5\,\</sup>mathrm{SH}$  - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup>BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 21,6 Mio. €; b 6 703,8 Mio. €;, c 7 042,9 Mio. €; d 250,0 Mio. €; e Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt -928,9 Mio. €; f außerdem aufgeschobene Anschlussfinanzierungen in Höhe von 1503,2 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

					Erwerbslosen-	Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	Investitions-
	Erwerbstä	tige im Inland <sup>1</sup>	Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	quote <sup>3</sup>	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	quote <sup>4</sup>
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	Mio.	in%	Verä	inderung in % p	.a.	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,2	2,5	2,9	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,8	0,7	18,8
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,3	-0,1	0,0	19,0
2009	40,2	-0,1	53,1	3,3	7,6	-5,0	-4,9	-2,2	18,0
2004/99	38,9	0,2	51,5	3,6	8,4	1,1	0,8	1,5	19,4
2009/04	39,5	0,7	52,6	3,8	8,9	0,5	-0,2	0,5	18,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2\,</sup>Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose\,[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$ 

 $<sup>^3</sup>$  Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten <sup>2</sup>
Jahr			\	/eränderung in % p	o.a.		
1991							•
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,4	0,6	-1,4	1,2	1,4	1,6	-0,8
2006	3,7	0,5	-1,3	1,0	1,1	1,6	-1,6
2007	4,4	1,9	0,4	1,9	1,8	2,3	0,1
2008	2,8	1,5	-0,8	1,9	2,2	2,6	2,2
2009	-3,7	1,4	3,3	0,3	0,0	0,3	5,6
2004/99	1,9	0,8	-0,5	1,0	1,3	1,5	0,4
2009/04	1,7	1,2	0,0	1,3	1,3	1,7	1,1

 $<sup>^{1}</sup> Ohne\ private\ Organisation en\ ohne\ Erwerbszweck.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mr	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2
2006	14,4	14,9	132,5	154,4	45,4	39,7	5,7	6,6
2007	8,0	4,9	171,7	192,7	46,9	39,9	7,1	7,9
2008	3,5	5,8	155,7	165,6	47,3	41,0	6,2	6,6
2009	-17,3	-14,4	99,2	108,6	40,6	36,4	4,1	4,5
2004/99	7,5	5,1	60,6	24,3	34,6	31,8	2,8	1,1
2009/04	2,8	3,5	131,8	140,8	43,3	37,7	5,6	6,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
Jahr	Ve	eränderung in % p.	a.	in	1%	Veränderu	ng in % p.a.
1991				71,0	71,0		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0
2006	4,9	11,4	1,7	64,6	66,2	0,9	-1,3
2007	3,5	4,8	2,8	64,2	65,7	1,6	-0,5
2008	2,5	0,2	3,7	65,0	66,4	2,3	-0,6
2009	-4,0	-11,0	-0,2	67,5	69,0	-0,4	-1,0
2004/99	2,4	4,6	1,4	70,9	71,9	1,3	0,5
2009/04	1,6	1,9	1,5	66,0	67,5	0,9	-0,9

 $<sup>^1</sup> Arbeit nehmer entgelte in \% \, des \, Volksein kommens.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^{2}\,\</sup>mathrm{Korrigiert}\,\mathrm{um}\,\mathrm{die}\,\mathrm{Ver\"{a}nderung}$  in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche	Veränderu	ngen in %				
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	0,8	3,2	2,5	1,3	- 5,0	1,2	1,7
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,8	2,8	2,9	1,0	- 2,9	0,6	1,5
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	2,2	4,5	4,5	2,0	- 1,1	- 0,3	0,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,6	4,0	3,6	0,9	- 3,7	- 0,8	1,0
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	1,9	2,2	2,3	0,4	- 2,2	1,2	1,5
Irland	3,1	7,6	9,8	9,4	6,2	5,4	6,0	-3,0	- 7,5	- 1,4	2,6
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	0,7	2,0	1,6	- 1,0	- 4,7	0,7	1,4
Zypern	-	-	9,9	5,0	3,9	4,1	4,4	3,7	- 0,7	0,1	1,3
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	5,4	5,6	6,5	0,0	- 3,6	1,1	1,8
Malta	_	-	6,2	6,4	4,1	3,8	3,7	2,1	- 2,2	0,7	1,6
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,0	3,4	3,6	2,0	- 4,5	0,3	1,6
Österreich	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	3,5	3,5	2,0	- 3,7	1,1	1,5
Portugal	1,6	7,9	2,3	3,9	0,9	1,4	1,9	0,0	- 2,9	0,3	1,0
Slowakei	-	-	5,8	1,4	6,5	8,5	10,4	6,4	- 5,8	1,9	2,6
Slowenien	-	-	4,1	4,4	4,5	5,8	6,8	3,5	- 7,4	1,3	2,0
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,1	2,8	4,9	4,2	1,0	- 6,9	0,9	1,6
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	1,7	3,0	2,8	0,6	- 4,0	0,7	1,5
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	6,2	6,3	6,2	6,0	- 5,9	- 1,1	3,1
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	2,4	3,3	1,6	- 1,2	- 4,5	1,5	1,8
Estland	-	-	4,5	9,6	9,4	10,0	7,2	-3,6	- 13,7	-0,1	4,2
Lettland	_	-	- 0,9	6,9	10,6	12,2	10,0	- 4,6	- 18,0	-4,0	2,0
Litauen	-	_	3,3	3,3	7,8	7,8	9,8	2,8	- 18,1	- 3,9	2,5
Polen	-	_	7,0	4,3	3,6	6,2	6,8	5,0	1,2	1,8	3,2
Rumänien	-	_	7,1	2,4	4,2	7,9	6,3	6,2	- 8,0	0,5	2,6
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	3,3	4,2	2,6	-0,2	- 4,6	1,4	2,1
Tschechien	_	_	5,9	3,6	6,3	6,8	6,1	2,5	- 4,8	0,8	2,3
Ungarn	-	_	1,5	5,2	3,5	4,0	1,0	0,6	- 6,5	- 0,5	3,1
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,1	3,9	2,2	2,9	2,6	0,6	- 4,6	0,9	1,9
EU	2,5	3,0	2,5	3,9	2,0	3,2	2,9	0,8	- 4,1	0,7	1,6
Japan	6,3	5,6	1,9	2,9	1,9	2,0	2,3	- 0,7	- 5,9	1,1	0,4
USA	4,1	1,9	2,5	4,2	3,1	2,7	2,1	0,4	- 2,5	2,2	2,0

#### Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2008. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährlich	ne Veränderunge	n in%		
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	1,9	1,8	2,3	2,8	0,3	0,8	1,0
Belgien	2,5	2,3	1,8	4,5	0,0	1,3	1,5
Griechenland	3,5	3,3	3,0	4,2	1,2	1,4	2,1
Spanien	3,4	3,6	2,8	4,1	-0,4	0,8	2,0
Frankreich	1,9	1,9	1,6	3,2	0,1	1,1	1,4
Irland	2,2	2,7	2,9	3,1	- 1,5	- 0,6	1,0
Italien	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8	1,8	2,0
Zypern	2,0	2,2	2,2	4,4	0,8	3,1	2,5
Luxemburg	3,8	3,0	2,7	4,1	0,0	1,8	1,7
Malta	2,5	2,6	0,7	4,7	2,0	2,0	2,2
Niederlande	1,5	1,7	1,6	2,2	1,1	0,9	1,2
Österreich	2,1	1,7	2,2	3,2	0,5	1,3	1,6
Portugal	2,1	3,0	2,4	2,7	- 1,0	1,3	1,4
Slowakei	2,8	4,3	1,9	3,9	1,1	1,9	2,5
Slowenien	2,5	2,5	3,8	5,5	0,9	1,7	2,0
Finnland	0,8	1,3	1,6	3,9	1,8	1,6	1,5
Euroraum	2,2	2,2	2,1	3,3	0,3	1,1	1,5
Bulgarien	6,0	7,4	7,6	12,0	2,4	2,3	2,9
Dänemark	1,7	1,9	1,7	3,6	1,1	1,5	1,8
Estland	4,1	4,4	6,7	10,6	0,2	0,5	2,1
Lettland	6,9	6,6	10,1	15,3	3,5	-3,7	- 1,2
Litauen	2,7	3,8	5,8	11,1	3,9	-0,7	1,0
Polen	2,2	1,3	2,6	4,2	3,9	1,9	2,0
Rumänien	9,1	6,6	4,9	7,9	5,7	3,5	3,4
Schweden	0,8	1,5	1,7	3,3	1,9	1,7	1,7
Tschechien	1,6	2,1	3,0	6,3	0,6	1,5	1,8
Ungarn	3,5	4,0	7,9	6,0	4,3	4,0	2,5
Vereinigtes Königreich	2,1	2,3	2,3	3,6	2,0	1,4	1,6
EU	2,3	2,3	2,4	3,7	1,0	1,3	1,6
Japan	- 0,3	0,3	0,0	1,4	-1,2	- 0,4	0,3
USA	3,4	3,2	2,8	3,8	- 0,5	0,8	0,1

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land					in % der zivil	en Erwerbs	bevölkerun	g			
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	10,7	9,8	8,4	7,3	7,7	9,2	9,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,5	7,0	8,2	9,9	10,3
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,9	8,3	7,7	9,0	10,2	11,0
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,5	8,3	11,3	17,9	20,0	20,5
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	8,4	7,8	9,5	10,2	10,0
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,4	4,5	4,6	6,0	11,7	14,0	13,2
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,8	6,1	6,8	7,8	8,7	8,7
Zypern	-	-	2,6	4,9	5,3	4,6	4,0	3,6	5,6	6,6	6,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,6	4,2	4,9	6,2	7,3	7,7
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	7,1	6,4	5,9	7,1	7,4	7,3
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,7	3,9	3,2	2,8	3,4	5,4	6,0
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	3,8	5,5	6,0	5,7
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	7,8	8,1	7,7	9,0	9,0	8,9
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	13,4	11,1	9,5	12,3	12,8	12,6
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	6,0	4,9	4,4	6,7	8,3	8,5
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	7,7	6,9	6,4	8,5	10,2	9,9
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,3	9,0	8,3	7,5	7,5	9,5	10,7	10,9
Bulgarien	-	-	12,7	16,4	10,1	9,0	6,9	5,6	7,0	8,0	7,2
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,9	3,8	3,3	4,5	5,8	5,6
Estland	-	_	9,7	12,8	7,9	5,9	4,7	5,5	13,6	15,2	14,2
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,8	6,0	7,5	16,9	19,9	18,7
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,6	4,3	5,8	14,5	17,6	18,2
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	13,9	9,6	7,1	8,4	9,9	10,0
Rumänien	-	_	6,1	7,3	7,2	7,3	6,4	5,8	9,0	8,7	8,5
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,4	7,0	6,1	6,2	8,5	10,2	10,1
Tschechien	_	-	3,9	8,7	7,9	7,2	5,3	4,4	6,9	7,9	7,4
Ungarn	-	_	10,0	6,4	7,2	7,5	7,4	7,8	10,5	11,3	10,5
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,4	5,3	5,6	7,8	8,7	8,0
EU	9,4	7,2	10,0	7,7	8,9	8,2	7,1	7,0	9,1	10,3	10,2
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	5,8	6,3	7,0
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	4,6	5,8	9,2	10,1	10,2

#### Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2009. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

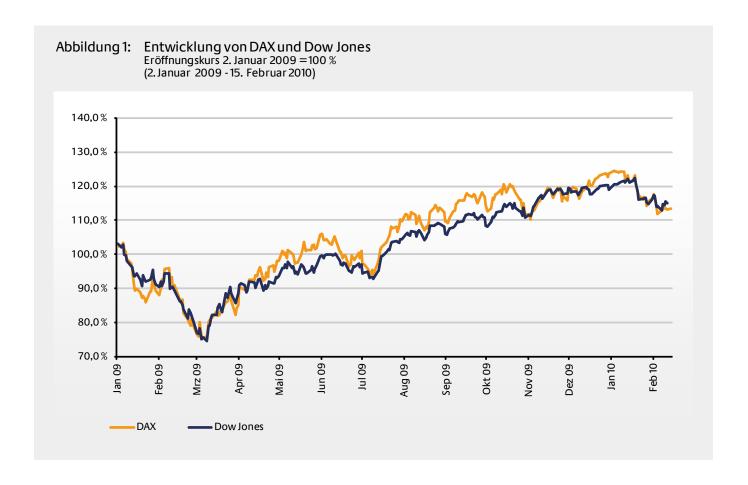
Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoi	inlandspro	dukt		Verbraud	herpreise			Leistun	gsbilanz	
			Verände	erung geg	enüber Vo	rjahr in %					iominalen ndprodukt	S
	2007	2008	2009 <sup>1</sup>	2010 <sup>1</sup>	2007	2008	2009 <sup>1</sup>	2010 <sup>1</sup>	2007	2008	2009 <sup>1</sup>	2010 <sup>1</sup>
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	8,6	5,5	-6,7	2,1	9,7	15,6	11,8	9,4	4,2	4,9	2,9	4,4
darunter												
Russische Föderation	8,1	5,6	-7,5	1,5	9,0	14,1	12,3	9,9	5,9	6,1	3,6	4,5
Ukraine	7,9	2,1	-14,0	2,7	12,8	25,2	16,3	10,3	-3,7	-7,2	0,4	0,2
Asien	10,6	7,6	6,2	7,3	5,4	7,5	3,0	3,4	7,0	5,9	5,0	5,2
darunter												
China	13,0	9,0	8,5	9,0	4,8	5,9	-0,1	0,6	11,0	9,8	7,8	8,6
Indien	9,4	7,3	5,4	6,4	6,4	8,3	8,7	8,4	-1,0	-2,2	-2,2	-2,5
Indonesien	6,3	6,1	4,0	4,8	6,0	9,8	5,0	6,2	2,4	0,1	0,9	0,5
Korea	5,1	2,2	-1,0	3,6	2,5	4,7	2,6	2,5	0,6	-0,7	3,4	2,2
Thailand	4,9	2,6	-3,5	3,7	2,2	5,5	-1,2	2,1	5,7	-0,1	4,9	2,7
Lateinamerika	5,7	4,2	-2,5	2,9	5,4	7,9	6,1	5,2	0,4	-0,7	-0,8	-0,9
darunter												
Argentinien	8,7	6,8	-2,5	1,0	8,8	8,6	5,6	5,0	1,6	1,4	4,4	4,9
Brasilien	5,7	5,1	-0,7	3,5	3,6	5,7	4,8	4,1	0,1	-1,8	-1,3	-1,9
Chile	4,7	3,2	-1,7	4,0	4,4	8,7	2,0	2,3	4,4	-2,0	0,7	-0,4
Mexiko	3,3	1,3	-7,3	3,3	4,0	5,1	5,4	3,5	-0,8	-1,4	-1,2	-1,3
Sonstige												
Türkei	4,7	0,9	-6,5	3,7	8,8	10,4	6,2	6,8	-5,8	-5,7	-1,9	-3,7
Südafrika	5,1	3,1	-2,2	1,7	7,1	11,5	7,2	6,2	-7,3	-7,4	-5,0	-6,5

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2009 in veröffentlichter Form.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.02.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dow Jones	10 099	10 428	-3,15	6 547	10 725
Eurostoxx 50	2 684	2 966	-9,52	1810	3 018
Dax	5 5 1 1	5 957	-7,49	3 666	6 048
CAC 40	3 609	3 936	-8,31	2 5 1 9	4 045
Nikkei	10013	10 546	-5,06	7 055	10982
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	15.02.2010	2009	US-Bond	2009/2010	2009/2010
USA	3,73	3,88	-	2,22	4,00
Deutschland	3,21	3,40	-0,52	2,91	3,70
Japan	1,33	1,30	-2,40	1,21	1,57
Vereinigtes Königreich	4,11	4,08	0,38	2,99	4,13
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.02.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dollar/Euro	1,36	1,44	-5,55	1,26	1,51
Yen/Dollar	90,02	92,40	-2,57	86,36	101,11
Yen/Euro	122,42	133,16	-8,07	113,65	138,09
Pfund/Euro	0,87	0,89	-2,31	0,84	0,96

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland												
EU-KOM	1,3	-5,0	1,2	1,7	2,8	0,3	0,8	1,0	7,3	7,7	9,2	9,3
OECD	1,0	-4,9	1,4	1,9	2,8	0,2	1,0	0,8	7,2	7,6	9,2	9,7
IWF	1,2	-4,8	1,5	1,9	2,8	0,1	0,2	-	7,4	8,0	10,7	-
USA												
EU-KOM	0,4	-2,5	2,2	2,0	3,8	-0,5	0,8	0,1	5,8	9,2	10,1	10,2
OECD	0,4	-2,5	2,5	2,8	3,8	-0,4	1,7	1,3	5,8	9,2	9,9	9,1
IWF	0,4	-2,5	2,7	2,4	3,8	-0,4	1,7	-	5,8	9,3	10,1	-
Japan												
EU-KOM	-0,7	-5,9	1,1	0,4	1,4	-1,2	-0,4	0,3	4,0	5,8	6,3	7,0
OECD	-0,7	-5,3	1,8	2,0	1,4	-1,2	-0,9	-0,5	4,0	5,2	5,6	5,4
IWF	-1,2	-5,3	1,7	2,2	1,4	-1,1	-0,8	-	4,0	5,4	6,1	-
Frankreich												
EU-KOM	0,4	-2,2	1,2	1,5	3,2	0,1	1,1	1,4	7,8	9,5	10,2	10,0
OECD	0,3	-2,3	1,4	1,7	3,2	0,1	1,0	0,6	7,4	9,1	9,9	10,1
IWF	0,3	-2,3	1,4	1,7	3,2	0,3	1,1	-	7,9	9,5	10,3	-
Italien												
EU-KOM	-1,0	-4,7	0,7	1,4	3,5	0,8	1,8	2,0	6,8	7,8	8,7	8,7
OECD	-1,0	-4,8	1,1	1,5	3,5	0,7	0,9	0,8	6,8	7,6	8,5	8,7
IWF	-1,0	-4,8	1,0	1,3	3,5	0,7	0,9	-	6,8	9,1	10,5	-
Vereingtes Königreich												
EU-KOM	0,6	-4,6	0,9	1,9	3,6	2,0	1,4	1,6	5,6	7,8	8,7	8,0
OECD	0,6	-4,7	1,2	2,2	3,6	2,1	1,7	0,5	5,7	8,0	9,3	9,5
IWF	0,5	-4,8	1,3	2,7	3,6	1,9	1,5	-	5,5	7,6	9,3	-
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	0,4	-2,7	2,0	3,0	2,4	0,4	1,3	1,0	6,1	8,3	8,7	8,1
IWF	0,4	-2,6	2,6	3,6	2,4	0,1	1,3	-	6,2	8,3	8,6	-
Euroraum												
EU-KOM	0,6	-4,0	0,7	1,5	3,3	0,3	1,1	1,5	7,5	9,5	10,7	10,9
OECD	0,5	-4,0	0,9	1,7	3,3	0,2	0,9	0,7	7,5	9,4	10,6	10,8
IWF	0,6	-3,9	1,0	1,6	3,3	0,3	0,8	-	7,6	9,9	11,7	-
EZB	0,5	-4,0	0,8	1,2	3,3	0,4	1,2	-	-	-		-
EU-27												
EU-KOM	0,8	-4,1	0,7	1,6	3,7	1,0	1,3	1,6	7,0	9,1	10,3	10,2
IWF	1,0	-4,2	0,5	-	3,7	0,9	1,1	-	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009.

 $Weltwirts chafts ausblick \, Update, \, Januar \, 2010, \, (nur \, f\ddot{u}r \, G8-Staaten \, sowie \, Euroraum \, und \, nur \, zum \, BIP-Wachstum)$ 

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; September 2009 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Belgien												
EU-KOM	1,0	-2,9	0,6	1,5	4,5	0,0	1,3	1,5	7,0	8,2	9,9	10,3
OECD	0,8	-3,1	0,8	1,7	4,5	-0,1	1,0	0,9	7,0	7,9	8,9	9,2
IWF	1,0	-3,2	0,0	-	4,5	0,2	1,0	-	7,0	8,7	9,9	-
Finnland												
EU-KOM	1,0	-6,9	0,9	1,6	3,9	1,8	1,6	1,5	6,4	8,5	10,2	9,9
OECD	0,8	-6,9	0,4	2,4	3,9	1,7	1,5	1,4	6,4	8,3	9,7	9,7
IWF	1,0	-6,4	0,9	-	3,9	1,0	1,1	-	6,4	8,7	9,8	-
Griechenland												
EU-KOM	2,0	-1,1	-0,3	0,7	4,2	1,2	1,4	2,1	7,7	9,0	10,2	11,0
OECD	2,0	-1,1	-0,7	1,6	4,2	1,2	2,0	1,6	7,7	9,3	10,4	10,4
IWF	2,9	-0,8	-0,1		4,2	1,1	1,7	-	7,6	9,5	10,5	-
Irland												
EU-KOM	-3,0	-7,5	-1,4	2,6	3,1	-1,5	-0,6	1,0	6,0	11,7	14,0	13,2
OECD	-3,0	-7,5	-2,3	1,0	3,1	-1,7	-0,7	0,4	6,0	11,9	14,0	13,8
IWF	-3,0	-7,5	-2,5	-	3,1	-1,6	-0,3	-	6,1	12,0	15,5	-
Luxemburg												
EU-KOM	0,0	-3,6	1,1	1,8	4,1	0,0	1,8	1,7	4,9	6,2	7,3	7,7
OECD	0,0	-3,9	2,4	3,4	4,1	-0,1	1,6	1,0	4,4	5,9	7,1	7,5
IWF	0,7	-4,8	-0,2	-	3,4	0,2	1,8	-	4,4	6,8	6,0	-
Malta												
EU-KOM	2,1	-2,2	0,7	1,6	4,7	2,0	2,0	2,2	5,9	7,1	7,4	7,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	2,1	-2,1	0,5	-	4,7	2,1	1,9	-	5,8	7,3	7,6	-
Niederlande												
EU-KOM	2,0	-4,5	0,3	1,6	2,2	1,1	0,9	1,2	2,8	3,4	5,4	6,0
OECD	2,0	-4,3	0,7	2,0	2,2	0,9	0,3	0,7	2,9	3,7	5,2	5,5
IWF	2,0	-4,2	0,7	-	2,2	0,9	1,0	-	2,8	3,8	6,6	-
Österreich												
EU-KOM	2,0	-3,7	1,1	1,5	3,2	0,5	1,3	1,6	3,8	5,5	6,0	5,7
OECD	1,9	-3,8	0,9	2,2	3,2	0,3	0,6	1,0	4,9	5,8	7,1	7,3
IWF	2,0	-3,8	0,3	-	3,2	0,5	1,0	-	3,9	5,3	6,4	-
Portugal												
EU-KOM	0,0	-2,9	0,3	1,0	2,7	-1,0	1,3	1,4	7,7	9,0	9,0	8,9
OECD	0,0	-2,8	0,8	1,5	2,7	-0,9	0,7	1,0	7,6	9,2	10,1	9,9
IWF	0,0	-3,0	0,4	_	2,7	-0,6	1,0	-	7,6	9,5	11,0	_

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Slowakei												
EU-KOM	6,4	-5,8	1,9	2,6	3,9	1,1	1,9	2,5	9,5	12,3	12,8	12,6
OECD	6,4	-5,8	2,0	4,2	3,9	1,0	1,7	2,4	9,6	11,6	12,7	12,5
IWF	6,4	-4,7	3,7	-	4,6	1,5	2,3	-	9,6	10,8	10,3	-
Slowenien												
EU-KOM	3,5	-7,4	1,3	2,0	5,5	0,9	1,7	2,0	4,4	6,7	8,3	8,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,5	-4,7	0,6	-	5,7	0,5	1,5	-	4,4	6,2	6,1	-
Spanien												
EU-KOM	0,9	-3,7	-0,8	1,0	4,1	-0,4	0,8	2,0	11,3	17,9	20,0	20,5
OECD	0,9	-3,6	-0,3	0,9	4,1	-0,4	0,8	-0,1	11,3	18,1	19,3	19,0
IWF	0,9	-3,8	-0,7	-	4,1	-0,3	0,9	-	11,3	18,2	20,2	-
Zypern												
EU-KOM	3,7	-0,7	0,1	1,3	4,4	0,8	3,1	2,5	3,6	5,6	6,6	6,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,6	-0,5	0,8	-	4,4	0,4	1,2	-	3,7	5,6	5,9	-

Quellen: IWF:

 $\hbox{EU-KOM: Herbst prognose, November 2009.}\\$ 

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Bulgarien												
EU-KOM	6,0	-5,9	-1,1	3,1	12,0	2,4	2,3	2,9	5,6	7,0	8,0	7,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,0	-6,5	-2,5	-	12,0	2,7	1,6	-	-	-	-	-
Dänemark												
EU-KOM	-1,2	-4,5	1,5	1,8	3,6	1,1	1,5	1,8	3,3	4,5	5,8	5,6
OECD	-1,2	-4,5	1,3	1,8	3,4	1,3	1,4	1,6	3,3	5,9	6,9	6,2
IWF	-1,2	-2,4	0,9	-	3,4	1,7	2,0	-	1,7	3,5	4,2	-
Estland												
EU-KOM	-3,6	-13,7	-0,1	4,2	10,6	0,2	0,5	2,1	5,5	13,6	15,2	14,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,6	-14,0	-2,6	-	10,4	0,0	-0,2	-	-	-	-	-
Lettland												
EU-KOM	-4,6	-18,0	-4,0	2,0	15,3	3,5	-3,7	-1,2	7,5	16,9	19,9	18,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,6	-18,0	-4,0	-	15,3	3,1	-3,5	-	-	-	-	-
Litauen												
EU-KOM	2,8	-18,1	-3,9	2,5	11,1	3,9	-0,7	1,0	5,8	14,5	17,6	18,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,0	-18,5	-4,0	-	11,1	3,5	-2,9	-	-	-	-	-
Polen												
EU-KOM	5,0	1,2	1,8	3,2	4,2	3,9	1,9	2,0	7,1	8,4	9,9	10,0
OECD	5,0	1,4	2,5	3,1	4,2	3,5	2,2	1,9	7,1	8,4	9,6	9,6
IWF	4,9	1,0	2,2	-	4,2	3,4	2,6	-	-	-	-	-
Rumänien												
EU-KOM	6,2	-8,0	0,5	2,6	7,9	5,7	3,5	3,4	5,8	9,0	8,7	8,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	7,1	-8,5	0,5	-	7,8	5,5	3,6	-	-	-	-	-
Schweden												
EU-KOM	-0,2	-4,6	1,4	2,1	3,3	1,9	1,7	1,7	6,2	8,5	10,2	10,1
OECD	-0,4	-4,7	2,0	3,0	3,4	-0,3	1,4	3,2	6,2	8,2	10,3	10,1
IWF	-0,2	-4,8	1,2	-	3,3	2,2	2,4	-	6,2	8,5	8,2	-
Tschechien												
EU-KOM	2,5	-4,8	0,8	2,3	6,3	0,6	1,5	1,8	4,4	6,9	7,9	7,4
OECD	2,6	-4,4	2,0	2,8	6,3	1,1	1,4	2,0	4,4	6,9	8,4	7,9
IWF	2,7	-4,3	1,3	-	6,3	1,0	1,1	-	4,4	7,9	9,8	-

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Ungarn												
EU-KOM	0,6	-6,5	-0,5	3,1	6,0	4,3	4,0	2,5	7,8	10,5	11,3	10,5
OECD	0,6	-6,9	-1,0	3,1	6,0	4,5	4,0	3,0	7,9	9,9	10,3	9,3
IWF	0,6	-6,7	-0,9		6,1	4,5	4,1		-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland												
EU-KOM	0,0	-3,4	-5,0	-4,6	65,9	73,1	76,7	79,7	6,6	4,0	3,8	3,7
OECD	0,0	-3,2	-5,3	-4,6	-	-	-	85,0	6,6	4,0	4,5	5,4
IWF	-0,1	-4,2	-4,6	-	67,1	78,7	84,5	-	6,4	2,9	3,6	
USA												
EU-KOM	-6,4	-11,3	-13,0	-13,1	70,7	82,7	93,9	105,3	-4,9	-2,9	-3,4	-3,3
OECD	-6,5	-11,2	-10,7	-9,4	70,0	83,9	92,4	99,5	-4,9	-3,0	-3,4	-3,7
IWF	-5,9	-12,5	-10,0	-	70,4	84,8	93,6	-	-4,9	-2,6	-2,2	
Japan												
EU-KOM	-3,8	-8,0	-8,9	-9,1	173,1	189,8	197,6	206,0	3,2	1,8	2,0	1,0
OECD	-2,7	-7,4	-8,2	-9,4	172,1	189,3	197,2	204,3	3,2	2,5	2,8	2,8
IWF	-5,8	-10,5	-10,2	-	196,6	218,6	227,0	-	3,2	1,9	2,0	
Frankreich												
EU-KOM	-3,4	-8,3	-8,2	-7,7	67,4	76,1	82,5	87,6	-3,3	-2,3	-2,2	-2,4
OECD	-3,4	-8,2	-8,6	-8,0	-	-	-	99,0	-2,3	-2,1	-2,1	-2,1
IWF	-3,4	-7,0	-7,1	-	67,5	76,7	82,6	-	-2,3	-1,2	-1,4	
Italien												
EU-KOM	-2,7	-5,3	-5,3	-5,1	105,8	114,6	116,7	117,8	-3,0	-2,4	-2,4	-2,4
OECD	-2,7	-5,5	-5,4	-5,1	-	-	-	130,0	-3,4	-2,7	-2,3	-2,2
IWF	-2,7	-5,6	-5,6	-	105,7	115,8	120,1	-	-3,4	-2,5	-2,3	
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,0	-12,1	-12,9	-11,1	52,0	68,6	80,3	88,2	-1,6	-2,4	-1,6	-0,9
OECD	-5,3	-12,6	-13,3	-12,5	-	-	-	94,0	-1,6	-2,6	-2,4	-2,0
IWF	-5,1	-11,6	-13,2	-	52,0	68,7	81,7	-	-1,7	-2,0	-1,9	
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	0,1	-4,8	-5,2	-4,5	-	-	-	89,0	0,5	-2,9	-3,4	-3,4
IWF	0,1	-4,9	-4,1	-	62,7	78,2	79,3	-	0,5	-2,6	-1,8	
Euroraum												
EU-KOM	-2,0	-6,4	-6,9	-6,5	69,3	78,2	84,0	88,2	-0,8	-0,7	-0,5	-0,5
OECD	-2,0	-6,1	-6,7	-6,2	73,2	81,8	88,3	93,2	-0,8	-0,6	-0,1	0,3
IWF	-1,8	-6,2	-6,6	-	69,2	80,0	86,3	-	-0,7	-0,7	-0,3	
EU-27												
EU-KOM	-2,3	-6,9	-7,5	-6,9	61,5	73,0	79,3	83,7	-1,1	-0,7	-0,5	-0,4
IWF	-2,3	-6,9	-7,5	-	-	-	-	-	-1,1	-0,8	-0,5	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009.$ 

Stand: Dezember 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	e		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Belgien												
EU-KOM	-1,2	-5,9	-5,8	-5,8	89,8	97,2	101,2	104,0	0,2	0,6	0,9	0,8
OECD	-1,2	-5,7	-5,6	-5,2	-	-	-	108,0	-2,5	-0,8	-0,6	-0,5
IWF	-1,2	-5,8	-6,3	-	-	-	-	-	-2,5	-1,0	-0,9	-
Finnland												
EU-KOM	4,5	-2,8	-4,5	-4,3	34,1	41,3	47,4	52,7	2,6	1,1	1,2	1,3
OECD	4,4	-2,3	-4,8	-5,2	-	-	-	63,0	2,8	0,8	0,9	0,9
IWF	4,4	-2,9	-4,2	-	-	-	-	-	2,4	0,5	2,0	-
Griechenland												
EU-KOM	-7,7	-12,7	-12,2	-12,8	99,2	112,6	124,9	135,4	-13,8	-8,8	-7,9	-7,7
OECD	-7,8	-12,7	-9,8	-10,0	-	-	-	130,0	-14,6	-11,1	-10,0	-10,1
IWF	-5,0	-6,4	-7,1	-	-	-	-	-	-14,4	-10,0	-9,0	-
Irland												
EU-KOM	-7,2	-12,5	-14,7	-14,7	44,1	65,8	82,9	96,2	-5,1	-3,1	-1,8	-1,5
OECD	-7,2	-12,2	-12,2	-11,6	-	-	-	93,0	-5,4	-2,8	-2,0	-0,6
IWF	-7,3	-12,1	-13,3	-	-	-	-	-	-5,2	-1,7	0,6	
Luxemburg												
EU-KOM	2,5	-2,2	-4,2	-4,2	13,5	15,0	16,4	17,7	5,5	9,4	11,2	12,2
OECD	2,5	-2,3	-4,3	-3,6	-	-	-	31,0	5,5	1,9	1,5	2,9
IWF	1,4	-3,4	-4,4	-	-	-	-	-	9,1	7,6	7,0	-
Malta												
EU-KOM	-4,7	-4,5	-4,4	-4,3	63,8	68,5	70,9	72,5	-5,6	-3,2	-2,8	-2,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,7	-4,5	-4,4	-	-	-	-	-	-5,6	-6,1	-6,1	-
Niederlande												
EU-KOM	0,7	-4,7	-6,1	-5,6	58,2	59,8	65,6	69,7	4,2	3,1	3,1	3,9
OECD	0,7	-4,5	-5,9	-5,3	-	-	-	82,0	4,8	6,3	7,2	7,7
IWF	0,9	-3,8	-5,7	-	-	-	-	-	7,5	7,0	6,8	-
Österreich												
EU-KOM	-0,4	-4,3	-5,5	-5,3	62,6	69,1	73,9	77,0	3,6	1,5	1,4	1,8
OECD	-0,5	-4,3	-5,5	-5,8	-	-	-	82,0	3,2	1,9	2,2	2,6
IWF	-0,5	-4,2	-5,6	-	-	-	-	-	3,5	2,1	2,0	
Portugal												
EU-KOM	-2,7	-8,0	-8,0	-8,7	66,3	77,4	84,6	91,1	-12,1	-10,2	-10,2	-10,2
OECD	-2,8	-6,7	-7,6	-7,8	-	-	-	97,0	-12,1	-9,7	-10,7	-11,1
IWF	-2,6	-6,9	-7,3	-	-	-	-	-	-12,1	-9,9	-9,7	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	e		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Slowakei												
EU-KOM	-2,3	-6,3	-6,0	-5,5	27,7	34,6	39,2	42,7	-6,8	-5,8	-5,3	-5,0
OECD	-2,3	-5,9	-6,3	-5,0	-	-	-	48,0	-6,4	-3,8	-3,1	-2,8
IWF	-2,5	-5,3	-4,4	-	-	-	-	-	-6,5	-8,0	-7,8	-
Slowenien												
EU-KOM	-1,8	-6,3	-7,0	-6,9	22,5	35,1	42,8	48,2	-6,1	-0,8	-0,2	-0,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,3	-5,9	-5,6	-	-	-	-	-	-5,5	-3,0	-4,7	-
Spanien												
EU-KOM	-4,1	-11,2	-10,1	-9,3	39,7	54,3	66,3	74,0	-9,5	-5,4	-4,6	-4,2
OECD	-4,1	-9,6	-8,5	-7,7	-	-	-	74,0	-9,6	-5,3	-3,8	-3,0
IWF	-3,8	-12,3	-12,5	-	-	-	-	-	-9,6	-6,0	-4,7	-
Zypern												
EU-KOM	0,9	-3,5	-5,7	-5,9	48,4	53,2	58,6	63,4	-18,0	-11,6	-9,0	-7,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,9	-4,1	-6,3	-	-	-	-	-	-18,3	-10,0	-9,8	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009.

Stand: Dezember 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	e		Leistungs	sbilanzsaldo	)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Bulgarien												
EU-KOM	1,8	-0,8	-1,2	-0,4	14,1	15,1	16,2	15,7	-22,9	-13,7	-9,8	-7,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,0	-0,8	-1,8	-	-	-	-	-	-25,5	-11,4	-8,3	-
Dänemark												
EU-KOM	3,4	-2,0	-4,8	-3,4	33,5	33,7	35,3	35,2	2,2	1,9	2,2	2,9
OECD	3,4	-2,5	-5,4	-4,0	-	-	-	53,0	2,2	2,5	2,1	2,1
IWF	3,4	-1,3	-3,5	-	-	-	-	-	1,0	1,1	1,5	-
Estland												
EU-KOM	-2,7	-3,0	-3,2	-3,0	4,6	7,4	10,9	13,2	-9,1	3,9	1,3	-0,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,3	-3,8	-3,0	-	-	-	-	-	-9,3	1,9	2,0	-
Lettland												
EU-KOM	-4,1	-9,0	-12,3	-12,2	19,5	33,2	48,6	60,4	-13,0	6,8	5,4	3,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,4	-13,0	-12,0	-	-	-	-	-	-12,6	4,5	6,4	-
Litauen												
EU-KOM	-3,2	-9,8	-9,2	-9,7	15,6	29,9	40,7	49,3	-12,4	0,1	0,3	-0,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,3	-10,3	-7,6	-	-	-	-	-	-11,6	1,0	0,5	-
Polen												
EU-KOM	-3,6	-6,4	-7,5	-7,6	47,2	51,7	57,0	61,3	-5,1	-1,9	-2,8	-3,2
OECD	-3,7	-6,4	-7,8	-6,8	-	-	-	66,0	-5,1	-1,7	-2,3	-2,5
IWF	-3,1	-5,8	-6,5	-	-	-	-	-	-5,5	-2,2	-3,1	-
Rumänien												
EU-KOM	-5,5	-7,8	-6,8	-5,9	13,6	21,8	27,4	31,3	-12,3	-5,5	-5,5	-5,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,9	-7,3	-5,9	-	-	-	-	-	-12,4	-5,5	-5,6	-
Schweden												
EU-KOM	2,5	-2,1	-3,3	-2,7	38,0	42,1	43,6	44,1	8,3	7,8	7,9	8,3
OECD	2,5	-2,0	-3,0	-2,0	-	-	-	58,0	6,2	7,8	8,2	8,6
IWF	2,5	-3,5	-3,9	-	-	-	-	-	7,8	6,4	5,4	-
Tschechien												
EU-KOM	-2,1	-6,6	-5,5	-5,7	30,0	36,5	40,6	44,0	-3,3	-2,5	-1,4	-0,8
OECD	-2,0	-5,7	-5,6	-5,0	-	-	-	60,0	-3,0	-1,0	0,3	0,3
IWF	-1,4	-6,0	-7,0	-	-	-	-	-	-3,1	-2,1	-2,2	-

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Ungarn												
EU-KOM	-3,8	-4,1	-4,2	-3,9	72,9	79,1	79,8	79,1	-6,6	-1,3	-1,7	-1,8
OECD	-3,7	-4,3	-4,1	-3,6	-	-	-	91,0	-7,1	-1,6	-1,8	-2,6
IWF	-3,4	-3,9	-3,8	-	-	-	-	-	-8,4	-2,9	-3,3	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009.

Stand: Dezember 2009.

#### Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

#### Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Februar 2010

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

<sup>1</sup> Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X